Donnerstag, 11. August 1983 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 185 - 32.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Dollar über 2,71 DM: Der Dollar hat gestern um mehr als zwei Pfennig gewonnen; der Mittelkurs stellte sich auf 2,7120 (2,6873) DM. Händler sahen die Äußerungen von Bundesbank-Präsident Pöhl als „Auslöser", daß er trotz der augenblicklichen DM-Schwäche keinen Anlaß zu „dramatischen" Schritten sehe.

Stoltenberg gegen Zinsanhebung: Der Bundesfinanzminister hat vor einer Zinsverteuerung angesichts der Dollar-Stärke und der relativ schwachen Mark gewarnt.

Schlecht zuversichtlich: Der Wirtschafts-Staatssekretär erwartet 1983 „eher mehr" als das prognostizierte Wirtschaftswachstum von 0,5 Prozent. Der konjunkturelle Aufschwung des ersten Halbjahres werde sich über den Jahreswechsel hinaus fortsetzen. Das Münchener Ifo-Institut sieht dagegen Risiken bei anhaltend steigenden Zinsen.

Strauß für Mitsprache: Für ein Mitentscheidungsrecht der Stationierungsländer bei einem eventuellen Einsatz der neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen hat sich der CSU-Vorsitzende Strauß ausgesprochen. Er sei ein „überzeugter Anhänger der Nachrüstung", erwarte aber, daß deren Umfang geringer gehalten werden könne, als ursprünglich geplant.

Genscher zur Stationierung: Im vorgesehenen Umfang und termingerecht werde der Stationierungsteil des NATO-Doppelbeschlusses verwirklicht, falls die Sowjetunion bei den Mittelstrecken-Verhandlungen nicht einlenke, warnte der Bundesaußenminister in Rumänien.

Säuberungen in Moskau: Die von Parteichef Andropow für die Wirtschaft verordnete Disziplinierungskampagne soll auf Polizei und Innenministerium ausgedehnt werden, kündigt Innenminister Fedortschuk an.

Kirchenstreit: Der Weltkirchenrat in Vancouver hat nach heftiger Diskussion eine Afghanistan-Resolution gebilligt, ohne die von westlichen Geistlichen vorgeschlagene Forderung nach Abzug der Sowjet-Truppen aufzunehmen.

Eskalation in Tschad: Die seit Wochen umkämpfte Stadt Faya Largeau ist angeblich von Rebellen gestürmt worden. Erste französische Elite-Soldaten in N'Djamena.

Mejia steht zu USA: Der neue Staatschef Guatemalas hat die Politik Washingtons in Mittelamerika gutgeheißen. Dem US-Botschafter versicherte er, Guatemala werde zur Demokratie zurückkehren.

Heute: Erste Sitzung des Zentralbankrates nach der Sommerpause. – Chiles Opposition hält trotz Kabinettsreform zur „politischen Öffnung" den vierten nationalen Protesttag.

ZITAT DES TAGES



» Wenn sich Richter in öffentlichen Diskussionen unter Berufung auf ihr Amt äußern, zum Beispiel in Fragen der Nachrüstung, ist dies ein typischer Mißbrauch des richterlichen Mandats. «

Der Berliner Senator für Bundesangelegenheiten und Verfassungsrechtler Rupert Scholz im Saarländischen Rundfunk.
FOTO: PAUL GLASER

WIRTSCHAFT

Bundesbank: Geldmengenziel konnte mit neun Prozent Steigerung bereinigt im Jahresdurchschnitt bislang nicht eingehalten werden. Gesamtmenge 183,6 Milliarden DM. – Auslandsvermögen der Bundesrepublik 1982 auf netto 66 Milliarden DM gestiegen. – Deutsche Netto-Verschuldung gegenüber Industrieländern 396,9 Milliarden DM, Forderungen 373,2 Milliarden DM. – Bei der Post sieht die Bundesbank eine positive Finanzentwicklung, bei der Bahn keine Wende zum Besseren.

Banken warnen: Kürzung der prämienrechtlichen Sperrfrist bei Bausparverträgen von zehn auf sieben Jahre lehnt Bankenverband ab.

Union-Vorschläge: Existenzgründungs-Sparverträge mit Staatsförderung für neue Unternehmen sowie 7b-Vergünstigung für Genossenschaftswohnungen empfohlen.

Preisanstieg: HWWA-Institut erwartet 1984 ebenso rund drei Prozent wie 1983.

Holzmann: Auftragsbestand derzeit 9,3 Milliarden DM, zufriedenstellendes Ergebnis erwartet.

Handel USA–UdSSR: Tiefstand seit zehn Jahren, 1,01 Milliarden Rubel.

Börse: Der Wiederanstieg des Dollarkurses brachte weitere Kursverluste am Aktienmarkt. WELT-Aktienindex 138,1 (139,2). Auch am Rentenmarkt gaben die Kurse nach. Dollar-Mittelkurs 2,7120 (2,6873) Mark. Goldpreis je Feinunze 408,25 (413,00) Dollar.

KULTUR

Weltkirchenrat: Der ÖRK verabschiedete zum Abschluß seiner Tagung in Vancouver eine Botschaft „Leben in der Gemeinschaft".

Wilms: Zu eigenen Einnahmen will die Bildungsministerin den Hochschulen verhelfen, etwa über die „Drittmittelforschung".

Salzburg: Kreneks zweites Cello-Konzert uraufgeführt. Beifall für Fischer-Dieskaus „Jedermann"-Monologe, vertont von Martin.

SPORT

Leichtathletik: Ulrike Meyfarth macht nun doch bis Olympia 1984 weiter. Die Hochsprung-Weltrekordlerin hat in Helsinki die Silbermedaille gewonnen.

Segeln: Die deutsche Mannschaft gewann den Admiral's Cup, die inoffizielle Weltmeisterschaft der Hochseesegler. Bestes Boot war die „Sabina" aus Berlin.

AUS ALLER WELT

Gelli verschwunden: Der Chef der skandalumwitterten Geheimloge „P 2" ist aus Schweizer Haft entkommen oder entführt worden.

Prügelstrafe: Bis zu 600 Stockschläge und Gefängnisstrafen wurden Briten in Saudi-Arabien wegen Whisky-Handels zudiktiert.

Wetter: Nach Auflösung von Frühdunst überwiegend sonnig; im Süden Gewitterneigung. Temperaturen wieder bis 30 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Dollar bei 2,71. Aber vermutlich keine Erhöhung der Leitzinsen

Heute Sitzung des Zentralbankrats / Stoltenberg und Schlecht warnen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Der Dollar nahm gestern nach einem eintägigen „leichteren Intermezzo" seinen Höhenflug wieder auf. Sein Kurs stieg bei der amtlichen Notierung von 2,6873 auf 2,7120 DM. Das ist der höchste Stand seit dem 15. Februar 1974. Nachmittags kletterte der Dollar weiter bis auf 2,7175 DM. Die Bundesbank hat nach Beobachtungen von Devisenhändlern lediglich an der Börse mit einem relativ kleinen Betrag von 35 Millionen Dollar interveniert.

Der Wiederanstieg des Dollars bekam bereits kurz vor Geschäftsschluß am Dienstagabend in den USA wieder stärkeren Schwung, als die in Europa zuvor längst bekannten Äußerungen des Bundesbankpräsidenten, daß keine spektakulären Zinserhöhungen durch die Bundesbank zu erwarten seien, in den USA als völlige Gleichgültigkeit der deutschen Geldpolitik gegenüber der D-Mark-Schwäche mißinterpretiert wurden.

Das war Öl aufs Feuer der ohnehin wieder mutiger gewordenen Dollar-Haussiers. Deutsche Devisenhändler hatten den Eindruck, daß Teile aus dem Fernsehinterview Pöhls in den USA bewußt verkürzt und tendenziös verbreitet wurden, wobei, wie man vermutete, Sensationsmache von Medien oder sogar ein Zusammenspiel mit Devisenmarktakteuren eine Rolle gespielt haben könnten.

Tatsächlich hatte der Bundesbankpräsident nur die in informierten Kreisen ohnehin schon verbreitete Erwartung bekräftigt, daß der Zentralbankrat heute weder die Leitzinsen erhöhen noch einen „Sonderlombard" einführen werde, um Geldabflüsse in hochverzinsliche Dollar zu stoppen.

Gestern haben auch Finanzminister Gerhard Stoltenberg und Staatssekretär Otto Schlecht vom Bundeswirtschaftsministerium der Bundesbank geraten, keinesfalls die Leitzinsen zu erhöhen. Schlecht will den Zentralbankrat, an dessen Sitzung er heute teilnimmt, auffordern, zum Abbau der übermäßigen Geldmengenexpansion „Gas wegzunehmen, aber nicht auf die Bremse zu treten".

Im Kreditgewerbe rechnet man damit, daß die Bundesbank die Zentralbankgeldversorgung des Kreditgewerbes über höhere Zinsen bei „Offenmarktoperationen" verteuern wird. Zur anhaltenden Schwäche der Mark gegenüber dem Dollar meinte Schlecht, übereilte Reaktionen wären unangebracht. Auch mit ständigen Devisenverkäufen könne man einem Trend nicht entgegenwirken.

SEITE 2:
Wenn Präsidenten plaudern

Die deutschen Börsen reagierten auf den erwarteten Zinsanstieg mit weiteren Verlusten am Aktienmarkt, wo Bankaktien bis zu vier Mark und Daimler neun Mark einbüßten.

* DW. Bonn

Das zitierte Pöhl-Interview, das am Dienstagabend im ARD-Fernsehprogramm verbreitet worden war, hat in seinen wesentlichen Passagen folgenden Wortlaut:

Frage: „Sie, Herr Pöhl, die Bundesbank könnte etwas dafür noch tun. Am Donnerstag treten Sie zum erstenmal im Zentralbankrat zu einer großen Sitzung nach der Sommerpause zusammen. Man erwartet zwar nicht, daß Sie die Zinsen senken, aber im Grunde genommen wäre das der richtige Anstoß für die weitere Konjunktur. Auf der anderen Seite müßten Sie fast sogar die Zinsen erhöhen, um wettbewerbsfähig mit den Amerikanern zu sein. Was werden Sie tun am Donnerstag?"

Pöhl: „Ich kann nicht voraussagen, was der Zentralbankrat am Donnerstag beschließen wird. Aber eines kann ich mit Sicherheit sagen, er wird die Zinsen nicht senken, denn dies paßt nun überhaupt nicht in die Landschaft, denn angesichts der derzeitigen Lage am Devisenmarkt, angesichts der größer gewordenen Zinsdifferenz zum Dollar würde dies natürlich die Schwäche der DM am Devisenmarkt verstärken. Ich meine aber, es gibt auch keinen Anlaß, nun die Dinge zu dramatisieren. Heute hat es ja schon eine leichte Beruhigung am Devisenmarkt wieder gegeben, und ich glaube jedenfalls, daß man die derzeitige Situation nicht mit der Situation von 1980/81 vergleichen kann, als wir sieben Prozent Inflationsrate hatten, als wir ein großes Leistungsdefizit hatten. Die Situation ist heute in vieler Hinsicht völlig anders, und es gibt keinen Grund, nun mit dramatischen spektakulären Schritten zu reagieren."

Diese Erklärung Pöhls wurde bereits am Mittwochfrüh auf den Märkten des Fernen Ostens lebhaft diskutiert. Sie wurde dahingehend interpretiert, daß sich die Bundesbank nicht massiv gegen den steigenden US-Dollar-Kurs stemmen wolle.

DER KOMMENTAR

Unbeirrt

HEINZ HECK

Die Bundesregierung muß an ihrer Politik zur Konsolidierung des Haushalts unbeirrt festhalten. Es ist zu begrüßen, daß Staatssekretär Otto Schlecht dies bekräftigt hat. Hierzu werden er und andere Mitglieder der Bundesregierung in den nächsten Jahren noch häufig Gelegenheit haben.

Der Abbau öffentlicher Defizite macht nur Sinn, wenn er auf Jahre hinaus fortgesetzt wird. Nur dann kann er zu der vertrauensbildenden Maßnahme werden, die sich die Bundesregierung wünscht. Mit dieser Politik stehen wir noch ganz am Anfang. Noch verschuldet sich der Staat jährlich mit zweistelligen Milliardenbeträgen; das widerlegt alle Kritiker, die Bonn abrupter Maßnahmen des Nachfrageentzugs zeihen.

Erst wenn die Neuverschuldung allmählich auf Null zurückgeführt sein wird, wird man an eine Tilgung der bis dahin aufgelaufenen Schulden gehen können. Aus heutiger Sicht werden die Bundesschulden noch die Grenze von unvorstellbaren 500 Milliarden Mark deutlich überschreiten, bevor dieser Tag gekommen ist. Wer Bonn zu „zeitlichen Verschiebungen bei den Konsolidierungsmaßnahmen" rät, wie jetzt Ifo, begibt sich in die Pflicht, nachzuweisen, wie denn überhaupt noch einmal Schulden abgebaut werden können.

„Das Heulen und Zähneklappern", das einst Kassenwart Hans Matthöfer als Begleitmusik zum Subventionsabbau ankündigte, wird noch viele Jahre zu hören sein. Dies auch schon deshalb, weil – wie Schlecht zutreffend erklärt – zuviel für unrentable Strukturen und zuwenig für Zukunftsinvestitionen getan wird. Wer nicht möchte, daß die Bundesrepublik Deutschland aus der Liste der führenden Industrienationen verschwindet, muß eine entschiedene Politik unterstützen, auch wenn das im Moment schmerzhaft ist und politische Schwierigkeiten auslöst.

Diese Linie, sogar noch beherzter als bisher in die Tat umgesetzt, entspricht den Ankündigungen der Regierungsparteien vor der Wahl. Sie haben vom Wähler einen überzeugenden Auftrag erhalten. Wer unter Hinweis auf – noch – steigende Arbeitslosenzahlen wieder Beschäftigungsprogramme fordert, sollte sich erinnern, daß dieses Kurieren an Symptomen in der Vergangenheit nicht hilfreich war – eher im Gegenteil.

Kreml ruft Polizeiapparat zu Hilfe

Miliz soll „gesellschaftliche Ordnung" und Arbeitsdisziplin überwachen / Streifendienst

FRIED H. NEUMANN, Moskau

Die sowjetische Führung hat kaum ihre Beschlüsse zur „Festigung der sozialistischen Arbeitsdisziplin" veröffentlicht, da melden sich die Wächter zu Wort: Innenminister Fedortschuk, vorübergehend Nachfolger Andropows als KGB-Chef in Moskau, rief in der „Prawda" die Polizei zur verbesserten Überwachung der gesellschaftlichen Ordnung auf.

Nachdem sich die sowjetische Miliz während des vergangenen Jahrzehnts immer nachlässiger und zugleich bestechlicher gezeigt hatte, ist der Apparat der uniformierten Ordnungshüter (neben den in Zivil arbeitenden Sicherheitsleuten des KGB) aufgeräumt worden. Heute steht nach Fedortschuks Worten „die Mehrheit" der Miliz gut geschult und „ehrenvoll" im Kampf gegen Disziplinverletzer und Verbrecher da. Vermehrte Kontrollen durch einen verstärkten Streifendienst und die Zuordnung von „persönlichen Mannschaften" zu einzelnen Häuserblocks sollen sich vorbeugend auswirken.

Mit Betrunkenen und chronischen Trinkern wird die Polizei, wie der Innenminister ankündigte, „nicht mehr großzügig umgehen, sondern entschlossen Maßnahmen gegen sie ergreifen". Die häufigere Einweisung in Heilanstalten habe schon gute Ergebnisse gebracht. Das härtere Vorgehen sei notwendig, weil Trunksucht zur Vernachlässigung der Arbeit und zu vielen Verstößen gegen die Ordnung führe. Auf diese „parasitäre Lebensweise" sei in der Sowjetunion jedes fünfte Verbrechen zurückzuführen.

Fedortschuk zeigte sich als Polizeiminister in Übereinstimmung mit entsprechenden Parteibeschlüssen auch um das Wohl der Jugendlichen besorgt, die vom schlechten Beispiel vieler Erwachsener verdorben würden. Eine bereits bestehende „Kommission für Minderjährige" werde ihren Aufgaben verstärkt nachzugehen haben und sich „des Problems der schwierigen Jugendlichen" annehmen.

Neue Leute, „prinzipienfeste, gut ausgebildete Arbeiter", seien in die Abteilung des Innenministeriums aufgenommen worden, die sich dem „Kampf gegen den Diebstahl sozialistischen Eigentums" widmet. Fedortschuk nannte als besonders anfällige Wirtschaftsbereiche das Bauwesen, den Handel und Verkehr, die Leicht- und Lebensmittelindustrie sowie die

● Fortsetzung Seite 6

Ifo kritisiert zu massive Konsolidierung

DANKWARD SEITZ, München

Die gerade erst begonnene wirtschaftliche Erholung in der Bundesrepublik Deutschland droht nach Ansicht des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung 1984 bereits auszulaufen oder sogar in einen Abschwung zu münden. Neben dem momentan steigenden Zinstrend seien es vor allem die massiven Konsolidierungsmaßnahmen der öffentlichen Haushalte, die den Aufschwung gefährdeten.

Die Münchner Forscher erwarten, daß das Defizit des Bundes im kommenden Jahr um 15 (1983: vier) Milliarden Mark abgebaut wird. In einer Phase moderater Erholung kann ein solcher Kraftakt nach Ansicht des Ifo-Instituts den Aufschwung zum Erliegen bringen. Grundsätzlich wird der Kurs der Haushaltssanierung für richtig gehalten. Die Kritik richtet sich vor allem gegen die erhebliche Beschleunigung des Defizitabbaus im Jahre 1984. Auch wenn von einer Defizitrückführung günstige Einflüsse auf die Kapitalmärkte und die Zinsen ausgehen, verbleibe per Saldo ein deutlich kontraktiver Effekt der Finanzpolitik.

Vorsicht beim Konsolidierungstempo erscheint dem Ifo-Institut auch deshalb angebracht, weil die Möglichkeiten der Geldpolitik, weitere Zinssenkungen herbeizuführen, gegenwärtig ausgesprochen gering seien. Die Zinsentwicklung werde auch künftig von den hohen Zinsen und den Wechselkursen dominiert.

Seite 7: Ende des Aufschwungs?

Schlecht: Bonn bleibt beim Schuldenabbau

HH/K. S. Bonn

Ungeachtet der Empfehlungen der OECD und des Ifo-Instituts will die Bundesregierung an dem „überzeugenden Kurs" des allmählichen Defizitabbaus im Staatshaushalt festhalten, erklärte Wirtschafts-Staatssekretär Otto Schlecht gestern vor Journalisten in Bonn. Die von der Regierung eingeschlagene Politik sei notwendig zur Vertrauens-Stabilisierung. Die öffentliche Hand müsse sich vom Kapitalmarkt zurückziehen, um der Privatwirtschaft zusätzliche Finanzierungsspielräume zu eröffnen.

Die Dollarentwicklung, so Schlecht, sollte nicht dramatisiert werden. Zwar ergäben sich preissteigernde Wirkungen aufgrund der Verteuerung der Importe. Zugleich aber würden die Exportchancen der deutschen Wirtschaft in einer sich belebenden Weltkonjunktur („kräftiger Aufschwung" in den USA) verbessert. Schlecht erwartet trotz des Dollar-Höhenflugs und der Mehrwertsteuererhöhung eine mit drei Prozent Anstieg 1983 ruhigere Preisentwicklung, als noch im Jahreswirtschaftsbericht im Januar (vier Prozent) erwartet.

Er plädierte dafür, steuerliche Subventionen abzubauen und die daraus fließenden Mehreinnahmen zur Finanzierung der Lohn- und Einkommensteuertarifreform zu verwenden. Schlecht begrüßt „nachdrücklich" die Ankündigung des Finanzministers, hierüber Anfang 1984 zu entscheiden.

Seite 7: Erholungsprozeß

Im Osten wächst Unmut über Comecon

Untauglich zur Lösung der Wirtschaftskrise? / Gipfelkonferenz für Herbst geplant

ULRICH B. MARKER, Wien

Die schon seit Mai überfällige Gipfelkonferenz der Partei- und Regierungschefs des Comecon, der Wirtschaftsgemeinschaft kommunistischer Staaten, soll nun im Herbst in Moskau stattfinden. Entgegen der in osteuropäischen Hauptstädten verlautbarten Begründung, daß das geplante Treffen wegen der dringend notwendigen Abstimmung der nationalen Wirtschaftspläne für die Planungsperiode 1985–90 nicht länger aufschiebbar sei, muß angenommen werden, daß das Hauptthema dieser Gipfelkonferenz nicht die Wirtschaftsplanung, sondern die Wirtschaftskrise sein wird, die die Comecon-Länder vor immer größere Probleme stellt.

Planabstimmung war in der Vergangenheit nie Anlaß für ein Treffen auf höchster Ebene. Der letzte Wirtschaftsgipfel der Partei- und Regierungschefs tagte 1971. Damals wurde das „Komplexprogramm zur stundenweisen Koordinierung der Volkswirtschaften bis 1990" beschlossen. Auch diesmal gibt es Anzeichen dafür, daß Moskau die schwierige Wirtschaftslage zum Vorwand für eine verstärkte Integration bei gleichzeitigem Ausbau der eigenen Vormachtstellung benutzen möchte.

Die Wirtschaftskrise im Comecon-Bereich äußert sich nicht nur in schrumpfendem Wachstum, in Versorgungsengpässen, Zahlungsschwierigkeiten und hoher Verschuldung im Westen. Sie hat infolge der Drosselung von Westimporten auch zur Stagnation des technischen Fortschritts geführt und beeinträchtigt deshalb den Handel innerhalb der Gemeinschaft, der bis zu 80 Prozent des Warenaustausches der Mitglieder ausmacht. Dazu kommen noch die Schwierigkeiten, in die der interne Comecon-Handel durch die Krise in Polen geraten ist. Die bis 1985 laufenden Fünf-Jahres-Pläne gelten bereits als gescheitert.

Daß die weltweite Rezession im Comecon offensichtlich weit mehr Probleme aufgeworfen hat als im Westen, ist zweifellos auf das zentralistische Planwirtschaftssystem und seine diktatorische Bürokratie zurückzuführen, die für Flexibilität und spontane Reaktionen auf Veränderungen des Weltmarktes keinen Spielraum lassen. Daß sich die kommende Gipfelkonferenz zu wirksamer Abhilfe durch einschneidende 4 Reformen entschließt, muß aber wegen ideologischer Gründe bezweifelt werden. Die jüngsten Wirtschaftsmaßnahmen der Sowjetunion lassen erkennen, daß die Reformbereitschaft sich nur auf Randbereiche des alten Systems beschränkt.

Die Stimmung unter den Comecon-Mitgliedern – besonders bei den kleineren wirtschaftlich schwächeren

■ Fortsetzung Seite 6

Im Europarat wird um den Generalsekretär gerangelt

Skandinavier melden ihre Ansprüche auf den Posten an

AP, Straßburg

Die skandinavischen Länder wollen erstmals in der Geschichte des Europarates den Generalsekretär stellen. Bereits Anfang des Jahres präsentierten sie ihren Bewerber für diesen Posten – 20 Monate vor dem regulären Amtswechsel. Wenige Wochen vor der Kandidatenkür steht fest, daß der schwedische Botschafter in Dänemark, Ole Algard, zumindest einen Gegenkandidaten haben wird. Der Österreicher Franz Karasek hält sich, wie es in Straßburg heißt, „auf Drängen einiger Mitgliedsländer" für eine neue Amtsperiode bereit.

Die Wahl des achten Generalsekretärs im September kommenden Jahres fällt mit dem 35jährigen Bestehen der heute 21 Länder umfassenden europäischen Organisation zusammen. Von den bisherigen Generalsekretären kamen je zwei aus Frankreich und Österreich, die übrigen aus Italien, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland. Die skandinavischen Mitgliedstaaten (Norwegen, Schweden, Dänemark und Island) waren bislang nur bei der Wahl des Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung erfolgreich.

Der Generalsekretär des Europarats wird auf fünf Jahre durch die Parlamentarische Versammlung, das Organ der von den nationalen Parlamenten entsandten Abgeordneten, gewählt. Als Chef der rund 800köpfigen Verwaltung ist er gleichermaßen dem Parlament wie dem Ministerkomitee, in dem die Regierungsvertreter der Länder sitzen, verantwortlich.

Der jetzige Generalsekretär Karasek war 1979 mit der Absicht angetreten, die Staatenorganisation verstärkt in den Ost-West-Entspannungsprozeß einzubringen. Dem Europarat gelang es jedoch nicht, aus dem Schatten der Europäischen Gemeinschaft zu treten. Deshalb wurde versucht, seine Bedeutung durch Einladungen an die Staatsoberhäupter der Mitgliedsländer aufzuwerten. Der französische Staatspräsident Mitterrand, der deutsche Bundespräsident Carstens und der italienische Staatspräsident Pertini folgten bisher der Einladung.

Kirchen fordern Afghanistan-Abzug

Ökumenischer Rat: Auch Waffenhilfe für Freiheitskämpfer soll eingestellt werden

rtr/dpa, Vancouver

Der Weltkirchenrat hat mit 479 gegen 21 Stimmen eine Afghanistan-Resolution verabschiedet, in der eine umfassende, von beiden Blöcken garantierte Konfliktlösung verlangt wird. Angesprochen werden der Abzug der sowjetischen Truppen sowie die Einstellung der Waffenlieferungen an die Freiheitskämpfer.

Über die Resolution war es in der Vollversammlung des ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) in Vancouver zu einer erregten Debatte zwischen Mitgliedern der russisch-orthodoxen Delegation und Delegierten anderer Kirchen gekommen. Der pakistanische Bischof Alexander J. Malik (Lahore) verlangte vor dem Plenum die Zurückziehung des von einem Ausschuß erarbeiteten Textes, da darin die „Aggression" und die „Menschenrechtsverletzungen" durch die Sowjetunion in Afghanistan unerwähnt blieben.

Der ÖRK habe hier die „schwächstmögliche Sprache" gewählt, während er bei Menschenrechtsverletzungen in westlichen Ländern die „stärkste Sprache" gebrauche. „Sind die Afghanen keine Menschen?" fragte der Geistliche erregt. Oder handele man so, weil die Afghanen keine Christen seien? Malik verlangte eine neue Textfassung, in der die UdSSR verurteilt und der bedingungslose Abzug der sowjetischen Truppen gefordert werde.

Der russische Erzbischof Kirill (Leningrad) entgegnete mit sehr ruhig vorgetragenen Worten, die dennoch seine Erregung spüren ließen. Man sei hier „an einem wichtigen und kritischen Punkt unserer ökumenischen Gemeinschaft" angekommen, sagte er, und sprach dann sogar von einem „Wendepunkt".

Welchen Nutzen würde das für die Menschen in Afghanistan haben, wenn man die Resolution ändere, fragte Kirill nun vor dem Plenum. Ein anderer Russe, Metropolit Yuvenli (Moskau), betonte, Änderungen würden das Dokument nutzlos machen.

Der Resolutionstext hält sich im wesentlichen an Vorschläge des UNO-Generalsekretärs. Gefordert wird eine „Einstellung der ausländischen Waffenlieferungen an oppositionelle Gruppen" in Afghanistan und der Abzug der sowjetischen Truppen „im Rahmen einer umfassenden politischen Regelung des Konflikts.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Spät kommt er . . .

Von Heinz Barth

Nach beträchtlichem Zögern hat Frankreich sich doch entschlossen, seine unzureichende Militärhilfe für das von Khadhafi angegriffene Tschad durch die Verlegung von Truppen-Ausbildern aus der Zentralafrikanischen Republik aufzubessern. Paris taktiert noch immer allzu zurückhaltend. Aber es hat immerhin entdeckt, daß es zu diesem Schritt durch das 1976 mit Tschad getroffene Abkommen autorisiert ist.

Die zunehmende Ungeduld, mit der Washington Mitterrand zu einer wenn auch begrenzten Intervention drängte, wirkte da sicher mit. Er mußte sich vom Weißen Haus sagen lassen, daß Amerika das frankophone Afrika noch als Einflußgebiet Frankreichs betrachtet. Die Betonung liegt auf „noch". Die USA können es unmöglich hinnehmen, daß sich der libysche Chef-Satellit einen revolutionären Sahel-Gürtel umschnallt, der vom Sudan bis zur Westsahara das islamische vom schwarzen Afrika trennt.

Mitterrands ursprünglicher Gedanke, die Zone der Großmacht-Konfrontation zu entziehen, verkannte die Wirklichkeit. Die Passivität, mit der er bisher auf die Aggression des Libyers reagierte, könnte nur eine von zwei denkbaren Konsequenzen haben: entweder würden die Amerikaner zur Demontage des frankophonen Afrika gezwungen, oder das Gebiet geriete unter den Einfluß Khadhafis.

Mitterrand mußte etwas unternehmen, wollte er nicht bei den anderen frankophonen Republiken in Mißkredit geraten. Er hüllte sich bisher in Schweigen und ließ Claude Cheysson, seinen cholerischen Außenminister, agieren. Cheysson war gemeint, als sich der Präsident Tschads bitter über die prolibyschen Einflüsse in Paris beklagte. Ginge es nach Frankreichs Außenminister, Paris hätte den Druck Washingtons ignoriert. Er brachte es fertig, bei seinem Besuch in Havana Castro in seinem Widerstand gegen Amerika zu bestärken. Mit dieser Überschätzung der französischen Möglichkeiten ist schon ein ganz anderer, nämlich de Gaulle, gescheitert, als er vor zwanzig Jahren die Hemisphäre bereiste.

Wenn Präsidenten plaudern

Von Claus Dertinger

Notenbanken und ihre Präsidenten machen Währungspolitik nicht nur mit konkreten Aktionen, sondern auch mit Worten, mit Reden und Interviews. Die Profis an den internationalen Finanzmärkten saugen begierig jedes Wort der Währungslenker auf, sezieren jeden Satz und versuchen, die tatsächlichen oder vermeintlichen Erkenntnisse in gewinnbringendes Geschäft umzusetzen. Aber dabei produzieren die Marktakteure zuweilen eigenwillige Interpretationen, die oft das Gegenteil von dem bewirken, was die Redenden im Sinne hatten.

So wollte US-Notenbankchef Volcker kürzlich mit Sicherheit nicht die amerikanischen Zinsen und den Dollarkurs hochjagen, als er die Politiker in Washington vor der zinstreibenden Wirkung des Budgetdefizits warnte. Doch für die Märkte war diese Äußerung ein quasi amtliches Zinssteigerungssignal.

Ein weiteres Beispiel: Bundesbankpräsident Pöhl, der sich, wie er in einem Fernsehinterview einräumte, große Sorgen wegen der Wechselkursentwicklung macht, versuchte im gleichen Interview zu beruhigen. Unter Hinweis darauf, daß die Lage unserer Wirtschaft und der D-Mark heute nicht mit der in der kritischen Zeit 1980/81 zu vergleichen sei, sagte Pöhl: „Es gibt keinen Grund, nun mit dramatischen spektakulären Schritten zu reagieren." Womit gemeint sein dürfte, daß er keine Leitzinserhöhung beabsichtigt. Für kundige Thebaner war das alles andere als eine Überraschung. Dennoch kletterte der Dollarkurs auf über 2,71 D-Mark.

Der Grund: Devisenprofis, die am steigenden Dollar verdienen wollen, unterstellten dem deutschen Notenbankchef Desinteresse am D-Mark-Kurs und verbreiteten diese „heiße Nachricht" mit Windeseile über die Märkte, wo sie auch anderen Dollar-Haussespekulanten das Handwerk erleichterte.

Fazit: Da Finanzmärkte nicht nur wirtschaftlich sinnvolle Veranstaltungen sind, sondern auch Tummelplätze für Spekulanten, die ihr eigenes Süppchen kochen wollen, können Währungspolitiker nie sicher sein, ob ihre Botschaften auch richtig ankommen.

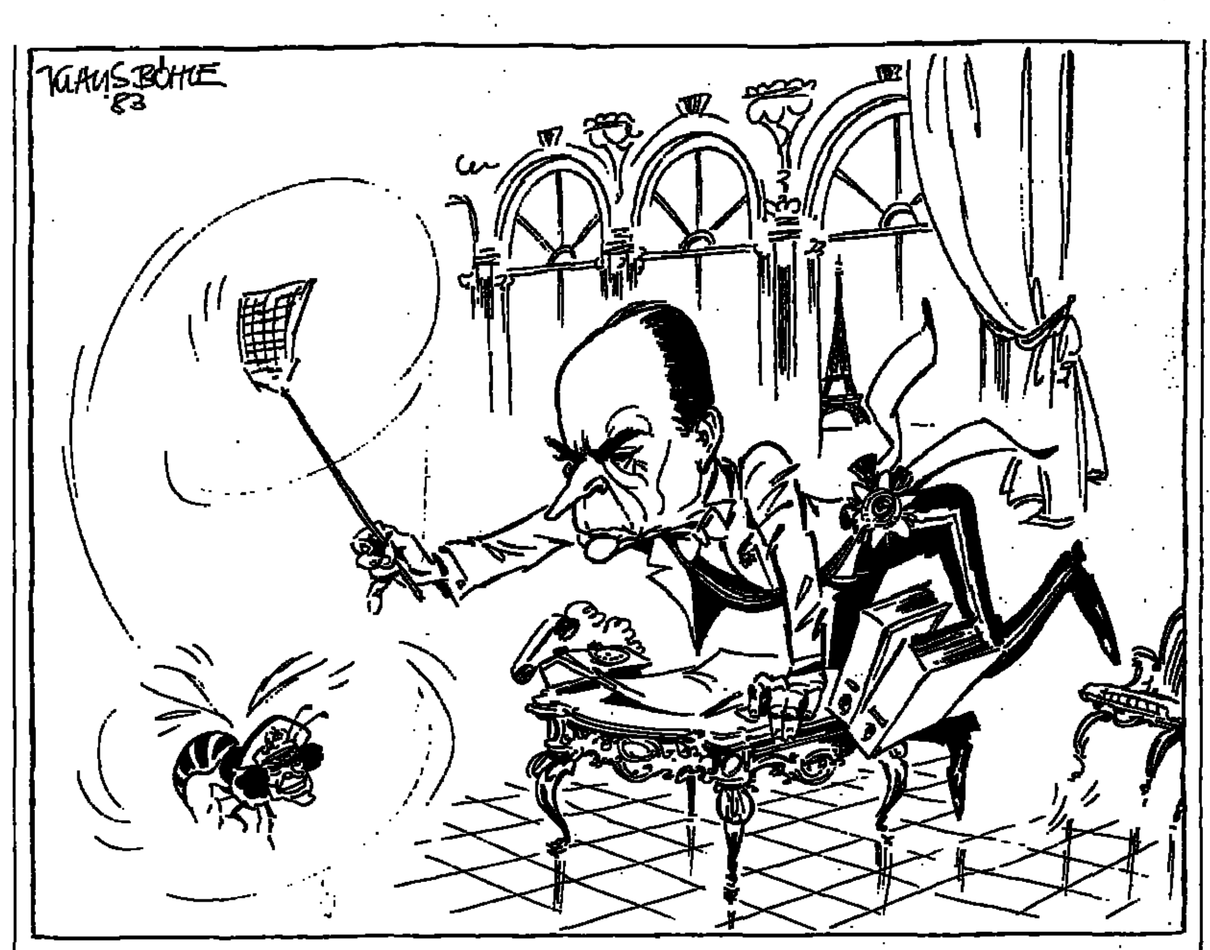
Moral und Weisheit

Von Enno v. Loewenstern

Als die Weltkirchenkonferenz in Vancouver als einzige deutsche Rednerin Frau Dorothee Sölle zuließ, und als diese Dame eine Philippika wider die „auf Geld und Gewalt" errichtete Gesellschaft des Westens im allgemeinen und die „gasstinkende" Bundesrepublik im besonderen losließ, da mochte sich mancher trösten: Das sind halt besonders grimme, kompromißlose Moralisten, diese Berufschristen von Vancouver. Ausgewogenheit, Gelassenheit, womöglich ein Forschungsantrag nach dem Balken im eigenen Auge – das kann man einfach nicht von diesen Alttestamentariern inmitten moderner Permissivität verlangen. Die richten ihre Raketen wie de Gaulle nach tous azimuths, ohne Rücksicht auf Liebesverluste.

Von wegen. Die furiosen Moralisten verwandeln sich beim Blick in gewisse Richtungen in Sekundenbruchteilen zu Lämmlein, deren mildes Baaa das Herz erfreuen würde, wenn es nicht an Adressen ginge, wo man kein Herz hat. Zu Afghanistan beispielsweise ist vom Gas nicht die Rede, das da höchst aktuell zum Himmel stinkt. Vielmehr flötet man die Empfehlung, die Bemühungen des UNO-Generalsekretärs zu unterstützen (die, wie jeder weiß, sich allein an den Wünschen der Gaswerfer vom Hindukusch orientieren); man fordert die Einstellung von Waffenlieferungen an oppositionelle Gruppen – ja, das fordert derselbe Weltkirchenrat, der die Gewalt-Rufe des südafrikanischen farbigen Geistlichen Boesak jubelnd unterstützte! Und man sieht einen Abzug der Sowjettruppen im Rahmen einer „umfassenden politischen Regelung", wie es von jeder amtlichen sowjetischen Äußerung wörtlich so gefordert wird.

Proteste (Bischof Malik aus Pakistan: „Sind die Afghanen keine Menschen?") wurden niedergestimmt. Erzbischof Kyrill aus Leningrad warnte unter allgemeiner Zustimmung davor, die „gemeinsame Entwicklung" zu gefährden: Die Afghanistan-Resolution sei ein Kompromiß, der der „politischen Weisheit des Weltkirchenrates" der letzten Jahre entspreche. Treffender hätte er nicht ausdrücken können, was hinter den Erklärungen steht, die, ohne zu erröten, „Frieden und Gerechtigkeit" tituliert werden. Es ist nicht nur heiße Luft. Es ist Gas dabei.



Sommerliche Insektenplage ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Kognak für General Turkin

Von Carl Gustaf Ströhm

Seit Jurij Andropow in die schwerfällige sowjetische Ökonomie die Elemente einer neuen Wirtschaftspolitik – oder zumindest Wirtschaftsphilosophie – einzuführen versucht, scheinen einige Moskauer Manager und Nationalökonomen von einem regelrechten Reformfieber ergriffen. Während von oben ein neues Arbeits-Reform-Gesetz verkündet wurde, das den sowjetischen Arbeitern größere „Mitbestimmung" in der Produktion in Aussicht stellt, und während die Manager in Teilen der sowjetischen Industrie demnächst größere Kompetenzen gegenüber der Zentralplanung erhalten sollen, schießen wie Pilze nach einem Sommerregen sowohl offiziell wie inoffiziell kritische Äußerungen sowjetischer Experten über das überkommene sowjetische Wirtschaftssystem empor.

Während Andropow den Nachdruck seiner Reformbestrebungen auf die Verschärfung der Arbeitsdisziplin legt – man denke an die von ihm veranlaßten Razzien in Kinos und Warenhäuser –, weisen sowjetische Wirtschaftsexperten darauf hin, daß nicht die Nachlässigkeit der Arbeiter, sondern das Versagen des Planungssystems, das verzögerte Eintreffen von Rohstoffen, das Fehlen von Arbeitsgerät und Maschinen hauptsächlich an der Wirtschaftsmisere des östlichen Imperiums schuld seien. So beklagte sich die sowjetische Gewerkschaftszeitung „Trud", daß die „Staatsdisziplin" verletzt werde, weil immer wieder Zulieferungen nicht rechtzeitig in den Betrieben einträfen. Auf diese Weise werde aber nicht nur die gesamte Produktion durcheinandergebracht, sondern auch die Arbeitsmoral der Werktätigen unterminiert.

In der Moskauer „Literaturzeitung" erteilt ein Professor Kostjakow den polizeilichen Disziplinierungsversuchen eine offene Absage: Sie hätten das Kernproblem des bestehenden Wirtschaftsmechanismus in der UdSSR nicht gelöst, nämlich das „System der technischen und materiellen Versorgung". Es bestehe aber, so Professor Kostjakow, eine „dringende Notwendigkeit für einige fundamentale neue Lösungen: ein neues Verhältnis zwischen zentraler Planung und örtlicher Initiative, echte Freiheit und echte Verantwortlichkeit in der Führung von Betrieben und Produktionsvereinigungen, Flexibilität und Effizienz bei der Erschließung von Ressourcen ..."

Interessant ist, wie hier in der offiziellen sowjetischen Wirtschaftsdiskussion plötzlich ganz neue Vokabeln auftauchen – Begriffe wie „Initiative", „echte Freiheit", „echte Verantwortlichkeit", „Flexibilität", „Effizienz". Die sowjetische Gewerkschaftszeitung stellt sogar die Forderung auf, die Betriebe sollten in Zukunft nur für jenen Teil des Produktionsplanes verantwortlich sein, für den sie alle notwendigen Rohstoffe und Maschinen erhalten hätten. Bisher müßten, so „Trud", sowjetische Fabrikdirektoren und Manager „betteln, pumpen und schwindeln", um ihre Produktion zu organisieren. Anders gesagt: Das System fordert eine „Erfüllung und Übererfüllung" der Pläne, ohne den Managern und den Arbeitern überhaupt eine normale Produktion zu ermöglichen.

In die gleiche Richtung führen die in einer Denkschrift festgehaltenen Überlegungen, welche sowjetische Wirtschaftswissenschaftler von der Zweigstelle Nowosibirsk der Akademie der Wissenschaften angestellt haben. Hier werden Dezentralisierung, Einführung marktwirtschaftlicher Elemente und ein „realer Anreiz" für bessere Arbeitsmoral (das heißt: nicht Polizeimethoden, sondern höhere materielle Entlohnung) gefordert. Nur so könne die Krise der Sowjetwirtschaft, die sich in niedriger Produktivität, sinkenden Wachstumsraten und sinkenden Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts äußere, auf die Dauer gemeistert werden. Sogar von „sozialen Spannungen" innerhalb der heutigen Sowjetgesellschaft ist hier die Rede – auch das ist ein Begriff, der bisher in sowjetischen Texten nicht oder nur im Blick auf das „kapitalistische Ausland" verwendet wurde.



Zwischen Reform und Beharrung: Sowjet-Planungschef Baibakow FOTO: DPA

Für die Erklärung der Nowosibirsker Experten, wonach das bestehende sowjetische Wirtschaftssystem den Unterschleif und die krummen Touren geradezu produziere, lieferte übrigens eine Institution ein drastisches Beispiel, die bisher als „unantastbar" galt: die ruhmreiche Sowjetarmee. Die Armeezeitung „Krasnaja Swesda" berichtete von einem General Turkin, der eine Einheit im Militärbezirk Sibirien inspizieren sollte. Der General forderte vom Kommandeur der zu inspizierenden Einheit, ihm als Geschenk einen japanischen Transistor sowie seltene Bücher zu besorgen. Um den General und die Kommissionsmitglieder gnädig zu stimmen, wurde ein Unteroffizier aus Armenien per Flugzeug in seine ferne Heimat an der türkischen Grenze entsandt, um von dort guten armenischen Kognak nach Sibirien zu bringen. Um die Kosten für die Besänftigung des inspizierenden Generals aufzutreiben, „lieh" der Einheitskommandeur seine Soldaten als Zeitarbeiter an zivile Betriebe in der Umgebung aus – eine Geschichte wie aus Gogols „Revisor".

Die Frage stellt sich, ob Andropow das volle Ausmaß dieser Probleme erkannt hat. Oft wurde gesagt, Andropow sei ein „Liebhaber" des ungarischen Modells. Aber dieses Modell – das einzige, das im Ostblock bisher einigermaßen funktioniert – orientiert sich am Marktmechanismus.

Es kann sein, daß Andropow von einer solchen Roßkur zurückschreckt. Es ist sicher, daß starke Kräfte in der Zentralplanungs- und Eisenfresser-Bürokratie ihn von jeder Kühnheit abhalten wollen. Der Kampf tobt zwischen „Revisoren" nach Gogols Art und Reformern nach Kadars Art. Entschieden ist er noch nicht.

IM GESPRÄCH Mejia Victores

Anderer Stil in Guatemala

Von Günter Friedländer

Auch für Guatemala gilt, daß alles gleich bleibt, je mehr es sich ändert. General Mejia Victores (52), der 30 Jahre seines Lebens im Heer diente, war stellvertretender Verteidigungsminister des vor sechzehn Monaten gestürzten Präsidenten Lucas Garcia und Verteidigungsminister des aus der Revolution „junger Offiziere" hervorgegangenen Präsidenten Rios Montt.

Der beleibte General, den seine Kollegen für die Wachablösung bestimmten, trägt seit 1971 das Abzeichen der Fallschirmspringer. Ironischerweise gibt man in einigen Ländern Lateinamerikas diesen Namen ungebetenen Gästen, die sich überraschend einstellen. Mejia Victores erhielt die übliche Ausbildung in der US-Kriegsschule der ehemaligen Panamakanalzone und in Mexiko. Er gilt als unversöhnlicher Feind der Guerrilla, deren schon fünfundzwanzig Jahre dauernde Bekämpfung durch das Heer er vor etwa fünf Jahren zu einem persönlichen Anliegen machte und die er unter Rios Montt leitete. Diesen Kampf will er unerbittlich fortsetzen, aber die geheimen Militärgerichte und den Kriegsrechtszustand abschaffen, den Rios Montt im Juni erklärte, nachdem er den Belagerungszustand im März aufgehoben hatte. Fragen des Stils...

Das bisherige Kabinett wurde mit einer einzigen Änderung von Mejia Victores bestätigt, und der Staatsrat, der nur beratende Funktionen hat, bleibt im Amt. Auch ein Lippenbekenntnis zum Schutz der Menschenrechte fehlte nicht. Wenn sich überhaupt etwas ändert, ist es eben nur eine Frage des Stils. Der überwiegend katholische Establishment, zu dem auch die Revolutionäre zählen, konnte sich nicht mit dem Missionseifer der Sekte protestantischer Fundamentalisten abfinden, der Rios



Unerbittlich gegen die Terroristen: Mejia Victores FOTO: AP

Montt angehört und aus deren Kreisen er einige seiner engen Mitarbeiter holte. Der Wechsel des Stils ließ Mejia Victores denn auch sagen, er betrachte sich nur als Staatsoberhaupt, nicht aber als Präsident, weil er nicht vom Volk gewählt wurde. Das ist eine Wortklauberei, die zunächst nur semantische, aber noch keine praktische Bedeutung hat.

Das neue Staatsoberhaupt versicherte: „Wir erneuern unsere Verpflichtung, den Prozeß der Rückkehr zu einer konstitutionellen Demokratie fortzusetzen, für den wir mit der Mitarbeit und Unterstützung aller politischen, sozialen und wirtschaftlichen Sektoren des Landes zählen."

An Worten, diese Rückkehr zu versprechen, hat es auch bisher nie gefehlt. Nur die Taten wiesen beharrlich in eine andere Richtung. Mejia Victores erbt von seinem abgesetzten Vorgänger die legalen Instrumente, Wahlen auszuschreiben. Es fehlt nur die Festsetzung eines Wahltages. Eine Andeutung, wann das Geschehen könne, fehlte auch in den ersten Erklärungen des Fallschirmspringers.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Vorgänge bei den Grünen beschäftigen viele Zeitungen:

Mannheimer MORGEN

Glaubt man den Andeutungen der grünen Bundestagsdamen, so ist der Abgeordnete Hecker beileibe kein Einzelfall, vielmehr gibt es „viele andere", die sich ebenso verhalten. Somit scheint es sich beim Grabschen nach weiblichen Brüsten um ein überparteiliches Problem zu handeln, dem bisher nicht die gebührende Aufmerksamkeit zuteil wurde... Während die unentschuldbare Schandtat ihres hessischen Abgeordneten überwiegend Zustimmung findet, wird um die vergleichsweise harmlose Entgleisung ihres Bonner Kollegen ein Tribunal veranstaltet, das ihn nicht nur politisch Kopf und Kragen kosten kann. Also doch nicht lieber Petting statt Pershing?

DARMSTÄDTER ECHO

Es ehrt die Frauen der Grünen, daß sie die Übergriffe eines ihrer Kollegen öffentlich gemacht haben. Der Vorgang zeigt aber auch, daß bei den Grünen Anspruch und Wirklichkeit sehr weit auseinanderklaffen. Und über Geschmacksfragen läßt sich nicht streiten.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Durch die ferienstillen Hallen des Bundeshauses schallte das Gelächter der Journalisten, als der ertappte Abgeordnete sein Verhalten als „Ausdruck von Verlassenheit und den Versuch, sich Menschen näher zu bringen" zu entschuldigen versuchte. Nach dem Fraktionsbeschluß der Grünen verliert der gemaßregelte Abgeordnete, sofern er sein Mandat nicht niederlegt, seine Mitarbeiterin, dafür soll ihm künftig ein männliches Wesen zuarbeiten. Wenn es da nur nicht zu neuen Problemen kommt!

OFFENBURGER TAGEBLATT

Blut und Busen, die Grünen bespritzen andere und sich selber. Mit ihren fortgesetzten Entgleisungen befinden sie sich auf dem besten Weg, sich selbst zu entlarven und damit zu beweisen, daß sie gar nicht so viel anders sind als manche Zeitgenossen, auf die sie gerne mit erhobenem moralischen Zeigefinger weisen.

Aachener Volkszeitung

Die Grünen hat es schwer getroffen, daß einer der ihren, noch dazu ein verbaler Moralapostel, sich so schön in das Bild fügt, das sie selbst von nicht-grünen Männern zeichnen. Danach sind diese gewalttätig und ohne Achtung gegenüber Frauen, Grapscher ganz einfach. Und jetzt ist einer mitten unter ihnen. Fassungslos stehen die Grünen vor diesem Phänomen, das nach der reinen Lehre ja gar nicht sein kann.

Nordwest-Zeitung

Wie bestellt, versuchen die Grünen alles Mögliche, um dem Wähler zu beweisen, daß sie keine Alternative zu den beiden Großen, CDU und SPD, seien, ja, daß sie sich in Parlamenten unwohl fühlten. Wie bestellt waren allerdings auch die Kameras und der Reporter des ZDF zur Stelle, als ein Grüner im Hessischen Landtag seine Sudel-Schau abzog – die besten Argumente gegen die Grünen kommen von den Grünen. Aus den eigenen Reihen wurde auch dem grünen hessischen Bundestagsabgeordneten Klaus Hecker das sexistische, Damen belästigende Handwerk gelegt. Es mag eine wundersame Fügung sein, daß sein wenig feinfühliges Fehlverhalten just zu Beginn des Wahlkampfes in Hessen einer staunenden und sich empörenden Öffentlichkeit mitgeteilt wurde. **(Oldenburg)**

Wie der Unterhändler McFarlane in die Wüste geriet

Auswechslung von Diplomaten schützt vor Fehlschlag nicht / Von Peter M. Ranke

Mit leeren Händen ist Robert McFarlane, der Mann des Sicherheitsberaters William Clark in Washington, von einer Vermittlungsmission aus Damaskus und der saudischen Residenzstadt Taif nach Beirut zurückgekehrt. Er war nicht erfolgreicher als Philip Habib, der Freund von Außenminister Shultz, der zurücktreten mußte, weil er in Syrien nicht willkommen ist. Ein Debakel der amerikanischen Nahostpolitik zeichnet sich ab.

McFarlane mußte in Taif feststellen, daß die saudische Haltung nicht weniger starr ist als die des syrischen Präsidenten Assad: Erst ein bedingungsloser und vollständiger Abzug der Israelis aus Libanon, sonst läuft nichts. Der Vertreter des US-Präsidenten wurde darüber hinaus von König Fahd gedemütigt. Man ließ McFarlane vierundzwanzig Stunden vor den Hoftoren warten; nicht einmal der saudische Außenminister Saud ben Feisal holte ihn am Flugplatz ab. Das ist zwar nur ein Drittel der Zeit, die König Heinrich vor dem Tor von Canossa stand. Aber dafür leben wir in einer schnellerlebigen Zeit.

Wie in den letzten Wochen sind die Saudis weiterhin entschlossen, keinesfalls durch eine Sperrung der finanziellen Subsidien Druck auf Damaskus auszuüben, damit es Gesprächen über einen Abzug seiner vierzigtausend Soldaten aus Libanon zustimmt. Warum auch sollte König Fahd den Amerikanern den Gefallen tun? Die Saudis wissen von US-Botschafter Murphy, der im State Department den Nahost-Schreibtisch übernimmt, daß Washington einen grundsätzlichen Irrtum seiner Politik nicht aufzugeben gedenkt: die Annahme, daß Saudi-Arabien prowestlich und gemäßigt sei.

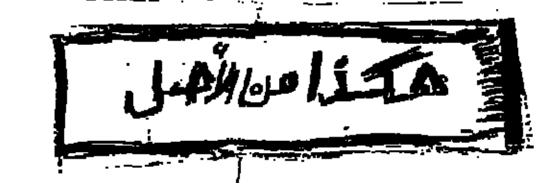
Versäumnisse und Fehlurteile oder Illusionen sind auch gegenüber Syrien jetzt nicht mehr zu korrigieren. Sieben Jahre lang hat Washington fast kritiklos hingenommen, wie die Syrer Libanon unterworfen haben, wie ihre „Friedenstruppe" zur Besatzungsmacht wurde und wie sie die PLO-Terrorzentrale West-Beirut unterstützen. Am schlimmsten war wohl die Fehlentscheidung der einzigen Macht, die die Syrer aus Libanon vertreiben konnte, Israel, im vorigen Sommer in den Arm zu fallen. Es hätte damals keinen „großen" und keinen israelisch-syrischen Krieg gegeben. Heute ist die Lage anders.

Aber auch heute gestatten es Amerika und der Westen ohne Klage und Kritik, daß aus syrischen Geschützen die Zivilbevölkerung der libanesischen Küstenebene unter Feuer genommen wird, daß ein Drusen-Clan syrische Munition erhält zum Bürgerkrieg und daß mit aktiver syrischer Hilfe eine Art Gegenregierung gebildet wird. Assad muß sich in Damaskus wegen der Amerikaner keine Sorgen machen. Er besitzt außerdem die volle Rükkendeckung der Sowjets.

Seit dem Frühjahr wird die amerikanische Politik in Nahost, nicht nur in Mittelamerika, unerbittlich von dem neuen Mann im Kreml getestet. Die Syrer leisten Andropow dabei nützliche Hilfe. Doch Washington scheint im libanesischen Irrgarten die Zusammenhänge nicht zu erkennen. Wie kann man glauben, Syrien durch freundliche Gesten zum Verlassen Libanons bewegen zu können, wenn sich im gleichen Augenblick der syrische Verbündete Khadhafi anschickt, Tschad zu okkupieren? Die Herausforderung Amerikas durch Khadhafi, auch ein Verbündeter der sowjetischen Politik, ist ebenso ernst zu nehmen wie die durch den Syrer Assad.

Doch schon bosselt McFarlane an neuen Kompromißvorschlägen, die Damaskus bei dem Ziel entgegenkommen, den libanesisch-israelischen Abzugsvertrag vom 17. Mai vom Tisch zu fegen, weil dieses Abkommen ein kleiner Friedens- und Sicherheitsvertrag ist. Jetzt ist ein libanesisch-syrischer Sicherheitsvertrag im Gespräch, nachdem Damaskus jede „Entflechtung" gegenüber den israelischen Truppen in der Bekaa abgelehnt hatte. Und die Syrer winken mit einem Abzugsplan, wenn Beirut den Vertrag mit Israel annulliert. Dafür wiederum ist eine Hintertür offen: die fehlende Unterschrift von Präsident Gemayel unter dem Ratifizierungsgesetz.

McFarlane und damit Washington wird um zwei grundsätzliche Entscheidungen bald nicht mehr herumkommen, da Syrien bei seinem Nein bleibt und dabei selbst von Ägypten (auch ein „Freund" der USA) unterstützt wird. Wird es ein Zerreden, eine Auflösung oder Kündigung des libanesisch-israelischen Abkommens zulassen? Beirut steuert darauf zu, da es ja weiter auf die zweite wichtige Entscheidung Washingtons warten muß: Entsenden die USA bald mehr Marines nach Beirut, damit sie der libanesischen Armee bei der Befriedung der von Israel freiwillig zu räumenden Gebiete helfen? Klagen über den israelischen Teilabzug führen da nicht weiter. Denn die amerikanische Politik in Nahost steht auch in Libanon auf dem Prüfstand. Der von Moskau angezettelte Test auf Standvermögen und gute Nerven läuft.



Dracula im Weißen Haus oder Die Abrechnung des Mr. Hersh

Aus der publizistischen Schlacht um „Watergate" hallt ein Kanonenschuß nach. Der Schütze ist Seymour M. Hersh, ehemals Reporter der „New York Times", der bei der Aufdeckung des Skandals klar übertrumpft wurde. Sein Opfer nun ist Kissinger, den Hersh schwarz in schwarz malt.

Von HEINZ BARTH

Ist Henry Kissinger ein Kriegsverbrecher? Ein kalter Krieger? Oder ganz einfach nur ein Schurke? Der Leser hat die Wahl, nachdem er sich durch die 700 Seiten des Buches gearbeitet hat, mit denen Seymour M. Hersh, einer der rührigsten und säurehaltigsten Enthüllungs-Reporter Washingtons, auf den ehemaligen Sicherheitsberater des Weißen Hauses und späteren Außenminister der Präsidenten Nixon und Ford eindrischt.

Rund vier Jahre hat Hersh auf den Versuch verwendet, den einzigen politisch Überlebenden unter den längst eingestampften, gevierteilten und zu publizistischem Aufschnitt verarbeiteten Mitgliedern der Nixon-Administration so gründlich zu zerstören, wie noch kein Denkmal zerstört worden ist. Er tut's unter dem Titel „The Price of Power".

Doch nicht nur Kissinger soll vernichtet werden – auch die Außenpolitik, die er gemeinsam mit Nixon zu einem von fast allen Experten anerkannten Erfolg führte. Selten hat sich ein Autor weniger Mühe gegeben, seine mit Ressentiments überfrachtete Einseitigkeit und Voreingenommenheit zu verbergen. Spätestens nach den ersten hundert Seiten beginnt sich der Leser zu fragen, ob Hersh den gleichen Mann meint, der von der Mehrheit der amerikanischen Medien als Superstar der Weltpolitik glorifiziert wurde.

Denn ganz offensichtlich hat Henry Kissinger alles falsch gemacht, was er anpackte. Nur in einem Punkt war er unfehlbar – er irrte immer: Er irrte, als er Nixon Ende April 1970 in die Kambodscha-Invasion hetzte und damit dem Präsidenten den Rest von Vertrauen kostete, das von den Amerikanern noch in eine Vietnam-Politik gesetzt worden war. Er irrte, als er zwei Jahre später aus Angst, die Sowjets würden den Moskau-Gipfel vom Mai 1972 absagen, Nixon die beabsichtigte Bomben-Offensive gegen Nordvietnam vergeblich auszureden suchte. Und er irrte sogar noch, als er Gerald Ford 1975 während des Mayaguez-Zwischenfalles zu der kostspieligen Vergeltungs-Expedition gegen die Roten Khmer anstiftete, bei der die „Marines" Verluste erlitten, zu denen das Resultat der Aktion in keinem Verhältnis stand.

Wäre es Hersh nur darum gegangen, Kissinger als ein Genie der Außenpolitik zu demontieren, so hätte man dazu nichts weiter zu bemerken. Es ist das Schicksal von Außenministern, daß ihre Entscheidungen extrem anfällig für Interpretationen nach jedem Gusto sind. Was an dieser haßerfüllten Abrechnung mit Kissinger am meisten schockiert, ist aber die Ranküne, mit der hier ein Charakterbild gezeichnet wird – so ruchlos und hinterhältig, daß neben ihm Graf Dracula als eine schöne Seele erscheint.

Nun hat noch keiner behauptet, daß bei Henry Kissingers steilem Aufstieg zur Macht viel Unschuld im Spiel war. Es ist schon denkbar, daß ihn Ehrgeiz und unbändiger Geltungstrieb dazu drängten, das Nixon-Lager während der Präsidentschafts-Kampagne von 1968 mit Informationen zu versorgen, die ihm als Konsulent der Johnsen-Administration zugänglich wurden. Unbestreitbar hat er auch als Sicherheitsberater des Weißen Hauses ein Doppelleben in der besten von zwei Welten geführt – als Pragmatiker der Macht an der Seite des Präsidenten und als Tröster des linksliberalen Georgetown-Set, der auf ihn die Hoffnung setzte, er werde die Nixon-Administration auf die Pfade der Tugend lenken.

Sicher wurde Kissinger nie müde, diesen schmeichlerischen Spiegel seines Ego zu wienern. Sein Kampf gegen den Mann, dessen Posten er mehr begehrte als alles andere, den Nixon-Intimus Bill Rogers, dem er schließlich das Außenministerium abjagte, muß gnadenlos genannt werden. In der Deutschland-Politik, den Vietnam-Verhandlungen und der nahöstlichen Shuttle-Diplomatie – überall gluckerte er in den berühmten und gar nicht so geheimen „Geheim-Kanälen", die am State Department vorbeigeleitet wurden. Ganz Washington konnte täglich das Geräusch hören, mit dem Kissinger emsig an den Stuhlbeinen des Außenministers sägte.

Jeder weiß: Wo viel Macht ist, gibt es viel Unrat. Der Teufel macht gern auf den großen Haufen. Doch auch für den, der sich in diesem Punkte keinen Illusionen hingibt, ist es erstaunlich, wie es Hersh fertigbringt, soviel Schmutz zusammenzukehren. Man wendet Seite um Seite in der zaghaften Hoffnung, einmal einem anerkennenden Urteil, einer Figur mit ehrenwerten Motiven, einer von Intrigen freien Aktion zu begegnen – aber auf jeder neuen Seite faßt man in nichts als SCHLAMM. Ihn immer wieder unverdrossen umzurühren, dazu gehört die besondere Veranlagung des Verfassers, der über eine Feder von erlesener Rachsucht verfügt.

Wofür will er sich an der Nixon-Equipe im allgemeinen und an Henry Kissinger ganz speziell rächen? Doch wohl für die vernichtende Niederlage, die er als Enthüllungs-Reporter der „New York Times" vor über zehn Jahren im Watergate-Duell mit der „Washington Post" erlitt. Seine Gegenspieler, die jungen Reporter Woodward und Bernstein, die den Super-Skandal recherchierten und die Nixon-Administration schließlich in die Luft sprengten, siegten auf der ganzen Linie, wurden zu Welt-Zelebritäten und Millionären. Die „Times", die sich bald darauf von Hersh trennte, hat dieses Informations-Desaster, bei dem sie ständig in der Rückhand war, lange Zeit nicht verwunden. Bei Hersh aber hinterließ die journalistische Blamage ein Trauma, das er durch die Zerstörung Kissingers zu bewältigen sucht.

Sein Fall ist aufschlußreich für die Entwicklung, die der amerikanische Enthüllungs-Journalismus seit und durch Watergate nahm. Längst ist fast alles gesagt, was an der Nixon-Administration zu tadeln ist. Doch das im wesentlichen intakte Prestige Kissingers gibt noch eine ganze Menge her. Eine Menge wovon? Vor allem von dem Verblüffungseffekt, der die Abbruchsarbeiten an einem großen Namen in der Regel mit einem Platz auf der Bestseller-Liste belohnt. Da gibt es für das Publikum etwas zu staunen, wenn ihm die Metamorphose von Kissinger Superstar zu dem ganz gewöhnlichen „Falken", einem Außenpolitiker ohne erfinderische „Kühnheit" und ohne „Geist der Erneuerung", vorgeführt wird.

Dafür ist freilich zweierlei vonnöten. Einmal eine sorgfältige Auswahl der richtigen linksliberalen Quellen und zweitens eine durchaus nicht sorgfältige Auslegung der richtigen Stellen in den Memoiren Nixons und Kissingers. Es fällt auf, daß unter den rund tausend Gesprächspartnern, die Hersh für sein Buch interviewt haben will, weder die beiden direkt Betroffenen noch andere relevante Figuren der Nixon-Präsidentschaft zu finden sind. Viele ließen sich nicht sprechen, was nach den Erfahrungen, die man schon damals mit Hersh gemacht hatte, niemanden wundern wird.

Die Enthüllungs-Reporter bertreiben in Washington von jeher ein knochenbrechendes Geschäft, das in diesem Fall an seine Grenzen gestoßen ist. Daß er im Gegensatz zu einigen Rivalen mit seiner Methode manche Quelle verschüttete, mag zu den Ressentiments beigetragen haben, die sich in die Brust Seymour Hershs senkten – nicht unbedingt an der Stelle, wo die Skrupel logiert sind.

Die Beweggründe, die er hatte, die Nixon-Equipe bis zum letzten Hauch von Roß und Reiter zu verfolgen, mögen einen Psychiater intressieren. Sie treten aber zurück hinter der erschütternden Entdeckung, daß ein volles Jahrzehnt nach den Ereignissen in den Köpfen der Ostküsten-Liberalen noch immer ein totales Unverständnis für Kissingers außenpolitisches Konzept herrcht. Im Vergleich mit ihm kommt der verhaßte Nixon – und sei es nur weil an ihm ohnehin nichts mehr zu zerstören ist – ziemlich glimpflich davon. Es muß Hersh einen exquisiten Genuß bereitet haben, Nixon zu bescheinigen, daß er – zum mindesten auf der Höhe seiner Macht – Kissinger taktisch überlegen war und es verstand, seinen machthungrigen Berater unter Kontrolle zu halten.

Mit einem Mal wird man gewahr, wie tief doch die Kluft war, die zwischen Kissinger und denen bestand, die ihn für das gute Gewissen der Administration hielten. Ihre Einstellung zu ihm beruhte auf einem hoffnungslosen Mißverständnis. Sie begriffen nicht, daß es keine Brücke von ihrer verlogenen Weltverbesserungs-Moral zu dem tief überzeugten Patriotismus dieses ersten Außenministers gab, der nicht in den Vereinigten Staaten geboren war. Ein Zugang für sie zu seinem europäisch geformten Geschichtsbild, seinem Denken in geopolitischen Kategorien und seinem ganz und gar unamerikanischen Gespür für Machtpolitik hat in Wirklichkeit nie existiert.

Es war nicht immer leicht, seine bewegten Klagen über die Einsamkeit, die ihn umgab, für mehr zu nehmen als ironisch eingefärbte Koketterie mit dem Selbstmitleid. Unfreiwillig hat ein so geschworener Feind wie Seymour Hersh ihm die nachträgliche Bestätigung geliefert, daß daran doch einiges war. Das ist entlarvend für die Geistesverfassung derer, die ihr Möglichstes tun, um Amerikas Außenpolitik zu sabotierem.



Zielscheiben der Kritik: nach Nixon nun auch Kissinger FOTO: SVEN SIMON





Seymour M. Hersh mit seinem Anti-Kissinger-Buch und die überlegenen „Watergate"-Konkurrenten von einst, Carl Bernstein und Bob Woodward FOTOS: AP/CAMERA PRESS

Wenn der Wille zur Mobilität nicht ausreicht

Bekommen Jugendliche keinen Ausbildungsplatz, weil sie in der Wahl des Berufs und des Ortes zu wenig flexibel sind? Es gibt keine Statistik, die diese Streitfrage beantwortet. Es gibt aber Erfahrungen mit Hindernissen, die größerer Mobilität im Wege stehen – zum Beispiel Verkehrsverbindungen.

Von GEORG BAUER

Barbara Müller, 16 Jahre jung, hatte einen Traumberuf. Sie wollte pharmazeutisch-technische Assistentin werden. Der Traum hat sich in langen Monaten, in denen sie sich um einen Ausbildungsplatz bemühte, in Luft aufgelöst.

Also, sagte sich Barbara, versuche ich es mit Zahnarzthelferin oder Laborassistentin, für sie zwar keine Traumberufe, aber Alternativen aus dem Bereich ihrer Neigungen. Doch es wurde nichts daraus, obwohl sie bereit war, eine Ausbildung weit weg vom Elternhaus anzutreten. Und so wird die junge Realschul-Absolventin mit einem Notendurchschnit von 1,9 aus Nieheim bei Paderborn wahrscheinlich dort wieder landen, wo sie herkommt und wohin sie eigentlich gar nicht mehr zurück möchte: auf der Schule, wo sie nun das Abitur anstrebt.

Bei 15 Fach-Schulen in ganz Nordrhein-Westfalen hatte sich Barbara Müller um einen Ausbildungsplatz als pharmazeutisch-technische Assistentin beworben. Immer lautete die Antwort „Es tut uns leid, aber ...". Die Lehranstalten, so der sichere Eindruck von Barbara Müller, zogen Bewerber aus der unmittelbaren Nachbarschaft vor, und im heimischen Paderborner Raum ist eine PTA-Schule nicht zu finden. Die nächste liegt im Sauerland, außerhalb der Kreisgrenzen.

Als Barbara Müller dann versuchte, eine Ausbildung als Zahnarzthelferin oder als Laborassistentin zu bekommen, machte sie eine weitere unangenehme Erfahrung, die die Mobilität der Jugendlichen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz bremst. So hieß es bei den Ärzten und Labors, die Jugendlichen müßten „in angemessener Zeit" den Arbeitsplatz erreichen können. Denn wenn abends noch Patienten im Warteraum sitzen, so die Begründung, könne man auf die Bus- oder Zugverbindungen keine Rücksicht nehmen.

Die Leiterin der Berufsberatung des Arbeitsamtes Paderborn, Hildegard Richter, bestätigt diese Erfahrung: „Mangelnde Mobilität kann man den Jugendlichen sicherlich nicht vorwerfen. Schwierigkeiten mit öffentlichen Verkehrsmitteln, zumindest im Raum Paderborn, verhindern es aber, bestimmte Strecken zurückzulegen. Einige Betriebe sind nicht gerne bereit, Auszubildende aufzunehmen, die längere Wegstrecken zurücklegen müssen." Die Betriebe stellten sich nicht zu Unrecht die Frage, ob es Sinn habe, Jugendliche auszubilden, die ein oder zwei Stunden auf der Bahn sitzen. Abgesehen von dem dauernden Ärgernis der Verspätungen, zumal im Winter, drohe die Gefahr der Übermüdung durch allzulange Anfahrtzeiten. Gleichzeitig stellte sich die Berufsberaterin vor die Unternehmen: „In Paderborn sind sich die Betriebe ihrer Verantwortung bewußt. Um die Jugendarbeitslosigkeit aufzufangen, sind sie bis an die Grenze ihrer Kapazität gegangen."

Doch trotz aller Bemühungen – die Arbeitslosigkeit unter den Schulabgängern unter 20 Jahren wächst. Lag sie im ersten Quartal 1980 noch bei ungefähr 74 000, so kletterte sie im ersten Quartal 1982 auf mehr als 162 000 und lag in den ersten drei Monaten dieses Jahres bei mehr als 210 000. Insgesamt lagen den Arbeitsämtern im Juni 543 000 Bewerbungen vor bei 411 000 gemeldeten offenen Stellen.

Der Vorwurf mangelnder Mobilität im Zusammenhang mit ihrem „Traumberuf", dem sich Jugendliche mitunter ausgesetzt sehen, läßt sich kaum aufrechterhalten. Nach einer Statistik aus dem Jahre 1981 erhielten von 100 Lehrstellenbewerbern 31 einen Ausbildungsplatz ihrer Präferenz: 64 entschieden sich für eine andere Lehrstelle, und fünf gingen leer aus. Der Präsident des Landesarbeitsamtes in Nordrhein-Westfalen, Olaf Sund, fand vor kurzem anerkennende Worte für die Flexibilität der Schulabgänger: „Sie reiten nicht mehr auf ihrem Traumberuf herum." Gleichzeitig betonte Sund, der Kritik an den „Zahlenverkündern" aus den verschiedensten Bereichen des öffentlichen Lebens übte, daß die örtliche Mobilität unter den Jugendlichen gewachsen sei. Die Lehrstellenbewerber nähmen „erhebliche Pendelentfernungen" in Kauf, um einen Arbeitsplatz zu ergattern.

Ganz anders die Ansicht des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Franz Schoser. Nach seinen Worten können Ausbildungsplätze nicht besetzt werden, „weil sie nicht vor der Haustür der Bewerber liegen". Schoser fordert mehr überregionalen Ausgleich. Vor allem älteren Jugendlichen sollte „mehr Beweglichkeit zugemutet werden".

Zahlen über die Beweglichkeit der Jugendlichen sind allerdings so rar wie Halbtagsstellen. Bisher liegt nur eine Untersuchung des Bundesinstituts für Berufsbildung vor. Danach traten im vergangenen Jahr 7,6 Prozent aller Lehrlinge einen Ausbildungsplatz außerhalb ihrer Heimatregion an. Zwei Jahre zuvor waren es 6,9 Prozent gewesen. Die Statistik ist allerdings, wie Kritiker anmerken, mit Vorsicht zu genießen, da sie sich auf Daten der einzelnen Arbeitsämter bezieht, die auch die Jugendlichen als mobil einstufen, die – vielleicht nur 50 Meter von ihrem Zuhause entfernt – im Bezirk eines anderen Arbeitsamtes ihr Brot verdienen. Jugendliche hingegen, die täglich mehr als 50 Kilometer innerhalb ihres Arbeitsamts-Bezirks zurücklegen, sind laut Definition immobil.

In der Not gibt es für den Seemann einen kleinen Hafen

„Es gibt mehr Landbrüchige als Schiffbrüchige unter ihnen", sagt Pastor Osterwald, und er meint die Seeleute. Osterwald gehört zur Seemannsmission, einem der ältesten geistlichen und sozialen Dienste der evangelischen Kirche. Sie arbeitet im In- und Ausland.

Von W. WESSENDORF

Der bärtige Seemann starrte hilflos und ungläubig auf die leergewischte Tafel „Messages for ship crews". Schnurstracks marschierte er in die kleine Poststation des Bremer Flughafens, zog einen zerknüllten Zettel mit einer Telefonnummer aus der Tasche: „Mein ship weg?"

Postmeister Gill und zwei hilfreiche Kunden begannen zu wirbeln. Sie klapperten telefonisch für Paolo Dario Sebaldo Reedereien und Hafenverwaltungen in Bremen und Bremerhaven ab. Aber die Ankunft des Containerschiffes, auf dem sich der Matrose melden sollte, war nirgendwo bekannt. Die „Argento" schien nur ein Spuk zu sein.

Bei Schalterschluß mußte die Suche aufgegeben werden, nicht aber die Hilfe. Per Taxi wurde Sebaldo dahin geschickt, wo See- und Fahrensleute aus aller Welt eine Heimat auf Zeit finden – ins Seemannsheim.

Oft sind es auch Telefongespräche in die Heimat, die die Seeleute die Seemannsheime anlaufen lassen. Im Zimmer 406 oben im „Gatehouse 2" des Bremerhavener Container-Terminals reichen sie sich gelegentlich deshalb die Klinke in die Hand. Die „Gute Stube" der Seemannsmission und ihre „himmlischen Töchter" sind manchem harten Seemann inzwischen ans Herz gewachsen.

Hinter den „himmlischen Töchtern" stecken Gunda und Jutta. Die Zwanzigjährigen leisten gegen Taschengeld ein freiwilliges soziales Jahr bei der Deutschen Seemannsmission. Sie sind für das Klima des Mini-Clubs verantwortlich. „Der Seemannston ist häufig rauh", erklärt Diakon Christoph Präckel, „da braucht man schon ein bißchen Fingerspitzengefühl, um dafür zu sorgen, daß er eben nicht zu rauh, dafür aber herzlicher wird."

Der Präsident der Deutschen Seemannsmission, Reinhard Freese, unterscheidet zwischen der Arbeit im Ausland, die seit 1969 eine „Gemeinschaftsaufgabe des deutschen Protestantismus" ist, und der Inlandsarbeit in den Stationen an der deutschen Nord- und Ostseeküste, für die einzelne Landeskirchen zuständig sind. Für Bremen ist es die Bremische Evangelische Kirche, für Emden, Cuxhaven und Bremerhaven die Hannoversche Landeskirche, weitere Träger sind die Oldenburgische und Nordelbische Kirche.

Knapp 6,7 Millionen Mark – 280 000 Mark mehr als im Anschlag für das Vorjahr – wird die Deutsche Seemannsmission für die Arbeit in ihren 28 Auslands- und 14 Inlandsstationen sowie in der Bremer Geschäftsstelle 1983 ausgeben. Die Evangelische Kirche in Deutschland finanziert die laufende Arbeit 1982 zu 58 Prozent; die eigenen Einnahmen auf den Stationen (eine Übernachtung mit Frühstück kostet beispielsweise zwischen 15 und 20 Mark) beliefen sich auf 32 Prozent, und für die Betreuung der deutschen Seeleute im Ausland gab der Bund acht Prozent der Kosten an Zuschuß.

Freese befürchtet für den Haushalt 1983 eine Unterdeckung von fast 100 000 Mark, die sich im nächsten Jahr verdoppeln werde: „Der Ansatz im Bundeshaushalt für die Betreuung deutscher Seeleute im Ausland ist in gleicher Höhe ausgewiesen wie in den vergangenen Jahren, und die Einnahmen unserer Stationen wachsen nicht wesentlich. Wir werden deshalb 1984 nicht um Streichung von Planstellen herumkommen."

Die Seemannsheime können auf eine stolze Statistik verweisen. Die Einrichtung der großen Heime in Westafrika haben die Anzahl der Tagesgäste im Ausland auf 75 000 bis 77 000 jährlich anschnellen lassen, in den Inlandsheimen sind es 26 000. Dagegen haben die Übernachtungen im Inland Vorrang mit 93 000 pro Jahr, während im Ausland 17 500mal das Kopfkissen aufgeschüttelt wird.

In diesem Zusammenhang verweist Freese auf die weitere Aufgabe der Mission, sprachlich und kulturell zwischen Seemann und Gastland zu vermitteln. So seien die Heime auch offen für Menschen, die am Ort wohnen. „Schließlich sollen die Seeleute nicht unter sich bleiben, sondern auch mit dem sozialen Umfeld des fremden Landes in Beziehung kommen."

Die ökumenische Zusammenarbeit auf der ganzen Welt spielt eine wichtige Rolle. Als Paradebeispiele stehen dafür die großen Häfen von Felixstowe (England), Jakarta (Indonesien) und Antwerpen (Belgien). „Hier sind wir nun vielleicht so etwas wie Vorreiter", sagt Seemannspastor Carl Osterwald. „Die Schiffsbesatzungen sind heute im allgemeinen stark gemischt. Türken, Griechen, Filipinos, Inder, Deutsche, Dänen, Spanier – wie auch immer – fahren auf einem Schiff." So arbeiteten in Antwerpen mit rund 5000 deutschen Schiffsanläufen jährlich zwei Diakone. Bei der besonderen Situation dort – letzter europäischer Hafen vor langer Ausreise, erster europäischer Hafen bei der Rückkehr – gelte es, besondere Probleme des Abschieds und der Erwartung zu verarbeiten.

An Land kommen denn auch prompt Seeleute häufiger zu Schaden als auf See. „Es gibt mehr Landbrüchige als Schiffbrüchige unter ihnen", weiß Pastor Osterwald zu berichten. Heimat und Heimatkirche liegen meist fernab der Küsten – 76 Prozent der Seefahrer kommen aus Süd- und Westdeutschland. Pastor: „Das Seemannslos des Vaters bestimmt die Geschicke der Familie. Durch die langen Phasen der Trennung muß die Frau viele Probleme der Erziehung der Kinder, der Ehe, der Finanzen selbst lösen und allein bewältigen."

Deshalb müsse geholfen werden, trotz Ebbe in den Kassen. Osterwald: „Nur muß mehr Wasser unter den Kiel." Auf der Kommandobrücke der Seemannsmission herrscht dennoch Optimismus vor: „In der Schiffahrt sind Menschen bereit, mit uns auf unkonventionellen oder auch auf unorthodoxen Wegen zu Lösungen anstehender Fragen zu kommen."

Wie unorthodox es zugehen kann, erzählt das Tagebuch von Diakon Eckart Bluhm von der Seemannsmission in Hamburg-Altona. Jahrelang kreuzten seine Wege die des „Makkers" Heinsen. Nach einem heftigen Gespräch des Motorenwärters mit anderen Seeleuten über christliches Glaubensgut im „Janmaaten-Keller", dem Vorläufer des jetzigen Seemannclubs unterhalb von St. Pauli, bat Heinsen nachts um 2.30 Uhr den Kirchenmann, mit ihm zu beten.

Zwei Jahre danach klingelte in Hamburg das Telefon: „Hallo, Herr Bluhm, hier Heinsen im Hafenkrankenhaus. Komm' mal bald rüber." Der Diakon dachte sich: „Die Kodderschnauze lebt ja noch." Der Motorenwärter war auf dem Niedergang zum Maschinenraum ausgerutscht und hatte sich bei dem Sturz den linken Unterschenkel gebrochen. „Nun könnt ihr mich öfters besuchen und Seemannsmission mit mir treiben", griente Heinsen.

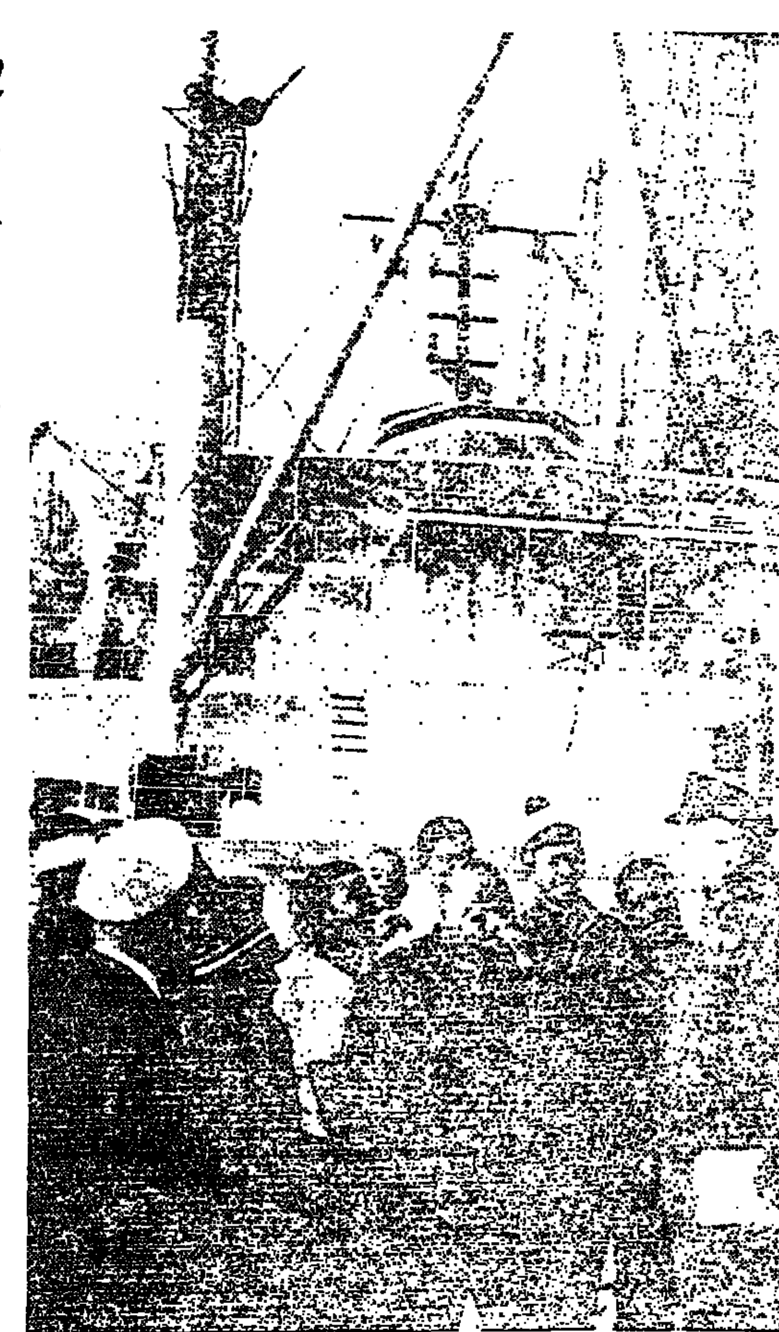
Das sah so aus: Krankengeld von der Seekasse abgeholt, im Heim auf einem Bewahrgeldkonto deponiert, Bücher hingebracht zum Lesen, Päckchen an seine Eltern abgeschickt und kleinere Einkäufe erledigt. Außer Heinsen versorgten Bluhm und vier weitere Mitarbeiter seinerzeit noch 60 andere Kranke in sieben verschiedenen Krankenhäusern.

Die Einsamkeit der Seeleute – davon können auch Magdalena und Alfred Ladda im Bremerhavener Seemannsheim ein Lied singen. Das Heimelternpaar nimmt die Begriffe „Hausmutter" und „Hausvater" wörtlich. In über 25 Jahren betreuten sie fast 37 000 Seeleute.

Betreuen, das heißt oft auch Lebenshilfe, zum Beispiel, wenn der Alkohol die Leute ruiniert. „Wir überzeugten so manchen Bier und harte Getränke gewöhnten Seemann davon, daß Milch sehr bekömmlich ist."

Die Seemannsmission gehört zu den ältesten kirchlichen Diensten. Aber schon mit der Reformation trat die soziale Fürsorge stärker in den Vordergrund. Damals entstanden in Hamburg, Bremen und Lübeck Seemannshäuser, um den „armen und kranken Seefahrern sowie den Waisen zu helfen". Um 1376 gab es schon die Gesellschaften der Flandernfahrer, der Schonen- und Bergenfahrer als Bruderschaften kirchlichen Charakters. In der Epoche der Windjammer gründeten die Lutherischen Vereine für Innere Mission das „Komitee zur kirchlichen Versorgung deutscher Seeleute." (1886).

In Hamburg gibt es seit 60 Jahren einen letzten Ankerplatz für Seeleute. Der Seemanns-Friedhof befindet sich auf Europas größter Grabstätte in Ohlsdorf.



Betreuung und Hilfestellung an Bord: Seemanns-Pastor Carl Osterwald (rechts) in seinem Milieu FOTO: PRS

Grüne rechnen mit Neuauflage der „hessischen Verhältnisse“

Reaktionen nach „Blut-Attentat“ sind nach Parteiangaben mehr positiv als negativ

D. GURATZSCH, **Wiesbaden**

Die hessischen Grünen haben ihre Absicht bekräftigt, auch nach den hessischen Landtagswahlen vom 25. September keine Koalition mit den „etablierten Parteien“ einzugeben, in Sachfragen jedoch mit diesen Parteien zusammenzuarbeiten. Als „Wahlziel“ erwarten sie eine Wiederholung der Konstellation, die jetzt zur Auflösung des hessischen Landtags geführt hat: Keine Partei werde für sich allein eine parlamentarische Mehrheit erringen. Bei einer solchen Neuauflage der „hessischen Verhältnisse“ würden die Grünen Gesprächsbereitschaft signalisireren und in einer Landesmitgliederversammlung über die Angebote der anderen Parteien entscheiden, kündigten Sprecher der Partei gestern in Wiesbaden an.

Nach Angaben der Parteisprecher hat sich das „Blut-Attentat“ des grünen Landtagsabgeordneten Frank Schwalba-Hoth auf den amerikanischen Drei-Sterne-General Paul S. Williams belebend auf die Politisierung der grünen Wählerklientel ausgewirkt. Nach einer ersten Welle überwiegend kritischer Anrufe gingen jetzt stapelweise Briefe ein, in denen trotz einzelner Kritikpunkte die Zustimmung überwiege. Dem Landesvorstand der Partei seien nur vier Parteiaustritte, aber auch spontane Eintritte bekannt. Landessprecher und Vorstandsmitglied Werner Wenz: „Wir werden diese Aktion offensiv vertreten.“ Ein Flugblatt werde bereits in zweiter Auflage gedruckt. Bis Ende August solle eine Dokumentation der Stellungnahmen veröffentlicht werden.

Bei ihrer Bilanz der Reaktionen auf die Blut-Attacke ihres Abgeordneten, gegen den inzwischen staatsanwaltliche Ermittlungen laufen, berufen sich die Sprecher der hessischen Grünen auf solidarische Erklärungen sämtlicher hessischer Kreisverbände, aber auch des Landes- und des Bundesvorstandes der Partei. Ähnliche Erklärungen liegen auch von zahlreichen sogenannten „unabhängigen“ Gruppen der Friedensbewegung sowie von den Demokratischen Sozialisten um den früheren SPD-Bundestagsabgeordneten Manfred Coppik vor. Dagegen hat sich die linksliberale Splitterpartei „Liberale Demokraten“ distanziert.

In der hessischen Provinzpresse beherrscht die Diskussion um das Vorgehen von Schwalba-Hoth noch immer breiteren Raum als die meisten anderen Themen der hessischen Innenpolitik. Offenbar ist es den Grünen hier gelungen, nach einer Periode der Abnutzung aller früheren Konfliktthemen (Startbahn, Biblis, Wiederaufarbeitungsanlage) in den Splitterparteien und der Friedensbewegung die Meinungs- und Aktionsführerschaft zurückzugewinnen. Das gesamte Mobilisierungspotential der Alternativen und Außerparlamentarischen scheint aktiviert wie seit den Tagen der Startbahnbewegung nicht mehr. Innerhalb der Partei scheinen die Gräben zwischen den „Fundamentalisten“ und den „Realpolitkern“ zugeschüttet. Die Genugtuung über diese Entwicklung spiegelt sich in der *jüngsten Feststellung* der Landtagsgruppe, „gerade diese andere Form der Politik“ habe die Grünen „stark gemacht und wird sie *weiter* stärken“.

Um so fraglicher scheinen die Hoffnungen der SPD, daß sich der „Abschmelzungsprozeß bei den Grünen fortsetzen“ werde, wie der SPD-Bezirksvorsitzende von Hessen-Süd Willi Görlach, unmittelbar nach dem Landtagseklat geäußert hatte. Die gemeinschaftliche Ablehnung des „abscheulichen Theaters“ (SPD-Ministerpräsident Holger Börner) durch SPD und CDU scheint Teilen der Partei schwer im Magen zu liegen – besonders jenen Parteimitgliedern, die wie zum Beispiel im Frankfurter Unterbezirk, einer Koalition mit der CDU nach den Wahlen eine strikte Absage erteilt haben. Auch sah sich die Parteispitze bisher nicht in der Lage, das Verlangen des CDU-Spitzenkandidaten Walter Wallmann und des FDP-Präsidiums zu unterstützen, durch einen formellen Parteitagsbeschluß ein Zusammengehen mit den Grünen nach den Wahlen ausdrücklich auszuschließen. Im Gegenteil: Während Landesgeschäftsführer Paul Leo Giani ein solches Verlangen ausdrücklich zurückwies, warnte der Juso-Kreisverband von Fulda davor, die Tat von Schwalba-Hoth zu kriminalisieren. Börners Kabinett suchte gestern durch Betonung des eigenen grünen Profils der SPD gegenzusteuern: mit neuen Programmen gegen das Waldsterben.

Hochschulen sollen eigene Einnahmen haben

dpa, **Bonn**

Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms plädiert dafür, daß die Hochschulen in der Bundesrepublik *künftig über eigene Einnahmen* selbständig verfügen sollen. Dies würde den Wettbewerbsgedanken unter den Bildungsstätten fördern und ihre *Leistung* „wahrscheinlich sehr anreizen“, meinte die Ministerin in einem Interview der Zeitschrift „Bildung und Wissenschaft“.

Dabei könnten unter anderem Einnahmen aus der sogenannten Drittmittelforschung eine besondere Rolle spielen, meinte die Ministerin. Schließlich werde auch zu prüfen sein, ob der Bund nicht im Rahmen seiner Kompetenzen für das Haushaltsrecht einen Beitrag zur flexibleren und effizienteren Bewirtschaftung der öffentlichen Mittel im Hochschulbereich liefern kann. Entsprechende Forderungen waren wiederholt von den Hochschulen erhoben worden.

Auch in Zukunft wird nach den Worten von Frau Wilms die Frage zu prüfen sein, ob die bisherige Mittelvergabe an die Hochschulen „hinreichend rational erfolgt“. Es sei vorstellbar, daß man die Zuteilung auch an bestimmte Kriterien knüpfe, „die mit der Leistung der Hochschule zu tun haben“. Dies könnten unter anderem die Studentenzahlen oder Studienanfängerzahlen sein.

„Richterliches Amt nicht mißbrauchen“

dpa, **Saarbrücken**

Immer mehr Richter tendieren nach den Worten des Berliner Senators für Bundesangelegenheiten und Verfassungsrechtlers Rupert Scholz dazu, ihr Amt zu politischen Äußerungen zu mißbrauchen. Wie Scholz gestern im Saarländischen Rundfunk sagte, sei es ein „typischer *Mißbrauch des richterlichen Mandats*“, wenn sich Richter in öffentlichen Diskussionen unter *Berufung auf ihr Amt* äußerten, *zum* Beispiel in der Frage der Nachrüstung. Auch für Richter gelte zwar das Recht der freien *Meinungsäußerung, im* Richtergesetz sei aber geregelt, daß er sich zurückhalten müsse, sagte Scholz. *Er teile deshalb die Auffassung* von Justizminister Engelhard, der die Richter zu einem größeren Maß an *Zurückhaltung aufgefordert hatte.*

Italiens Sozialisten-Premier hebt Bindung an den Westen hervor

In der Raketenfrage hält sich Craxi in der Regierungserklärung zurück / Harte Sparpläne

FRIEDRICH MEICHSNER, **Rom**

Ohne sozialistische Versprechungen, mit einem eher unpopulären Programmkatalog von Sparmaßnahmen, *hat sich* Italiens erster sozialistischer Ministerpräsident Bettino Craxi dem Parlament zur Vertrauensdebatte *gestellt. In einer Regierungserklärung,* mit der er die Ziele seines Fünf-Parteien-Kabinetts aus Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikanern und Liberalen umriß, hob er fünf Punkte hervor: die Ausrichtung der Außenpolitik auf Friedenssicherung und Sicherheit im Rahmen der traditionellen Westbindung, die Überwindung von Inflation und Rezession, die bessere Nutzung der verfügbaren Mittel in der Sozialpolitik, den verschärften landesweiten Kampf gegen Mafia und Camorra sowie die umfassende Reformierung und Modernisierung der staatlichen Institutionen.

Bei der Verwirklichung dieses Programmes, so betonte Craxi, werde die Regierung nicht davor zurückschrecken, notfalls auch eine gewisse Unpopularität in Kauf zu nehmen. Was sie brauche, sei eine Periode politischer Stabilität. Der von der KPI beherrschten Opposition bot er im Interesse des Landes den Dialog an. Er fügte allerdings hinzu, daß die Regierung auch der Herausforderung nicht ausweichen werde, wenn sie auf ihr Dialogangebot nur negative Antworten erhalten sollte.

Im außenpolitischen Teil seiner Programmrede *unterstrich* der neue Ministerpräsident die feste Bindung Italiens an den Westen, besonders an die USA. Dabei bleibe Europa „das Herz unserer Beziehungen“. Von zurückhaltender Vorsicht waren seine Ausführungen zum Problem der Raketennachrüstung bestimmt. Dies sei „eine der offenen Fragen auf dem Gebiet der Organisation von Frieden und Sicherheit“, sagte er. Ebenso of*fen sei die Frage der konventionellen* Rüstung. Zur Lösung beider Fragen müsse man den „Hauptweg der Verhandlung“ offenhalten. *Die Genfer* Verhandlungen könnten durch neue Vorschläge wieder in Gang kommen, „und wir hoffen heute noch, *daß dies* geschieht“.

Wörtlich fuhr Craxi fort: „Nur Unnachgiebigkeit und negative Vorurteile können sie zum Scheitern verurteilen und dazu führen, daß mit der praktischen Realisierung des seinerzeit schon geschlossenen Modernisierungsprogrammes der westlichen (Raketen-)Systeme in Europa begonnen wird. Es ist dies ein Programm, dessen Verwirklichung bis 1988 vorgesehen ist. Es gibt somit Raum für eine mögliche Wiederaufnahme der Verhandlungen, falls deren Ausgang zunächst negativ sein sollte.“

In der Wirtschaftspolitik appellierte *Craxi* an *Gewerkschaften und Unternehmer,* aber auch an *den* Handel, ihren jeweiligen Beitrag zur *Überwindung* von *Inflation* und Arbeitslosigkeit zu leisten. Er erinnerte alle gesellschaftlichen Gruppen daran, *daß den Rechten, die sie innerhalb* des demokratischen Systems genössen, auch Pflichten gegenüberständen. Die Einkommenspolitik müsse sich an den programmierten Inflationsraten (1984: 13 Prozent, 1985: [illegible] Prozent) orientieren. Dieser *Maßstab* dürfe freilich nicht nur für die lohnabhängigen Arbeitnehmer, er müsse für alle Schichten gelten. Auch der Staat müsse „Ordnung in seine Kosten“ bringen. Die Verschuldung der öffentlichen Hand sei „ein wild galoppierendes Pferd“, das eingefangen werden müsse. Mit neuen Steuererhöhungen drohte er nicht, kündigte jedoch einen verschärften Kampf gegen die „buchstäblich skandalöse“ Steuerhinterziehung an.

In der Sozialpolitik plädierte der Sozialist Craxi für eine Reform der Reformen. „Gemessen an den verfügbaren Mitteln wird heute nicht nur zuviel, sondern ganz gewiß auch schlecht ausgegeben.“ So will die Regierung unter anderem das Pensionsalter heraufsetzen, den nationalen Gesundheitsdienst sanieren und die Bestimmung für Invaliditätsrenten verschärfen.

Dem Kampf gegen die Kriminalität widmete der neue Regierungschef ein *ganzes* eigenes Kapitel in seiner Programmerklärung. Große kriminelle Organisationen mafiosen Typs, so sagte er, hätten sich in letzter Zeit „gefährlich immer weiter ausgebreitet“. „Sie sind nicht nur der Feind *einer* Stadt, sondern der ganzen Nation. Gegenmaßnahmen werden multipliziert werden – bei zunehmendem Einsatz von Menschen und Mitteln.“

Senat beurteilt die innerdeutschen Beziehungen mit leichtem Optimismus

Jahresbilanz zum Viermächteabkommen vorgelegt / „Bedeutende Ergebnisse für Berlin“

F. DIEDERICHS, **Berlin**

Der Berliner Senat rechnet auf innerdeutscher Ebene „mit einem Andauern des östlichen Interesses an einem Dialog“. Diese Einschätzung findet sich im jetzt veröffentlichten jährlichen Bericht zur Lage Berlins nach dem Viermächteabkommen. Die CDU-FDP-Landesregierung Richard von Weizsäckers begrüßt in dem Papier „ausdrücklich“, daß sich trotz der Absage des Honecker-Besuches im Frühjahr dieses Jahres „die andere Seite mehrfach öffentlich für weitere Kontakte ausgesprochen“ habe.

Während der Berliner Senat die im Oktober 1980 erhöhten Zwangsumtauschsätze für Reisen nach Ost-Berlin und in die „DDR“ weiterhin als gravierendste Belastung des Reise- und Besucherverkehrs ansieht, verweisen die Landespolitiker aber gleichzeitig auf „bedeutende Ergebnisse für Berlin“, die auf der „Basis der zwischen Ost und West gefundenen Gemeinsamkeiten“ realisiert werden konnten. Der Senatsbericht führt hier in erster Linie die Anbindung Berlins an ein überregionales Erdgasverbundsystem, die fristgemäße Fertigstellung und Inbetriebnahme der Autobahn Hamburg–Berlin, *das Gewässerschutzabkommen* mit der „DDR“ zugunsten der biologischen Erhaltung der Berliner Gewässer *sowie die Eröffnung des nördlichen* Übergangs Heiligensee/Stolpe für Reisen in die „DDR“, nach Ost-Berlin und im Transit nach Skandinavien an.

Als weiteres positives Resultat innerdeutscher Gespräche wertet der Senat die Einreisemöglichkeit in die „DDR“ für Flüchtlinge, die in der Zeit von 1972 bis 1980 die „DDR“ verließen und denen außer ihrer Flucht keine Straftaten vorgeworfen werden. Dem stehen allerdings Einreiseverweigerungen für derzeit 2993 West-Berliner gegenüber.

Den Transitverkehr zwischen Berlin und dem Bundesgebiet bezeichnet der Senatsbericht als „im wesentlichen reibungslos“, verweist aber erneut darauf, daß die Zahl der Verdachtskontrollen im Transitverkehr von 1981 bis 1982 um etwa das Doppelte auf rund 600 gestiegen sei. Diese Entwicklung setzte sich (s. WELT vom 6. August) noch stärker in diesem Jahr fort, da die „DDR“ allein bis Ende Juli dieses Jahres mehr als 570 Transitreisende scharfen Kontrollen unterzog. Der Berliner Senat fordert in seinem Bericht die „DDR“ auf, den Reisenden unmittelbar vor Beginn derartiger Kontrollen den konkreten Anlaß dafür mitzuteilen, damit die Reisenden dieses Verfahren „gelassener ertragen“ könnten.

Der Tod von Rudolf Burkert bei einer sogenannten Verdachtskontrolle am Kontrollpunkt *Drewitz* im April dieses Jahres habe nachhaltig die politische Aufmerksamkeit auf *die Abfertigungs- und Kontrollpraxis* der „DDR“ gerichtet, heißt es in dem Lagebericht weiter. Über die „ohnehin ganz und gar anormale Situation hinaus“ seien im Laufe der Jahre „Verhärtungen zwischen den DDR-Kontrollorganen und den Transitreisenden“ zutage getreten, welche „die korrekte Abwicklung des Transitverkehrs für die Betroffenen psychologisch schwer belasten“. Der Senat bemühe sich hier ebenso wie die Bundesregierung um Lösungen.

Zur politischen Entwicklung seit Inkrafttreten des Viermächteabkommens im Jahre 1972 stellt der Senatsbericht fest, die äußere Lage Berlins sei „weiterhin ruhig“. Berlin sei seit 1972 weder Ausgangspunkt noch Ziel von Spannungen zwischen den beiden *Machtblöcken* gewesen. Die Verschärfung der weltpolitischen Lage als Folge der Verschlechterung des Ost-West-Verhältnisses und der damit verbundenen Auswirkungen auf die europäische Situation hätte bisher die *innerdeutschen Beziehungen* nicht im gleichen Maße berührt noch die Lage in und um Berlin nachhaltig *beeinträchtigt.*

Der Senat teile die Meinung von Bundeskanzler Helmut Kohl, daß *Berlin weiterhin Prüfstein* der Beziehungen zwischen Ost und West bleibe. Unabhängig von der Entwicklung *der Gespräche in Genf,* Wien und Madrid geht der Berliner Senat weiter davon aus, „daß die Lage in und um Berlin *ruhig bleibt* und *sich das* Viermächteabkommen bewährt“. Man vertraue auch in Zukunft auf die Tragfähigkeit *der gefundenen* Regelungen, die von den alliierten Schutzmächten garantiert werden.

Schleswig-Holstein: Diäten angehoben

AP, **Kiel**

Die Diäten der 74 schleswig-holsteinischen Landtagsabgeordneten sollen vom 1. Oktober an in drei Stufen von derzeit 4500 Mark auf 5400 Mark angehoben werden. Auf einen entsprechenden Gesetzentwurf hatten sich die Fraktionen von CDU und SPD in ihrer ersten Sitzung nach der Sommerpause geeinigt. Der Stufenplan sieht vor, die Diäten zum 1. Oktober dieses Jahres um 300 Mark auf 4800 Mark anzuheben, ab 1. Januar 1985 sollen es 5100 Mark werden, ehe am 1. Januar 1987 die Endstufe von 5400 Mark erreicht wird. Die steuerfreie Pauschale von 1800 Mark, die die Landtagsabgeordneten neben den Grunddiäten erhalten, soll unverändert bleiben.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Seit fünf Verhandlungsrunden hat Moskau die Position nicht verändert

Bewegt sich der Kreml in Genf auch nach dem 6. September nicht, rüstet die NATO nach

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Die Sowjetunion hat ihre Positionen seit Beginn der Genfer Verhandlungen über eine Reduzierung der Mittelstreckenwaffen (INF) am 30. November *1981* bis zum *Ende* der fünften Runde Juli 1983 im wesentlichen nicht verändert. Westliche Diplomaten befürchten deshalb, daß es nicht mehr vor dem Jahresende zu einem Vertragsabschluß kommen werde. *Die* entscheidende Verhandlungsrunde startet am 6. September. Bewegt sich die Sowjetunion wieder *nicht, so wird die NATO Ende des* Jahres mit der Nachrüstung beginnen.

Die Sowjetunion hat in den fast zwei Jahre andauernden INF-Verhandlungen darauf bestanden, daß –
– die britischen *und französischen* Systeme „durch Anrechnung“ in das Arsenal der Mittelstreckenwaffen *einbezogen werden (bis dahin* hatte Einigkeit bestanden, daß diese Systeme bei den Verhandlungen über die interkontinentalen Waffen berücksichtigt werden sollten);
– „umfassende Verhandlungen“ stattfinden, so daß neben den Raketen und Marschflugkörpern schon im ersten Vertragsanlauf auch die in Europa stationierten bemannten nuklearfähigen Flugzeuge behandelt werden müßten (was nach Einschätzung westlicher Experten wegen der Kompliziertheit dieser Materie den Zeitrahmen der Genfer INF-Verhandlungen sprengen würde), sowie drittens
– der anzustrebende Vertrag nur für die auf Europa bezogenen Mittelstreckenwaffen gelten soll (das hieße, daß das schwerwiegende Problem einer Stationierung sowjetischer SS-20-Raketen, die aus Europa abgezogen würden, im Fernen Osten ausgeklammert bliebe).

Im Gegensatz dazu hat die NATO nach der von ihr angestrebten „Null-*Lösung*“ (*Abwracken aller sowjetischen* Mittelstreckenwaffen gegen westlichen Verzicht auf Stationierung *neuer Systeme in Westeuropa*) Beweglichkeit gezeigt und mit dem Angebot verschieden großer „Zwi*schenergebnisse*“ (*von 450 bis hinunter* zu 50 Systemen, im Gegensatz zur geplanten „Nachrüstung“ von 572 *Systemen) sowjetisches Entgegen*kommen zu erreichen versucht.

Nach der Analyse westlicher Experten hätten alle *drei Elemente* der unnachgiebigen sowjetischen Verhandlungsposition zur Folge, daß die NATO *gehindert* wäre, ihre *eigenen* Sicherheitsvorstellungen durch Auffüllen bestimmter Lücken bei Waffensystemen zu verwirklichen und die im Doppelbeschluß bei Ausbleiben der „Null-Lösung“ vorgesehenen „Nachrüstung“ zu vollziehen.

Ginge die NATO auf die bislang von sowjetischer Seite in Genf vorgetragenen Vorstellungen *ein,* würde sie ein sowjetisches Monopol für landgestützte Mittelstreckenwaffen mit ballistischen wie *Marschflugkörper*-Antrieb sanktionieren. Konkret würde die westliche Allianz zudem hinnehmen, daß fast alle amerikanischen Mittelstreckenwaffen, über welche die NATO heute nur in Gestalt von US-Flugzeugen verfügt, aus Europa abgezogen werden müßten. Würden *die sowjetischen Reduzierungspläne* verwirklicht, könnten nur noch weniger als hundert nukle*arfähige US-Flugzeuge in Europa* bleiben.

Gesetzt den Fall, die USA gingen in Genf auf die sowjetischen Vorschläge ein, was jedoch praktisch nicht zu erwarten ist, so würde sich für Moskau die folgende günstige Lage ergeben:

Die Sowjetunion müßte nur 80 SS-20-Werfer aus ihrem europäischen Gebiet nach Fernost verlegen, verfügte jedoch weiterhin westlich des Ural über 162 SS-20-Werfer *mit* 486 Sprengköpfen. Die nach Osten verlegten Werfer blieben aber, so betonen die Experten, wegen ihrer Reichweite und hohen Mobilität weiter eine Bedrohung für die NATO.

Eine solche Lage könnte die NATO weder sich selbst noch den Nachbarn der Sowjetunion im Osten *zumuten.* Deshalb werden, wie es heißt, die USA in der nächsten INF-Verhandlungsrunde darauf bestehen, daß die Sowjetunion von der Anrechnung der britischen und französischen Systeme abläßt. Moskau soll sich auch dazu bereit erklären, die nuklearfähigen Flugzeuge erst in einem zweiten Vertrag über *Mittelstreckenwaffen* anzugehen. Andernfalls würden sich in Genf die Verhandlungen derart komplizieren, *daß die Zeit für einen* Vertragsabschluß bis Dezember nicht mehr ausreichte.

Werftenproblem wird zum Bremer Wahlkampfthema

Grüne Liste will etablierte Parteien in Zugzwang bringen

W. WESSENDORF, **Bremen**

Mit Überraschungen würzte die Bremer Grüne Liste (BGL) die Vorstellung ihrer Kandidaten für die Wahl zur Bürgerschaft am 25. November. Keiner der 13 Nominierten gehört als Mitglied dem BGL-Landesverband an. Axel Adamietz, Delphine Brox und Olaf Dinné, die vor vier Jahren als erste Grüne in ein Landesparlament einzogen, wollen die grünen Farben aber weiter vertreten. Sie werden unterstützt von dem Betriebsratsvorsitzenden der Großwerft Bremer Vulkan AG, Fritz Bettelhäuser (40), der als Politneuling den wichtigen 4. Listenplatz einnimmt. Alle vier wurden einstimmig gewählt.

Der parteilose Kfz-Schlosser will jetzt mit Vehemenz auch auf politischer Ebene eine Lösung in der brisanten Schiffbaukrise des kleinsten Bundeslandes vorantreiben. „Eigentlich gehört ein Betriebsratsvorsitzender in den Betrieb und nicht in die *Politik*“, *sagt Bettelhäuser und erklärt,* „aber wir haben es bislang vergeblich mit Gesprächen, Briefen, Protesten und Streiks versucht, zu einem Werftenkonzept zu kommen.“

Mit seiner Wahl will der Gewerkschaftler deshalb eine „neue Schiene des Widerstandes in der Bürgerschaft“ schaffen. Denn dort hätten sich seine Kollegen aus der Gewerkschaft, die der SPD angehören, aus Fraktionszwängen davor gedrückt, das Werftenproblem erfolgreich anzupacken. Bettelhäuser meint, daß *die Sozialdemokraten, die allein in* Bremen die Landesregierung stellen, versuchen werden, das „Schwarze-Peter-Spiel“ um das Werftenkonzept bis über das Wahldatum fortzusetzen.

Bettelhäuser ließ mit seinem Schritt in die Politik die Betrieblich Alternative Liste (BAL) links liegen. Mit diesem DKP-nahen Zusammenschluß habe er den nun eingeschlagenen Weg nicht gehen können, weil er deren Auffassung hinsichtlich freier Gewerkschaften, Atomkraftwerken und der Friedensbewegung nicht teile. „Und die Bundesgrünen entwickeln sich zur Partei“, sagte der Arbeitnehmervertreter, „deshalb habe ich mit der dritten grünen Gruppierung in Bremen nichts im Sinn und marschiere mit der BGL, ohne ihr beizutreten. Ich mache keinen Hehl aus meiner christlich-sozialistischen Einstellung“, bekennt Bettelhäuser.

Und auch die anderen zwölf Kandidaten sind nicht Mitglieder der BGL-Wählervereinigung. „Wir wollten uns selbst *als Kandidaten nicht wählen*“, erklärt Spitzenkandidat Axel Adamietz (35). Die Anwärter wurden nur von rund 20 Mitgliedern der BGL gewählt. „Das ist der harte Kern“, eröffnet der Rechtsanwalt. Trotz weniger BGL-Mitglieder rechnet Adamietz mit „acht bis neun Prozent“ der Wählerstimmen und nennt die Ziele: „Wir müssen die Unentschlossenen auf unsere Seite ziehen, dann können sogar acht von uns ins Landesparlament ziehen.“ Nimmt die BGL knapp die Fünf-Prozent-Hürde, kommen *vier Kandidaten* in die Bürgerschaft.

Ulster: Soldat erschießt waffenlosen Jugendlichen

Serie von Gewalttaten / IRA-Sympathisant aus USA

AP, **Belfast**

Bei erneuten Unruhen in Nordirland ist ein unbewaffneter katholischer Jugendlicher von britischen Sicherheitskräften erschossen worden. Wie die Polizei mitteilte, wurde der nur mit einer kurzen Hose bekleidete Jugendliche von einem 18jährigen Soldaten durch einen einzelnen Schuß am Dienstag getötet, nachdem es zwischen jungen Katholiken und einer Streife der britischen Streitkräfte im Belfaster Stadtviertel Ballymurphy zu einem Handgemenge gekommen war. Der Name des Getöteten wurde mit Thomas Reilley angegeben. Der Soldat ist unter Mordanklage gestellt worden.

Jerry Adams, der stellvertretende Vorsitzende der Sinn-Fein-Partei, die hinter der verbotenen Irisch-Republikanischen Armee (IRA) steht, erklärte: „Ich verurteile Großbritannien für den feigen Mord an Thomas Reilley.“ Adams berichtete, die Soldaten hätten Reilley zunächst festgenommen und ihm dann erklärt, er könne gehen. „Er hatte nur eine kurze Wegstrecke zurückgelegt, als sich zwei Briten darüber stritten, wer von ihnen ihn erschießen solle. Ein Schuß fiel, und der Jugendliche stürzte zu Boden. Anwohner wollten ihm zu Hilfe eilen, aber die Briten haben mit Plastikkugeln *auf sie geschossen*“, hieß es in einer Erklärung Adams'. Eine offizielle Bestätigung war zunächst nicht zu erhalten.

Reilley ist bereits der zweite unbewaffnete katholische Jugendliche, der in den letzten Tagen von britischen Truppen erschossen wurde. Am 30. Juli hatten Angehörige des vorwiegend aus Protestanten bestehenden Ulster-Verteidigungsregiments in Armagh den 18jährigen Martin Malone erschossen. Der nordirische Kardinal Tomas O'Fiaich hatte in diesem Zusammenhang von „mutwilligem Mord“ gesprochen.

Bereits vor dem Todesfall vom Dienstag war es in mehreren nordirischen Orten wieder zu schweren Krawallen gekommen. Damit wollten militante Katholiken offenbar auf den 12. Jahrestag der Einführung der Internierung ohne ordentlichen Prozeß am 9. August 1971 aufmerksam machen. Diese Praxis war von der britischen Regierung fünf Jahre später wieder aufgegeben worden.

Wie die Polizei in Belfast mitteilte, wurden bei den Ausschreitungen 64 Personen festgenommen, unter ihnen auch der 23jährige Amerikaner Stephen Lich, der von der Polizei als Sympathisant der IRA bezeichnet wurde. Lich habe einer Reisegruppe angehört, deren Mitglieder dem „Nordirischen Hilfskomitee“ (NOR-AID) angehören, das in New York für die IRA Geld sammelt. Ein US-Bundesgericht hatte 1981 entschieden, daß dieses Komitee als Handlanger der IRA im Ausland anzusehen sei. Lich soll heute vor ein Gericht gestellt werden.

Die Polizei berichtete, bei den Ausschreitungen seien vier Polizeibeamte und mehrere Unruhestifter verletzt worden.

Pinochet verschließt sich der Öffnung der „Demokratie mit Autorität“

Soll das Volk über Friedensvertrag mit Argentinien abstimmen? / Wieder ein Protesttag

Von G. FRIEDLÄNDER

Der chilenische Staatspräsident General Augusto Pinochet hat – einen Tag vor dem für heute vorgesehenen vierten nationalen Protesttag – sein Kabinett umgebildet. Zunächst verlautete nur, daß der bisherige Botschafter Chiles in Argentinien, Jarpa, zum neuen Innenminister ernannt worden sei.

Luftwaffenchef Fernando Matthei sagte nach einer Unterredung mit Pinochet, die Junta sei der Ansicht, daß die Regierung auf Zivilisten basieren sollte und Offiziere nur „symbolisch“ Ämter wahrnähmen. Von den bisherigen 17 Ministern gehörten acht den Streitkräften an.

In einem Interview mit 20 kolumbianischen Journalisten hat sich Pinochet vor kurzem für eine „Demokratie mit Autorität“ ausgesprochen. Wenn aber diese Demokratie sich öffne, um zur „orthodoxen Demokratie“ zurückzukehren, werde es Chile schlechtgehen. Man kann anehmen, daß viele Bürger des „Cono Sur“ (Argentinien, Chile, Uruguay) nicht so sehr einer „orthodoxen Demokratie“ und dessen Schwächen überdrüssig geworden sind, sondern eher des Kuhhandels der Parteien, der Korruption und der wachsenden Steuerlast.

Auch in der „Demokratie mit Autorität“ trägt das Politisieren die Züge des Gebens und Nehmens. So will die Regierung in Santiago im Grenzkonflikt mit Argentinien die Bedeutung der katholischen Kirche als Vermittlerin zwischen beiden Ländern hochspielen, wenn sich die Kirche ihrerseits quasi als Gegenleistung mit ihrer sozialen Kritik zurückhält.

Eine Zeitlang wurde befürchtet, daß die argentinischen Generäle den Konflikt um den Beagle-Kanal, der an der gemeinsamen Grenze in Feuerland ist, zu einem militärischen Abenteuer ausnutzen könnten, um unter der Fahne nationalistischer Bestrebungen alle Argentinier um sich zu sammeln. Nach der Falkland-Niederlage ist dies aber kaum mehr denkbar. Die Verhandlungen über die Souveränitätsfrage im Beagle-Kanal, die beide Länder mit päpstlicher Vermittlung führen, scheinen gut voranzukommen. Die Rede ist von einem „Friedensvertrag“, mit dem der Konflikt endgültig beigelegt werden soll.

CHILE

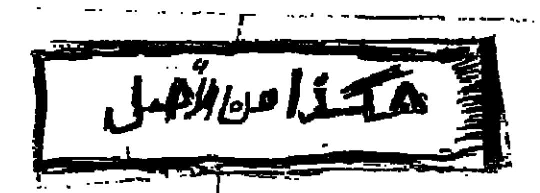
In Santiago kursieren Gerüchte – ein Ergebnis der geheimen Beratungen und der eingeschränkten Pressefreiheit –, wonach eine Gruppe von Gefolgsleuten Pinochets vorgeschlagen hat, über die Annahme eines solchen Vertrages eine Volksbefragung zu veranstalten. In eine solche Befragung sollen Sätze einfließen, durch die die Regierung bis 1989 bestätigt wird.

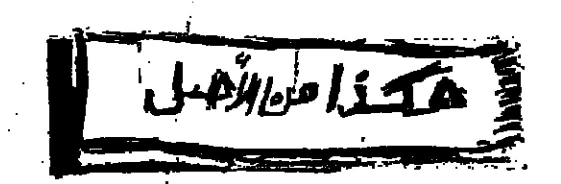
Der Plan wird aber auch im Lager Pinochets kritisiert. So hält General i. R. Gustavo Leigh es nicht für zulässig, „die internationale Aggression mit anderen Fragen“ zu verbinden. Seiner Meinung schließt sich der christdemokratische Ex-Senator Patricio Alwyn an: „Eine Volksbefragung ist nur bei großen Problemen zu rechtfertigen, um so die Meinung der Mehrheit des Volkes zu ermitteln.“ Das sei hier nicht der Fall.

Die Mehrheit der Chilenen ist für Frieden. Und es ist anzunehmen, daß man gegenwärtig niemandem „eine Katze im Sack verkaufen kann“. Andererseits ist die chilenische Wirklichkeit eher besser als sie gewöhnlich dargestellt wird.

Trotz aller Feindseligkeit gegen die „orthodoxe Demokratie“ und des theoretischen Verbots der Parteien kann niemand behaupten, es gebe keine politischen Parteien in Chile. Sie sind munter und lebendig und haben gerade ein Bündnis geschlossen, zu dem nur Kommunisten und radikale Sozialisten *nicht zugelassen* wurden, weil sie einen bewaffneten Aufstand statt einer demokratischen *Lösung* fordern.

Wohl angesichts dieser Tatsache erklärte Pinochet vor kurzem überraschend in einer Pressekonferenz, der Staatsrat solle „Persönlichkeiten außerhalb der Regierung und der Opposition“ einladen, ihre Meinung über die versprochenen [illegible] zu äußern. Diese sehen eine [illegible] sung der Parteien vor [illegible] zur Abhaltung von Wahlen [illegible] Dieses Versprechen war bisher [illegible] den Politikern vergessen worden [illegible] de nun vom General selbst aus der Versenkung gehoben. (SAD)





Argentinien will über Falkland verhandeln

AFP, Buenos Aires

Argentinien ist bereit, in einem von den Vereinten Nationen festgesetzten Rahmen mit Großbritannien über die Falkland-Inseln zu verhandeln. Wie aus einer Note der argentinischen Regierung an die UNO hervorgeht, ist Buenos Aires zu „Verhandlungen ohne Vorbedingungen" bereit. Die Note, die vom argentinischen Außenminister unterzeichnet wurde, stellt die Antwort auf die Aufforderung von UN-Generalsekretär Perez de Cuellar an London und Buenos Aires dar, ihre Verhandlungen über eine friedliche Lösung des Konfliktes um die Insel wieder aufzunehmen.

Irrtümlicher Luftangriff

AFP, Islamabad

Bei einem irrtümlichen Luftangriff der Sowjets auf eine Kaserne der afghanischen Stadt Ghazni sind vor knapp zwei Wochen mindestens 20 Regierungssoldaten und zwölf Zivilisten getötet worden. Wie jetzt westliche Diplomatenkreise in Islamabad mitteilten, hatten die Sowjets geglaubt, daß die Kaserne, die 150 Kilometer südlich von Kabul liegt, sich in den Händen von Widerstandskämpfern befindet. Sowjetische Hubschrauber warfen daraufhin zwei Bomben ab, von denen die eine in das Kasernengelände und die andere in einen angrenzenden Straßenzug einschlug.

US-Senator bei Lech Walesa

DW. Warschau

Der amerikanische Senator Christopher Dodd ist mit Polens Arbeiterführer Lech Walesa zu einem vierstündigen Gespräch in der Wohnung des Beichtvaters von Walesa, Pater Henryk Jankowsky, zusammengetroffen. Dodd ist Mitglied des außenpolitischen Ausschusses. Der polnische Primas, Kardinal Jozef Glemp, ist wegen einer plötzlichen Erkrankung in ein Krankenhaus in Warschau eingewiesen worden. Aus dem Sekretariat des Kardinals wurde dazu lediglich mitgeteilt, daß mit einem zweiwöchigen Aufenthalt im Krankenhaus gerechnet wird. Nach bisher nicht bestätigten Informationen leidet der Kardinal an einer Gallenblasenentzündung.

Mejia streut in alten Kurs liberale Gesten

Wahltermin bleibt / Sondergerichte aufgehoben

W. THOMAS, San Salvador

Die Hauptstadt Guatemalas, eine Millionenmetropole, ist nach dem überraschenden Wochenauftakt rasch zum Alltag zurückgekehrt. Alle Geschäfte sind wieder geöffnet. Die Streitkräfte reduzierten drei Tage nach dem Putsch ihre Präsenz auf sporadische Patrouillen und die Bewachung wichtiger Regierungsgebäude wie den Präsidentenpalast.

Von den ersten Seiten der Zeitungen blickt ein etwas korpulenter General, den die meisten Guatemalteken bisher nicht näher kannten: Oscar Humberto Mejia Victores, der neue Regierungschef. Er will sich bescheiden so nennen, nicht Staatspräsident, behält aber das Amt des Verteidigungsministers. Er selbst meint: „Präsidenten sind vom Volke gewählt."

Viele Beobachter glauben, daß dieser Putsch sich lediglich gegen die Person des Rios Montt richtete, den kontroversen protestantischen Prediger, nicht gegen den allgemeinen politischen Kurs. „Man hat, so scheint es, nur die Person ausgewechselt", sagte ein Diplomat. Er äußerte diese Meinung jedoch mit Vorbehalt: „So sieht das heute aus, man muß abwarten."

Symbolische Gesten sollten die Kontinuität demonstrieren: Alle Mitglieder des Kabinetts, mit Ausnahme des reisenden Außenministers, beglückwünschten Mejia nach seiner Vereidigung per „Abrazo" (Umarmung). Das Kabinett wird in seiner bisherigen Besetzung weitermachen. Auch an den bisherigen Wahlplänen soll sich nichts ändern: Am 29. Juli 1984 können die Guatemalteken die Zusammensetzung einer verfassungsgebenden Versammlung bestimmen. Für die Kongreß- und Präsidentschaftswahlen hatte Rios Montt kein genaues Datum genannt, lediglich einen möglichen Zeitraum: Ende 1985. Auch Mejia wollte sich dazu nicht näher äußern. Wahrscheinlich werden die sechs Parteien auf einen früheren Termin drängen.

Die Auflösung der umstrittenen militärischen Sondergerichte wurde als Absicht gewertet, ein Zeichen der Liberalisierung zu setzen. In den letzten Monaten hatten sie 15 Personen wegen „Subversion" zum Tod verurteilt. Mejia hob außerdem die Beschränkungen der Bürgerrechte sowie den „Alarmzustand" auf, was auch ein Ende der Pressezensur bedeutet.

Viele Beobachter finden es bemerkenswert, daß das nach dem Machtwechsel veröffentlichte Kommuniqué außer von Mejia nur von Obristen unterzeichnet ist, unter ihnen alle wichtigen Provinzkommandeure. Das bedeutet: Dieser Putsch wurde von den etwas älteren Offizieren getragen, die politisch meist in der Mitte oder rechts von der Mitte stehen. Anders dagegen der Staatsstreich am 23. März 1982 gegen den rechten General Fernando Lucas Barcia: Hinter dieser Aktion standen junge, progressive und idealistische Offiziere, vorwiegend Hauptleute, manche nicht einmal 30 Jahre alt. Die Männer, die seinerzeit Rios Montt zum Junta-Chef ernannt hatten, sind jedoch im Laufe der Zeit aus ihren Machtpositionen verdrängt worden.

Mejia scheint nicht nur stärker zu sein, weil er die Rückendeckung des einflußreicheren Offizierskorps besitzt und auch für die jungen Männer „akzeptabel" ist, sondern auch, weil er immer aktiver Offizier gewesen ist.

Die Regierung von US-Präsident Reagan hatte Rios Montt lange gestützt, obwohl er gelegentlich nationalistische Töne mit leicht antiamerikanischem Tenor anschlug. Reagan zeigte sich beeindruckt von dem General, als er ihn im vergangenen Dezember in El Salvador traf. Er beurteilte verständnisvoll die Situation Guatemalas, das einer scharfen internationalen Kritik wegen angeblicher Verletzungen der Menschenrechte ausgesetzt war. Als Rios Montt in der letzten Zeit immer offener Religion mit Politik vermischte und Reden hielt, die selbst seine Anhänger schockierten, gingen die Amerikaner auf Distanz. Ein amerikanischer Beobachter meinte: „Mejia ist für Washington ein berechenbarerer Mann." Vor der Presse bezeichnete Mejia gestern die Mittelamerika-Politik Reagans als „höchst angemessen". Als ersten ausländischen Diplomaten empfing er US-Botschafter Chapin.

(SAD)

Seite 2: Anderer Stil

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Auch Deutsche

Meine Verwandten (Schwester und Schwager) besuchen uns als Rentner derzeit in unserer Wohnung in Lenzkirch.

Bei der Anreise am 2. August wurden sie am Grenzübergang Bebra im Zug Nr. D 456 von Leipzig nach Frankfurt/Main durch Lautsprecher mit folgenden Worten begrüßt: "Wir begrüßen Sie in DEUTSCHLAND und wünschen Ihnen einen guten Aufenthalt."

Das Abteil war mit DDR-Bürgern voll besetzt. Alle Anwesenden waren empört. Sie fühlten sich dadurch abqualifiziert als Deutsche. Das empfanden alle sehr schmerzlich. Solche Begrüßungen von DDR-Bürger sollten abgestellt werden, denn sie sind doch Deutsche.

Mit freundlichem Gruß
Friedrich und Berta Brode,
Lenzkirch / Schwarzwald

Der Realist

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Friedensmarschierer, Friedensbewegten, Friedensmonopolisten usw. berufen sich gern auf die Bergpredigt. Da ist eine Menge Heuchelei im Spiel, denn die Methoden der Friedenskampagnen sind eher ausgesprochen militant.

Abgesehen davon sind die Forderungen der Bergpredigt ein Hinweis auf den Idealzustand, den auf Erden zu erreichen reine Utopie bleibt, dem man sich jedoch durch ganz individuelle Lebensgestaltung und durch sein persönliches Verhalten annähern kann.

Jesus selbst war viel zu sehr Realist, um nicht zu wissen, daß allein ideelle Schwärmerei die Welt nicht friedlich machen kann. Daher seine glasklare, nüchterne Feststellung bei Lukas Kap. 11, Vers 21–23: Wenn ein Starker seinen Hof mit Waffenschutz bewacht, so ist seine Habe in Sicherheit; wenn aber ein Stärerer als er über ihn herfällt und ihn überwindet, so nimmt ihm dieser sogleich die Rüstung, auf die er vertraute, und verteilt die Beutestücke.

Logische Folgerung: niemals schwächer sein als der „Stärkere", damit man in Frieden und Freiheit – und nur in Freiheit – nach den Idealen der Bergpredigt leben kann.

Mit freundlichem Gruß
Hubert Kiewert,
Hamburg 76

Wort des Tages

„Wo wahres Talent waltet, da ist auch die Wertschätzung fremder Leistung so mächtig, daß das Gefühl für ihren Verfasser dasjenige der Achtung und der Freundschaft sein muß."

Carl Spitteler, schweiz. Autor (1845–19241

Beitrag geleistet

Sehr geehrter Herr Hertz-Eichenrode,

mit großer Genugtuung haben wir den am 23. Juli 1983 in der Samstagsausgabe der WELT veröffentlichten Artikel über Simón Bolivar gelesen.

Dem Leser wurde eine objektive Zusammenfassung der Persönlichkeit sowie des Werkes einer der interessantesten Gestalten, nicht nur Lateinamerikas, sondern auch der neueren Geschichte dargestellt.

Es ist sicher richtig, daß Bolivars Leben und Handeln die verschiedensten Interpretationen zulassen. Die Ereignisse liegen zeitlich nicht weit genug zurück, als daß Dón sie von einem historischen Standpunkt emotionslos betrachten könnte.

Der in der WELT erschienene Artikel, beschränkt sich aber nicht nur auf eine objektive Kritik, sondern versucht dem Leser die Bedeutung der Gedanken Bolivars zu Themen wie das Internationale Recht, des Friedens und die Notwendigkeit eines Zusammenlebens, wo die Würde der Menschen respektiert und das Recht der Völker auf Eigenbestimmung gesichert ist, zu vermitteln.

Ihr Artikel hat einen Beitrag geleistet, dem deutschsprachigen Leser Bolivar und seine Überlegungen näherzubringen. Sympathie wird nicht nur meinem Land, Venezuela, sondern auch Lateinamerika gegenüber bekundet, das sonst nur wegen beklagenswerten und bedauerlichen Vorfällen täglich in Erinnerung gebracht wird.

Mit freundlichen Grüßen
DR. Adolfo Aristegueita Gramcko,
Botschafter von Venezuela,
Bonn

Personalien

ERNENNUNG

Detlev Graf zu Rantzau, bisher stellvertretender Leiter der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt, geht als Gesandter und Ständiger Vertreter des Botschafters zur NATO-Vertretung der Bundesrepublik nach Brüssel. Sein Nachfolger in Bonn als stellvertretender Völkerrechtsberater wird Dr. **Helmut Redies**, bis vor kurzem deutscher Botschafter in Bern, wo ihn als Botschafter **Gerhard Fischer** abgelöst hat.

ABSCHIED

Er machte die ersten Tagesschau-Bilder aus Moskau, als der frühere Bundeskanzler **Konrad Adenauer** 1955 im Kreml war, der heute dienstälteste Kameramann des WDR, **Walter H. Schmitt**. Jetzt nahm er Abschied von der Kamera und ging in den Ruhestand. Walter H. Schmitt, Maschinenbautechniker und Technischer Zeichner, hat mit Zelluloid WDR-Geschichte gemacht. Der ehemalige Kriegsberichterstatter der Luftwaffe verhalf 1953 mit einer Live-Sendung aus dem Kölner Volkstheater **Willy Millowitsch** zu seiner bundesweiten Fernsehkarriere. Über die Bildschirme flimmerte „Der Etappenhase". Er hatte auch beim ersten WDR-Fernsehspiel hinter der Kamera gestanden. Titel: „Ein Engel namens Schmidt". Walter H. Schmitt drehte 1956 den ersten „Straßenfeger" des WDR, Titel „So weit die Füße tragen". Regisseur war **Fritz Umgelter**. Der Chefkameramann des WDR war auch, als die Farbe kam, mit dabei, in dem ersten Farbfilm des Senders, „Tragödie auf der Jagd", 1972. Schmitt wurde „der Vater aller WDR-Kameramänner". Sein Können stellte er auch bei zahlreichen Staatsbesuchen der Bundespräsidenten im Ausland unter Beweis. Die Liebe zum Metier ist familiär bedingt. Seine Ehefrau **Liesgret Schmitt-Klink** ist Cutterin.

GEBURTSTAG

Einer der bekanntesten Theologen in Nordelbien, Missionsdirektor i. R. Dr. **Martin Pörksen**, wird am 14. August in Eckernförde seinen 80. Geburtstag feiern. Er war in der Mission in Afrika, Indien und Fernost zu Hause und hatte während der Nazi-Ära den Titel „heimlicher Bischof von Schleswig-Holstein". 14 Söhne und Töchter und 30 Enkel werden gratulieren.





DIPLOMATEN

Auch die afrikanischen Staaten schicken verstärkt ihre Frauen an die diplomatische Front. Immerhin waren drei Damen mit von der Partie, als 20 afrikanische Jungdiplomaten aus 14 Ländern das Auswärtige Amt und die Bonner Diplomatenschule besuchten. Die Afrikaner nehmen an einem vierwöchigen Kursus teil, den die Zentralstelle für öffentliche Verwaltung der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung in Zusammenarbeit mit dem kamerunischen Institut für internationale Beziehungen durchführt. In der Ausbildungsstätte des Auswärtigen Amtes wurden sie von Dr. **Joachim Neukirch**, dem stellvertretenden Leiter der Aus- und Fortbildungsstätte und Chef der Ausbildung für den Höheren Dienst, sowie dem stellvertretenden Ausbildungsleiter Dr. **Alexander Mühlen** begrüßt. Ein Training diplomatischer Arbeitstechniken, so das diplomatische Berichtswesen, stehen auf dem Programm. Von links: **Mariama Gamatie** aus Niger und die sich leger gebende Gruppe mit Dr. Alexander Mühlen. FOTOS: KEIL

Spekulationen über Strauß-Äußerung

Wt. **Bonn/München**

Äußerungen des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß zur Raketenfrage haben gestern zu Spekulationen darüber geführt, ob der CSU-Chef auch in Sachen *Nachrüstung* frühere Positionen verändert hat. Strauß hatte in einem Interview der Illustrierten „Stern" erklärt: „Ich glaube nicht, daß die Nachrüstung noch aufgehalten werden kann. Ich glaube, daß ihr Umfang geringer gehalten werden kann, als er ursprünglich geplant war. Ich glaube – ich glaube, sage ich ausdrücklich – daß die Sowjets sich mit der Nachrüstung bereits abgefunden haben."

Die Spekulationen über einen möglichen Positionswechsel des CSU-Chefs gründen sich auf die Passage: „Ich glaube, daß ihr Umfang geringer gehalten werden kann als ursprünglich geplant war." *Bisher nämlich* galt es innerhalb der Unionsparteien als unbestritten, daß bei einem Scheitern *der Genfer INF-Verhandlungen* entsprechend dem NATO-Doppelbeschluß nachgerüstet werden müsse; *und zwar in dem Ausmaß, das in* diesem Beschluß 1979 festgelegt worden war. Die Äußerungen von Strauß *in dem „Stern"-Interview* scheinen dies nun – was das „Ausmaß", also die Zahl der zu stationierenden Waffensysteme angeht – in Frage zu stellen.

Der CSU-Chef sprach sich in dem Interview außerdem für ein „praktikables Zwei-Schlüssel-System" für die Verfügung über den Einsatz atomarer Waffen außerhalb der USA aus. „Zwei-Schlüssel-System" hieße, daß der US-Präsident nur mit Zustimmung des Stationierungslandes atomare Waffen einsetzen dürfte.

Beiruts Flughafen unter Beschuß der Drusen

Vier Tote / Suspendiert Libanon Abkommen mit Israel?

AP/rtr, **Beirut**

Der Flughafen der libanesischen Hauptstadt Beirut und seine Umgebung sind gestern morgen unter starken Artillerie- und Raketenbeschuß geraten. Nach ersten Berichten kamen drei libanesische Frauen und ein Kind ums Leben. 21 Personen, darunter *ein amerikanischer Marineinfanterist* und ein libanesischer Soldat, seien verwundet worden.

Insgesamt schlugen rund 20 schwere Raketengeschosse in der Flughafengegend ein. Nach Darstellung der Polizei waren sie von Geschützen in drusischen Wohngebieten auf den Anhöhen über Beirut abgefeuert worden, wo zur Zeit wieder schwere Kämpfe zwischen Milizen linksgerichteter Drusen und rechtsgerichteter Christen toben.

Nach dem Angriff – dem zweiten innerhalb von knapp drei Wochen – wurde der Flughafen geschlossen. Ankommende Maschinen wurden in Nachbarstaaten umgeleitet.

Beobachter werten den Angriff als einen möglichen Rückschlag für die Verhandlungen der libanesischen Regierung mit Führern der Drusen über die Entsendung libanesischer Truppeneinheiten in das Bergland bei Beirut. Sie sollen die Stellungen der israelischen Streitkräfte einnehmen, sobald diese sich aus dem Gebiet auf eine neue Linie weiter südlich zurückgezogen haben.

Der amerikanische Nahost-Sonderbeauftragte Robert McFarlane ist nach einem überraschenden Aufenthalt in Amman, wo er mit dem jordanischen *König Hussein zusammen*traf, wieder nach Beirut zurückgekehrt. Der von der Phalange-Partei des Staatspräsidenten Amin Gemayel betriebene Rundfunksender „Stimme des Libanon" hatte kurz zuvor gemeldet, die libanesische Regierung erwäge die Suspendierung *des mit US-Unterstützung* zustandegekommenen Abkommens mit Israel über den Abzug der israelischen Truppen aus dem Land. Die Regierung hoffe, damit den toten Punkt bei den Bemühungen um den Abzug aller ausländischen Truppen überwinden zu können.

Die syrische Regierung hatte die Kündigung dieses Abkommens, das sie als Unterwerfung Libanons unter israelische Kontrolle interpretiert, zur Bedingung für einen Abzug der eigenen Truppen gemacht. McFarlane ist es im bisherigen Verlauf seiner Nahost-Mission nicht gelungen, die syrische Regierung umzustimmen.

Auch Kairo hat sich jetzt die syrische Haltung zu eigen gemacht. In einem Zeitungsinterview sagte der Staatsminister im Außenministerium, Butros Ghali, Syriens Widerstand gegen das libanesisch-israelische Abkommen sei gerechtfertigt.

Wie der libanesische Rundfunk außerdem meldete, soll Syrien den Anführer *der Gegner von PLO-Chef* Arafat innerhalb der Fatah, Abu Mussa, eingesperrt haben. Der Grund sei, *daß es Abu Mussa nicht gelungen sei*, bei Kämpfen gegen die Arafat-Anhänger in Ostlibanon die Oberhand zu gewinnen.

Seite 2: Unterhändler McFarlane

Genscher dringt in Rumänien auf Hilfe für KSZE

BERNT CONRAD, **Constanza**

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat an den *rumänischen* Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu appelliert, auf den maltesischen Ministerpräsidenten Dom Mintoff einzuwirken, damit dieser die Blockade des Madrider KSZE-Folgetreffens aufhebt. Maltas Forderung, vor der Verabschiedung des Schlußdokuments eine Sicherheitskonferenz für die Mittelmeerstaaten einzuberufen, hat bisher den Abschluß des KSZE-Treffens verhindert.

Da zwischen Rumänien und Malta enge Kontakte bestehen, hält Genscher *eine Einwirkung* Ceausescus auf Mintoff für aussichtsreich. Wenn Malta als kleiner Teilnehmer den Ablauf *der KSZE-Konferenz* blockiere, dann werde das auch von Bonn bejahte Konsensprinzip in sein Gegenteil verkehrt, sagte Genscher, der gestern nachmittag zum Abschluß seines zweieinhalbtägigen Besuches an der Schwarzmeerküste mit dem rumänischen Parteichef zusammentraf.

Gegenüber Ceausescu und dem rumänischen Außenminister Stefan Andrei hob Genscher die großen Anstrengungen der Bundesregierung zur Förderung des KSZE-Prozesses hervor, der als ein wichtiges Element der Stabilisierung in Europa betrachtet werden müsse. Andrei zollte ihm dafür ausdrücklich Anerkennung.

Mit besonderem Nachdruck wies Genscher darauf hin, daß die Sowjetunion bedauerlicherweise mit ihrer Forderung nach Einbeziehung der britischen und französischen Systeme die Genfer Mittelstreckenraketen-Verhandlungen (INF) blockiere. Moskau sei damit von seiner früheren Haltung abgegangen. Es sei wichtig, daß *die Sowjets* den Weg *zu einem* Erfolg in Genf freimachten. Der Bundesaußenminister betonte, daß der Stationierungsteil des NATO-Doppelbeschlusses termingemäß und im vorgesehenen Umfang verwirklicht werde, wenn es in Genf bis November zu keinen konkreten Ergebnissen kommen sollte.

Rebellen und Libyer nehmen Faya Largeau ein

Paris schickt 250 Elite-Soldaten nach Tschad

rtr/AP/AFP, **N'Djamena/Paris**

Die seit Wochen umkämpfte Oasenstadt Faya Largeau im Norden Tschads ist von den Streitkräften des gestürzten tschadischen Präsidenten und Rebellenführers Goukouni Weddeye *gestern nach eigenen Angaben* erobert worden. Zugleich sind die ersten Einheiten von rund 250 französischen Elitesoldaten in der Hauptstadt N'Djamena eingetroffen.

Der erwartete Sturmangriff der Rebellen hatte gestern morgen begonnen. Mit libyscher Panzerunterstützung sollen 3000 tschadische Rebellen und 2000 libysche Soldaten in zwei Stoßkeilen auf die Stadt vorgerückt sein. Wie der tschadische Informationsminister Soumaila Mahamat bekanntgab, wurden sie von Jagdbombern, Aufklärungsflugzeugen und Hubschraubern unterstützt.

Angesichts der wachsenden libyschen Bedrohung für die Regierung Tschads hat sich Frankreich entschlossen, Fallschirmjäger in das Land zu schicken. Nach dem Eintreffen einer Vorausabteilung von rund 30 Soldaten einer französischen Fall*schirmjäger-Eliteeinheit am* gestrigen Morgen wurde die Ankunft weiterer 100 Angehöriger derselben Ein*heit, die in der Zentralafrikanischen* Republik stationiert ist, in der Hauptstadt erwartet. Heute sollen noch etwa *120 Marineinfanteristen* vom *süd*französischen Luftwaffenstützpunkt Mont de Marsan direkt in die ehemalige *französische Kolonie* geflogen werden.

Damit befänden sich vorerst rund 250 französische Soldaten in Tschad. Ursprünglich war von der Entsendung von etwa 180 Soldaten die Rede gewesen. In einer gestern veröffentlichten Erklärung zu der am Vortag verfügten Entsendung von Militärberatern nach Tschad drohte Verteidigungsminister Charles Hernu, daß *Frankreich sein Engagement* in Tschad vom Ausmaß der Verwicklung Libyens in den Bürgerkrieg abhängig mache. „Was Libyen macht, machen wir auch", sagte Hernu.

Die Bemerkung des Verteidigungsministers wurde in Paris als Signal gewertet, daß Frankreich vor weiteren *militärischen Schritten* nicht zurückschrecken wird. Bislang hatte sich die französische Regierung geweigert, über Waffenlieferungen hinaus auch Kampftruppen in den zentralafrikanischen Staat zu entsenden. Die USA, die nach offiziellen Angaben ihre Waffenhilfe in den letzten Tagen verstärkt hatten, und die tschadische Regierung hatten Frankreich zu einer aktiven Rolle gedrängt. Die USA haben neben zwei Awacs-Aufklärungsflugzeugen jetzt auch eine Spezialmaschine zum Abhören des libyschen Funkverkehrs nach Sudan geschickt. In Moskau, das Partei für den libyschen Revolutionsführer *Muammar el-Khadhafi* ergreift, wurde unterdessen eine *große* libysche Militärdelegation empfangen.

In einer nichtöffentlichen Sitzung begannen gestern die Mitglieder des Weltsicherheitsrates der Vereinten Nationen (UN) über Libyens Antrag auf eine Dringlichkeitssitzung zur Erörterung angeblich provokativer Aktionen der USA zu beraten.

Seite 2: Spät kommt er . . .

Prozeß gegen Oppositionelle in Lettland

GREGOR KONDEK, **Kiel**

Am 2. August ist in Lettland der erste Prozeß gegen lettische Christen, Oppositionelle und lettische Nationalisten eröffnet worden. Er war seit Monaten vom sowjetischen Geheimdienst vorbereitet worden.

In der seit neun Tagen andauernden Verhandlung *in Riga* wird die 52jährige Krankenschwester Lidiya Doronina (geborene Lasmane) wegen schwerer Staatsverbrechen vom Prokuror (Generalstaatsanwalt) der Lettischen Sowjetrepublik, Janis Dzenitis, angeklagt.

Die Krankenschwester war am 6. Januar vom KGB verhaftet worden. In ihrer Wohnung wurden Dokumente der Moskauer Friedensbewegung *beschlagnahmt*. Zwischen dem 6. Januar und dem 18. Februar waren in Riga und anderen lettischen Landesteilen *mehr als 50 Wohnungen vom* KGB durchsucht und nach den bisher vorliegenden Erkenntnissen sieben *Personen verhaftet worden*.

Wie aus Lettland berichtet wird, sollen in weiteren Einzelprozessen auch *der 55jährige Schlosser* Ints Calites, der 55jährige Brigadier Gunars Freimanis, der 32jährige Arbeiter Gederts *Melengailis, der 34jährige* Elektriker Janes Rozkalns und der 29jährige Janis Veveris angeklagt werden. Mehr als fünf Monate lang hat die staatlich gelenkte Presse in breitangelegten Kampagnen den Boden für die Prozesse vorbereitet (siehe WELT vom 18. und 26. Februar und vom 14. Juni).

Ehrendoktor für Kohl in Tel Aviv

EPHRAIM LAHAV, **Jerusalem**

Bundeskanzler Helmut Kohl, der am 31. August in Israel *eintrifft*, wird Ehrendoktor der Universität Tel Aviv. Die Verleihungszeremonie ist *für den dritten Tag des Kanzlerbesu*ches angesetzt.

Bei seiner Ankunft auf dem Ben-*Gurion-Flughafen* wird Premierminister Begin den Bundeskanzler begrüßen und mit ihm nach Jerusalem fahren. *Auf dem 50 Kilometer langen* Weg werden die beiden Regierungschefs das erste ihrer drei geplanten Gespräche führen. In Jerusalem wird das Ehepaar Kohl im King David Hotel absteigen. Dort werden auch die zwei Staatsbanketts stattfinden. Das Programm enthält einen Besuch am Grab des Begründers der zionistischen Bewegung, Theodor Herzl, bei der Hebräischen Universität auf dem Skopusberg und im Jerusalemer Rathaus. Die Altstadt mit den heiligen Stätten wird Kohl inoffiziell, d. h. ohne israelische Begleitung, besuchen, weil die Annexion Ost-Jerusalems von der EG nicht anerkannt ist.

Kreml ruft Polizei

● **Fortsetzung von Seite 1**

Landwirtschaft. Es sind die Bereiche, in denen die Bevölkerung am ehesten den eigenen Bedarf durch kräftigen *Zugriff* zu decken vermag. *Die „Ein*satzgruppen" der Abteilung sind jetzt in ihrer Struktur diesen Wirtschaftszweigen angeglichen worden.

Das Personal des Innenministeriums werde weiterhin von „moralisch wie ideologisch unreifen" Mitarbeitern gereinigt; für die engere Bindung der Miliz zur Bevölkerung, aber auch zu Staatsanwaltschaften und Gerichten sei gesorgt worden. Um die Einstellung der Polizeibeamten zu ihren Dienstpflichten zu verbessern, ließ die Parteiführung sogenannte „Politorgane" im Bereich des Innenministeriums einrichten. Analog zur politischen Hauptverwaltung der Armee haben sie vor allem für verstärkten Parteieinfluß und entsprechende „ideologische Erziehung" zu sorgen.

Diese Straffung und Verstärkung des polizeilichen Überwachungsapparates paßt zu den Beschlüssen von *Parteiführung, Regierung* und Gewerkschaften über die „Festigung der Arbeitsdisziplin", die mit einem ganzen Katalog von rechtlich verbindlichen Strafbestimmungen ausgestattet wurden. Die Maßnahmen stehen aber vollständig im Widerspruch zu den gleichzeitig bekanntgewordenen Empfehlungen einer Gruppe von Ökonomen für wirtschaftliche und gesellschaftliche Reformen in der Sowjetunion. Die umfangreiche Denkschrift dieser Experten aus dem Nowosibirsker Zentrum der Akademie der Wissenschaften wurde in der Sowjetunion nicht veröffentlicht, gelangte aber zu einigen westlichen Journalisten in Moskau.

Den Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums während der letzten 15 Jahre führt die Denkschrift auf das „überholte System" der zentralen Lenkung, auf die stark regulierende Planung und das „Verbot der Kräfte des Marktes" sowie auf eine Reihe damit verbundener Mängel zurück.

Schwarz-Schilling sieht Bewegung

Rei. **Bonn**

Nach Angaben von Postminister Schwarz-Schilling (CDU) hat sich bei den Postverhandlungen mit Ost-Berlin „etwas bewegt im Geben und Nehmen". Worum es sich handele, könne er nicht sagen, weil Vertraulichkeit vereinbart worden sei. Man habe bei der Wiederaufnahme der Gespräche dort angeknüpft, wo vorher aufgehört worden sei und führe sie sachlich weiter. Schwarz-Schilling sagte, alle Zahlen, die im Zusammenhang mit dem Strauß-Besuch in der „DDR" „herumgegeistert" seien, seien falsch gewesen, und das habe sich „natürlich nicht als besonders hilfreich" erwiesen.

Unmut über Comecon

■ **Fortsetzung von Seite 1**

*osteuropäischen Staaten – ist denk*bar schlecht. Dem Vernehmen nach war Unzufriedenheit auch der Hauptgrund dafür, *daß* trotz *Moskauer* Drängens bisher noch kein Termin für die Gipfelkonferenz vereinbart werden konnte. Sofern es noch eines Beweises bedurft hätte, wurde er durch die jüngste Entwicklung geliefert: Der „rote Wirtschaftsblock" ist entgegen den Phrasen kommunistischer Ideologen keineswegs eine feste und sichere Bastion gegen Konjunkturschwankungen und Krisen.

Unter den Comecon-Mitgliedern nimmt die Verärgerung *zu*, gewisse Eigenständigkeiten in Produktion und Handel für eine Sache geopfert zu haben, deren Nutzeffekt in einer kritischen Phase offensichtlich gleich Null ist. Sie sind enttäuscht, daß bisher nicht einmal versucht wurde, eine gemeinsame Aktion zur wirtschaftlichen Stabilisierung in der Gemeinschaft zu starten.

Die hochfliegenden Pläne des Comecon von koordinierter Wirtschaftsentwicklung, spezialisierter Produk*tionsteilung und multilateralem* Warenaustausch sind während der 34 Jahre seines Bestehens in den Ansätzen *steckengeblieben. Die* seit Beginn der Weltrezession besonders stark unterschiedlichen statistischen Wirtschaftsergebnisse der einzelnen Länder verdeutlichen, daß es bisher auch nicht annähernd gelungen ist, die außerordentlich großen wirtschaftlichen, sozialen und strukturellen Unterschiede innerhalb des osteuropäischen Raumes auszugleichen.

Die größte Verärgerung im Comecon herrscht aber über die Haltung der Sowjetunion. Während die einzelnen Mitglieder ihre Liefer- und Zulieferverpflichtungen meist genau einhalten, hat Moskau seine Energie- und Rohstofflieferungen an die „kleinen Brüder" in den vergangenen Jahren nicht nur mehrfach erheblich verteuert, sondern auch noch gekürzt, um einen Teil nach Westen umzuleiten.

Abenteuerliche Flucht geglückt

AP, **Wien**

Unter den Schüssen ungarischer Grenzsoldaten ist in der Nacht zum *Mittwoch einem 22jährigen* sowjetischen Studenten die Flucht über die ungarisch-österreichische Grenze geglückt. Wie die burgenländische Sicherheitsdirektion gestern in Eisenstadt mitteilte, hat der Student, dessen Name zunächst nicht genannt wurde, um politisches Asyl in Österreich nachgesucht.

Er war etwa drei Kilometer vor der Grenze über ein hochgezogenes Stacheldraht-Hindernis geklettert. Beim Herabspringen von dem Stacheldrahtzaun löste sich eine Signalrakete, die die ungarischen Grenzwachen alarmierte. Sie feuerten mehrmals auf den jungen Mann, ohne ihn jedoch zu treffen.

Auf österreichischem Gebiet angelangt, versteckte sich der Student zunächst in einem Gebüsch. Etwa um Mitternacht erreichte er einen Gasthof bei Drassburg im Burgenland. Kurz darauf meldete er sich bei der örtlichen Polizei. Eine Grenzverletzung liegt nach Angaben der österreichischen Behörden durch die Schüsse der ungarischen Grenzwächter auf den Flüchtling nicht vor.

Die Karrierestationen des Walter Ulbricht

Lebende Personalkartei

Es purzeln nur so die Jubiläen von Männern, die sich zu Lebzeiten als „groß" feiern und Straßen, Plätze und Stadien nach ihrem Namen benennen ließen. 1983 kam erst Hitler – 50. Jahrestag der Machtergreifung – an die Reihe. Dann war es Mussolini – 100. Geburtstag.

Nun ist es ein weiterer Repräsentant des totalitären Staatsgedankens: Walter Ulbricht. An ihn erinnern gleich zwei runde Daten: Am 30. Juni wäre er 90 Jahre alt geworden. Am 1. August jährte sich zum zehnten Mal sein Todestag.

Wolfgang Venohr und Michael Vogt verfolgen in der im Auftrag des Bayerischen Rundfunks erstellten Lübbe-tv-Produktion die Lebensstationen dieses Mannes: Vom einfachen Handwerker über eine hohe Sprosse auf der KPD-Stufenleiter und einem Reichstagsmandat in der Weimarer Republik, über das erzwungene Exil in Moskau bis hin zu

Walter Ulbricht – Der „Rote Sachse" – ARD, 23.00 Uhr

dem von Ulbricht – insbesondere als Generalsekretär der SED und als Staatsratsvorsitzender der „DDR" – maßgeblich gestalteten Machtgefüge *im anderen Teil* Deutschlands. Zum Schluß seines Lebens wurde er wegen seiner Halsstarrigkeit selbst der sowjetischen Okkupationsmacht unbequem. Deswegen wurde er 1971 *entmachtet*.

Dazu Henric L. Wuermeling, Redaktionsleiter Politik und Zeitgeschichte beim Bayerischen Rundfunk: „Die Lösung des Rätsels, warum sich Ulbricht über *50* Jahre in höchsten Positionen halten konnte, ist in der Tatsache zu suchen, daß er sich immer anpaßte. Und als er glaubte, sich nicht mehr anpassen zu *müssen, erinnerte man ihn an seinen* Auftrag und zog ihn zurück."

Die Haltung dieses „roten Sachsen" zur deutschen Frage bildet den roten Faden des Films. Dabei kom*men bemerkenswerte Weggenossen* Ulbrichts zu Wort: Da ist einmal Wolfgang Leonhard, der bereits Ende 1945 – also vor der Kapitulation – als Mitglied der „Gruppe Ulbricht" aus Moskau nach Deutschland eingeflogen wurde. Leonhard – seit mehr als drei Jahrzehnten anerkannter Sowjetologe im Westen – erklärt das Geheimnis von Ulbrichts Erfolg: Inhaltliche Fragen interessierten ihn überhaupt nicht. Aber als eine lebende Personalkartei verstand er es 1945 sofort, *eine gezielte Personalpolitik* zu treiben und eine effektive Organisationsstruktur aufzubauen.

Gesprächspartner sind noch andere ehemalige SED-Größen: Wolfgang *Seiffert etwa, einst Star-Völkerrecht*ler der „DDR" und erst vor wenigen Jahren in die Bundesrepublik übergesiedelt; Heinz Brandt, zu Beginn der 50er Jahre Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin, später als Flüchtling bei der IG Metall tätig und vom Ulbricht-Regime 1961 wieder nach Ost-Berlin verschleppt und zu einer langen Freiheitsstrafe verurteilt.

Margarethe Buber-Neumann – die früher und entscheidender ihren Bruch mit dem Kommunismus vollzogen hatte – weiß aus der Zeit im Moskauer Hotel Lux zu berichten: *Als ihr Lebensgefährte Heinz* Neumann verschleppt und erschossen wurde, verstand Ulbricht es durch geschicktes Untertauchen zu überleben.

Ein Gesprächspartner fiel in letzter Minute dem Schnitt zum Opfer: Sebastian Haffner, der als ein eher nationalliberal orientierter Publizist Ulbricht als „erfolgreichsten deutschen Nachkriegspolitiker" bewundert.

Zwei Sachkenner in Sachsen Ulbricht wurden ausgesperrt: Carola Stern, Verfasserin der immer noch besten Ulbricht-Biographie und der sächsische Hotel-Lux-Mitbewohner und *spätere Ulbricht-Widersacher* Herbert Wehner.

GISELHER SCHMIDT

KRITIK

Missionar oder Journalist?

Der Fernsehjournalist Franz Alt wird (in Abwandlung eines geflügelten Wortes Willy Brandts vom Schreibtischtäter) mehr und mehr zum Bildschirmtäter. Für ihn scheint die persönliche Überzeugung, sein ganzes individuelles Weltbild, um nicht von seiner missionarischen Einstellung zu reden, allmählich aus*schließlich zum Maßstab* für seine Arbeit im und am politischen Magazin zu werden.

Die jüngste Ausgabe von „**Report**" (ARD), die er moderierte und zu verantworten hatte, enthielt unter anderem einen Beitrag über den Flugtag von Ramstein am vergangenen Sonntag, dessen filmische und textliche Präsentation das Urteil verdient, den Zuschauer mittels Suggestion gegen die staatliche Verteidigungspolitik aufstehen zu lassen.

Alt mag als Privatmann das Recht haben, ein Pamphlet wie „Frieden ist möglich" zu schreiben. Es fragt sich, ob er als verantwortlicher Redakteur *des öffentlich-rechtlichen Fernse*hens voll energischer Zielstrebigkeit die Gefühle eines breiten Publikums gegen die Vorsorge der NATO angesichts des Machtaufbaus der Sowjetunion beeinflussen darf.

Nicht anders sind seine Furcht und Schrecken erzeugenden Bildsequenzen über Flugtage, die deprimierenden Verletzungen von Atombombenopfern (wer will sie wohl?) und die *angebliche Zögerlichkeit der Bun*desregierung bei der Schaffung eines weiter zu humanisierenden Kriegsvölkerrechts zu verstehen.

Man wartet darauf, daß Alt sich einmal bemüht, darzustellen, warum in Europa Frieden herrscht. Es reicht nicht hin, wenn er seiner pazifistischen TV-Propaganda dadurch das Mäntelchen der „Ausgewogenheit" umzuhängen sucht, indem er den Ostberliner Staatsorganen rigides Vorgehen gegen dortige Mitglieder der „Friedensbewegung" vorwirft. Hier bei uns gibt es den freien Kampf der Überzeugungen, leider nicht drüben. Darum möge er sein Magazin *öffnen auch für eine Meinung*, die er nicht teilt.

RÜDIGER MONIAC

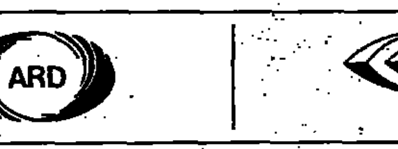
Aussichtslose Anläufe

Ob's nun eine Entschuldigung oder ein Gütesiegel sein sollte – jedenfalls beeilte sich das ZDF, den Beitrag „**Der 14. Gesang**" im Rahmen des „Kleinen Fernsehspiels" als Werk einer „Kunsterzieherin" zu deklarieren. So konnte der Zuschauer wohl vorbereitet wissen, daß er wirklich Silbenhaftes von der Autorin Murki Wehr nicht zu erwarten hatte. Eine Kunsterzieherin macht eben keine Filme, sondern erzieht zur Kunst. Das heißt: sie versucht es. Und was von ZDF-Redakteuren als Kunst anerkannt wird, darf sich bei der Kriterienarmut solcher Begriffsbestimmungen auch ganz fernsehlegitim als *solche schmücken*.

Und das heißt hier: endlos abgefilmtes Frühstücken, ebenso endloses Auswringen von Putzlappen, ein beschrifteter Brief, der plötzlich weiß wird (man begegnet dem Symbolik-Gag hier nicht zum ersten Mal), ein Haus nach einer Überschwemmung, in dem sich allerlei ekliges Getier über verschimmelte Lebensmittel *hermacht (der Versuch einer Ästhe*tik des Ekels?), eine eher vergammelte jüngere Frau, erst fortwährend im Streß mit Schminken und Nägellackieren, dann durchs kaputtgeschwemmte Haus wandelnd – aussichtslose Anläufe zu einer Pantomime.

Eine Bilderreihe voller Gefühle, aber ohne Vermittlungskraft, in der (wahrscheinlich vergeblichen) Hoffnung verabreicht, die ausgestoßenen Empfindungen würden von einigen *Zuschauern aufgefangen und dort zu* ähnlichen Assoziationen geformt, wie sie die Autorin hatte. Ein Versuch also, nur so. Warum nicht? Aber auch: Warum?

HERMANN A. GRIESSER



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.23 Wiederbegegnung
11.40 Moskau – Gorkistraße
12.10 ZDF-Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD-Ferienprogramm für Kinder
15.25 Unsere kleine Farm
Heimweh (1)
16.10 Tagesschau
16.15 Einmal Masse sein
Lea Fleischmann in Israel
Film von Walter Harrich
1979 erregte das erste Buch der deutschen Jüdin Lea Fleischmann „Dies ist nicht mein Land", in dem sie mit ihrem Geburtsland abrechnet, Aufsehen. Gründe für den Aufbruch nach Israel waren Unzufriedenheit *mit hiesigen Verhältnissen* und das Bedürfnis nach neuen Lebensinhalten. Aber auch das Leben in dem orientalisch ge*prägten Kulturraum schaffte* Probleme, von denen dieser Film berichtet.
17.00 Matt und Jenny
Abenteuer im Ahornland
6. Bitte recht freundlich, Herr Bär
18.25 Kein Tag wie jeder andere
Metas erste Zirkusnummer
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschließend: Der 7. Sinn
20.18 Schrot und Korn
Vom Öko-Trip zur Bio-Kette
Film von Mischka Popp und Thomas Bergmann
21.00 Scheibenwischer
Eine Kabarettsendung von und mit Dieter Hildebrandt u. a.
„Der saure Wald"
21.45 Café in Takt
Mit Peter Horton, Cristina, Blandine Ebinger, Hana Hegerova, Thomas Christen u. a.
22.30 Tagesthemen
23.00 Walter Ulbricht – der „Rote Sachse"
Dokumentation von Wolfgang Venohr und Michael Vogt
23.45 Tagesschau

15.17 heute
ZDF-Ferienprogramm für Kinder
15.20 Pinocchio
Wiedersehen mit Rocco
15.45 Der König von Narnia
Zweiter Teil des Zeichentrickfilms
16.30 Ferienkalender
16.50 Die kleinen Strolche
Im Schönheitssalon
17.00 Musik und Technik
3. Schallausbreitung
17.30 heute/Aus den Ländern
17.45 Tele-Illustrierte
Zu Gast: *Maria Palisandra*
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.25 Der Paragraphenwirt
Scheidungstermin
19.00 heute
19.30 Lustige Musikanten
Mit der Volksmusik-Hitparade
Durch *die* Sendung *führen Carolin* Reiber und Elmar Gunsch
21.00 heute-journal
21.20 Redaktionsbesuch
Otto Schily beim „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt"
Gesprächsleitung: Reinhard Appel
22.35 Das kleine Fernsehspiel
Asche und Glut
Von Haile Gerima (USA, 1982)
(Original mit Untertiteln)
Mit *Evelyn A. Blackwell*, John Anderson, Norman Blalock u. a.
„Asche und Glut" skizziert die Geographie der afro-amerikanischen Situation anhand dreier kontrastierender Milieus: Washington D. C., wo überwiegend Schwarze die *mit historischen Denkmälern* und monumentalen Gebäuden der Vergangenheit gesäumten Straßen bevölkern; dem Land, dessen Kampfgeschichte so reich wie seine friedliche Idylle trügerisch ist; und Los Angeles.
0.55 heute

Das Ehepaar Gaby und Jürgen (Gertie Honeck, Rolf Potch) hat heute seinen Scheidungstermin – „Der Paragraphenwirt", ZDF, 18.25 Uhr
FOTO: TELEBUNK

III.

WEST
18.00 Jim Knopf und die wilde 13
1. Von Lummerland zum Magnetberg
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Jim Knopf und die wilde 13
19.00 Sie machten Steine aus gebrannter Erde (5)
19.15 Von Urtenen bis Worb

WEST/NORD/HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Das Rätsel von Monte Cristo
Amerik. Spielfilm, 1934
Mit Robert Donat, Elissa Landi u. a.
Regie: Rowland V. Lee
22.05 Die goldenen Hungerjahre (2)
Von Hans Borgelt nach dem Buch „Das war der Frühling von Berlin"
Berlin wird zur Insel
Das unerwartete Wiederaufblühen des Kulturlebens in der stark zerstörten Hauptstadt nach 1945 ist Inhalt der *zweiten Folge der Rei*he. Warum sollte Jürgen Fehling im Berliner Ostsektor nicht inszenieren? Weshalb durfte Michael Boh*nen nicht Intendant der Städti*schen Oper bleiben? Hatte der Dirigent Leopold Ludwig seinen Fragebogen gefälscht?
23.05 Das Brücke-Museum Berlin
23.50 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
15.00 Heimweh
Amerik. Spielfilm, 1943
Regie: Fred M. Wilcox
18.30 Aerobic-Dance (9)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Was Flügel hat, fliegt
Von Heinz Vegh
20.40 Oase am Weg
Pilgerfahrt zum Kloster Arnstein
21.25 Sport unter der Lupe
22.10 Dallas für Nachzügler:
Riskantes Spiel

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N.
19.05 Damals Tagesgespräch
Zwischen den Zügen
Fernsehspiel von Noel Coward
20.15 Pierre Bonnard
20.45 Rundschau
21.00 Heut' abend . . .
Zu Gast: *Marianne Hoppe*
21.45 Sportlist
22.30 Dallas
Scheidung nach Art des Hauses
23.15 Rundschau

Schneller ans Geld

J. Sch. (Paris) – Kurz vor den Ferien hatten die Franzosen die Steuererhöhungen des Austerityplans zu bezahlen. Sogleich nach ihrer Rückkehr bittet sie Finanzminister Delors erneut zur Kasse. Von 15 Millionen Steuerpflichtigen müssen neun schon Mitte September den Rest der Einkommenssteuer für 1982 begleichen. Das sind 1,5 Millionen mehr als vor einem Jahr, in welchem die Gruppe ein bis zwei Monate später herangezogen wurde. Damit setzt die Regierung dank besserer Datenverarbeitung ihre Politik der schnelleren Beschaffung von Steuergeldern fort. Delors hält das für gerecht – diesmal allerdings in umgekehrter Weise, wie man es von den Sozialisten bisher gewohnt war.

Terminaufschub erhalten jetzt im wesentlichen nur noch die Landwirte und die Franzosen, die ihre Steuervorauszahlung, statt in zwei Raten von je einem Drittel der Vorjahressteuer, monatlich leisten. Sie brauchen den Rest erst am Jahresende begleichen.

Nicht zuletzt aber kann Delors darauf verweisen, daß in allen anderen westlichen Industriestaaten die Steuertermine sehr viel früher liegen als in Frankreich. Hier sind nur elf Prozent aller Steuern für natürliche Personen (einschließlich Vermögenssteuer) noch im Fiskaljahr selbst fällig. So hat die französische Regierung wohl noch einige Möglichkeiten, schneller an ihr Geld zu kommen.

Die etwa sieben Milliarden Franc, die jetzt vorzeitig bezahlt werden müssen, gehen der Wirtschaft im September an Kaufkraft verloren. Die sonst nach der Sommerpause übliche Konjunkturbelebung fällt damit ins Wasser.

Kraftlose EG

Ha. (Brüssel) – Positiver als früher beurteilen die Norweger die Europäische Gemeinschaft, nicht so sehr, weil sie so viel bewirkt hat, sondern weil sich ihre Organe zunehmend als kraftlos erweisen. So hat ein Arbeitsausschuß der regierenden konservativen Partei kürzlich mit dem Argument für den EG-Beitritt geworben, daß sich die Gemeinschaft seit dem Beginn der siebziger Jahre ganz anders entwickelt habe als vorausgesehen. Die *Gefahr* einer „Fremdsteuerung" durch supranationale Behörden, die damals viele Norweger verschreckt habe, sei auf absehbare Zukunft nicht mehr gegeben. Tatsächlich brauchten die Skandinavier heute kaum noch zu fürchten, in Brüssel überstimmt zu werden. Auch die Gründungsmitglieder der EG wollen immer weniger auf nationale Entscheidungsbefugnisse verzichten. Dabeizusein wäre also für Oslo kein großes Risiko mehr. Fraglich ist allerdings, ob es sich für ein „Europa à la carte" überhaupt noch lohnt; bloße Regierungskooperationen schaffen nämlich keinen Gemeinsamen Markt.

WIRTSCHAFTSLAGE / Münchner Konjunkturforscher und das Wirtschaftsministerium geben divergierende Prognosen

Ifo-Institut befürchtet für das nächste Jahr ein Ende des Aufschwungs

DANKWARD SEITZ, **München**

Erhebliche Risiken drohen nach Ansicht des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung der konjunkturellen Erholung im kommenden Jahr. Sollte sich der momentan steigende Zinstrend fortsetzen, besteht sogar die Gefahr, daß der Aufschwung im zweiten Halbjahr ins Stocken gerät. Mit dem Auslaufen bauwirtschaftlicher Impulse (Investitionszulage) und dem Nachwirken konsumdämpfender Maßnahmen könnte es dann 1985 frühzeitig zu einem erneuten Abschwung kommen.

Die größten Gefahren gehen, wie es in der jüngsten Konjunkturanalyse des Instituts heißt, von den massiven Konsolidierungsmaßnahmen der öffentlichen Haushalte aus, auch wenn dieser Kurs grundsätzlich für richtig gehalten wird. Die Einnahmen des Staates werden zwar mit reichlich fünf Prozent stärker steigen als in diesem Jahr, die öffentlichen Ausgaben aber bei weiterhin nur mäßig expandierendem Staatsverbrauch und lediglich schwach wachsenden Investitionen nur um 2,5 bis drei Prozent zunehmen (1983: plus 3,5 Prozent). Erwartet wird ein Abbau des Defizits um 15 (1983: vier) Milliarden auf 35 Milliarden Mark – einschließlich der Gewinnablieferung der Bundesbank wird das Gesamtdefizit sogar um rund 20 Milliarden Mark reduziert werden können.

Angesichts dieser Entwicklung wird, so das Ifo, die in der ersten Jahreshälfte 1984 bei schwacher Realeinkommenszunahme und lediglich noch leicht sinkender Sparquote ohnehin nur moderate Aufwärtstendenz des privaten Verbrauchs vermutlich im zweiten Halbjahr zu Ende gehen. In dieser Phase kumulierten sich Maßnahmen, die das verfügbare Einkommen belasten: Reduzierung des Rentenanpassungssatzes auf 1,3 Prozent, Erweiterung der Sozialbeitragspflicht auf Sonderzahlungen und Verschiebung der Beamtengehälter. Im Jahresdurchschnitt dürfte der reale private Verbrauch daher nur um ein halbes Prozent über dem Niveau von 1983 liegen.

Nicht ohne Konsequenzen wird dies nach Meinung der Konjunkturforscher für die Investitionstätigkeit bleiben. Die Ausrüstungsinvestitionen, bei denen 1984 ohnehin der stimulierende Einfluß der Investitionszulage wegfällt, werden durch die neuerliche Verbrauchsschwäche gedämpft. Mit einem realen Anstieg in der Größenordnung von zwei Prozent werden *sie* den Erholungsprozeß kaum stützen können.

Bei aller Notwendigkeit zur Konsolidierung erscheint dem Ifo daher die geplante Erhöhung der Abgabenlast ohne ausgleichende Entlastung bedenklich, weil dadurch eine zusätzliche Senkung der Leistungsbereitschaft und eine verstärkte Abwanderung in die Schattenwirtschaft provoziert wird. Aus gesamtwirtschaftlichen Gründen sollte lieber entweder eine zeitliche Verschiebung bei den Konsolidierungsmaßnahmen in Kauf genommen oder Teile der angekündigten Einkommensteuer-Reform vorgezogen und die umfassende Reform verbindlich für Anfang 1985 zugesagt werden.

Insgesamt rechnen die Münchner Forscher damit, daß sich die gesamtwirtschaftliche Produktion im Laufe des Jahres 1984 wieder verlangsamen und die konjunkturelle Belebung sich abschwächen wird. Darüber dürfe auch ein durchschnittlicher Zuwachs des realen Bruttosozialprodukts um etwa 1,5 Prozent nicht hinwegtäuschen. Die Arbeitslosigkeit werde das ganze Jahr über zunehmen; im Jahresdurchschnitt werden 2,5 Millionen Personen arbeitslos sein.

Für das zweite Halbjahr 1983 erwartet das Wirtschaftsforschungsinstitut noch, daß sich der Erholungsprozeß fortsetzt und etwas festigt. Die Anregungen kämen nun aber weniger vom privaten Verbrauch, dafür aber in stärkerem Maße von den Investitionen. *Ein großer Teil der durch die* Investitionszulage ausgelösten Aufträge sei noch nicht abgewickelt. Zudem dürften viele Unternehmen versuchen, der Investitionshilfeabgabe zu entgehen. Insgesamt könnte das Vorjahresniveau der Ausrüstungsinvestitionen im zweiten Halbjahr daher um sechs bis sieben Prozent und im Jahresdurchschnitt um vier Prozent überschritten werden.

Schlecht: Erholungsprozeß wird sich 1984 fortsetzen

H.HECK/K. SÖHLER, **Bonn**

Wirtschafts-Staatssekretär Otto Schlecht ist zuversichtlich, daß der seit Herbst 1982 zu beobachtende konjunkturelle Aufschwung sich im zweiten Halbjahr 1983 und auch im kommenden Jahr fortsetzen wird. In einer „nüchternen Zwischenbilanz" *hielt Schlecht gestern zwar an der* offiziellen Prognose des Jahreswirtschaftsberichts mit 0,5 Prozent realem Wirtschaftswachstum für 1983 fest, erwartet aber „eher mehr". Der Erholungsprozeß werde künftig weniger vom privaten Verbrauch als vielmehr von den Ausrüstungsinvestitionen der Bauwirtschaft und auch dem Export getragen. Er erwartet, daß die Ausfuhren „wieder stärker in den Sog der weltwirtschaftlichen Erholung kommen". Dabei unterstütze die Stärke des Dollar die deutsche Exportfähigkeit.

Zwar werde die Arbeitslosigkeit weiter steigen. Doch sieht Schlecht auch „begrenzte Reaktionen am Arbeitsmarkt". Das Anstiegstempo der Arbeitslosenzahlen sei inzwischen „deutlich schwächer", und die Kurzarbeit gehe zurück. Die Beschäftigtenzahl nehme zwar zu, könne jedoch die demographische Entwicklung (geburtenstarke Jahrgänge) nicht kompensieren. Schlecht erteilte erneut beschäftigungspolitischen Programmen eine Absage. Wichtiger sei es, die Marktkräfte zu stärken, zum Beispiel durch Entbürokratisierung und „Entrümpelung" der die Wirtschaft hemmenden Bestimmungen. Dem Risikokapital müßten größere Chancen eingeräumt werden.

Nach Meinung Schlechts ist die Lohnpolitik 1983 „auf dem richtigen Weg". Auf mehrere Jahre hinaus sei es nötig, die Entwicklung der Reallöhne „etwas unter der der Produktivität" zu halten und diese beschäftigungsorientierte Lohnpolitik durch die Vermögenspolitik und „intelligente *Lösungen" bei der Arbeitszeit* zu flankieren.

Skeptisch zeigte sich Schlecht in der Frage eines nachhaltigen Subventionsabbaus. Die Landwirtschaft könne man hierbei „vergessen". Das Gros der übrigen Subventionen fließe in Kohl, Stahl und Schiffbau. Dort mache die Entwicklung (vor allem Stahl) eher höhere Subventionen erforderlich, die er bei Stahl mit Blick auf Praktiken anderer EG-Staaten ausdrücklich verteidigte. „Wir tun zu viel für unrentabel gewordene Strukturen und zu wenig für Zukunftsinvestitionen", meinte Schlecht kritisch.

Zugleich plädierte er dafür, steuerliche Subventionen abzubauen und die daraus fließenden Mehreinnahmen zur Finanzierung der Lohn- und Einkommensteuertarifreform zu verwenden. Schlecht *begrüßt* „nachdrücklich" die Ankündigung des Finanzministers, hierüber Anfang 1984 zu entscheiden. Zum Termin des Inkrafttretens wollte er sich jedoch nicht äußern. Er nannte die Reform einen „wirtschaftspolitischen Joker", den man erst ausspielen solle, wenn die übrigen Karten schlecht seien. „Nicht ausgeschlossen" sei, daß die Reform erst 1987 in Kraft trete.

Neue Theorien gesucht

Von HORST-A. SIEBERT, Washington

Ratlos, so scheint es, stehen die Politiker zu beiden Seiten des Atlantiks der Krise gegenüber, in der das westliche Währungssystem steckt. Auf dem Wirtschaftsgipfel in Williamsburg war vage angedeutet worden, daß man über ein zweites Bretton Woods nachdenken wolle, aber es geschieht nichts. Dabei werden die neuen Ideen gerade jetzt dringend gebraucht, weil die Konsequenzen der Erschütterungen an den Devisenmärkten, die zu einer völligen Verzerrung der Wechselkurse und damit der Kaufkraftparitäten geführt haben, nicht mehr abzusehen sind.

Zugleich muß gefragt werden, wo denn die Wirtschaftstheoretiker bleiben, die den Politikern einen Weg aus dem Dilemma weisen könnten. Es gibt sie, und zwar vor allem in den USA, wo man seit langem nach einem Ersatz für den gescheiterten Keynesianismus und Monetarismus sucht.

Gesucht wird ein System, das eine strenge Verbindung zwischen den nationalen und internationalen Politiken eines Landes schafft. Dazu gehört auch, wie es Robert Triffin kürzlich formulierte, die Beseitigung des „extravaganten Privilegs" der Vereinigten Staaten, die keiner Zahlungsbilanzdisziplin unterworfen sind, weil der Dollar die mit Abstand wichtigste Reservewährung ist. Für Triffin kann Washington durch die Akkumulierung von Dollaranlagen durch ausländische Noten- und Geschäftsbanken mühelos alle Haushalts- und Zahlungsbilanzdefizite finanzieren.

Da es letztlich das von den Zentralbanken gedruckte Geld ist, das über Zinsdifferenzen und Preisveränderungen die Erdbeben an den Devisenmärkten auslöst, hat Ronald McKinnon von der Stanford-Universität die Theorie der „Welt-Geldversorgung" entwickelt, „die den Schlüssel für Wirtschaftswachstum und Preisstabilität darstellt". Für McKinnon ist es ein schwerer Fehler, nur auf die monetären Aggregate eines einzelnen Staates zu starren. Er wirft den Monetaristen vor, *die Politiker* dadurch jahrelang irregeführt zu haben.

Folgt man McKinnon, dann läßt sich eine relativ stabile globale Geldversorgung, die Amerikas Zinsen drücken, den überbewerteten Dollar schwächen und die Schuldenlast der Entwicklungsländer erleichtern würde, auf einfache Weise erreichen: Die USA, Deutschland und Japan, auf die insgesamt 61 Prozent der Produktion der Industriestaaten entfallen, müßten ihre geldpolitischen Zielkorridore aufeinander abstimmen.

Abgesehen davon, daß es schon ein Fortschritt ist, wenn Professoren statt komplizierter Modelle einfache Erklärungen anbieten, sollte man McKinnons Denkanstoß nicht vorschnell verwerfen. Er hat zum Beispiel herausgefunden, daß die Geldbewegungen in den zehn größten Industrienationen, die zwei gigantischen Inflationsschübe in den 70er Jahren und die 1981 begonnene schwere Weltrezession exakt vorausgesagt haben. Das kann in der Tat kein statistischer Zufall sein.

Nach dem McKinnon-Konzept müßten die USA, um die derzeitigen Ungleichgewichte zu korrigieren, ihren expansiven Geldkurs fortsetzen, während die Bundesrepublik und Japan auf die monetäre Bremse treten. Der Reparaturprozeß ist beendet, wenn die Wechselkurse der wichtigsten Valuten sich über den Markt neu angepaßt haben, die Verzerrungen also beseitigt sind. Der Bundesrepublik und Japan rechnet McKinnon vor, daß sich der Verzicht auf wirtschaftliches Wachstum als Ergebnis der gedrosselten Geldzunahme lohnt, und zwar wegen des realistischen Dollarkurses, des günstigeren Zinsbildes und des erleichterten Schuldendienstes seitens der Dritten Welt.

McKinnons Rezeptur ist nur eine von vielen, wobei anzumerken ist, daß eine größere geldpolitische Kooperation sowieso nicht schaden kann. Der Jammer ist nur, daß keine Regierung oder Notenbank Wert auf monetäre Ratschläge anderer Länder legt. Gottfried Haberler sieht nach wie vor ein System fixer Wechselkurse als ideal an, vorausgesetzt, es wird durch frei konvertible Währungen erreicht. Triffin plädiert weiterhin für die Schaffung einer wirklichen internationalen Reservewährung – eine *Lösung, die nichts anderes zum Ziel* hat als die Abkehr vom unzuverlässigen Dollar. Kein Zweifel, es muß etwas geschehen, und Eile ist geboten. Wie es in den USA aussieht, ist vor 1985 nicht an einen Abbau der riesigen Haushaltsdefizite zu denken. Immerhin ist im November kommenden Jahres Präsidentenwahl.

AUF EIN WORT



„Wir lösen die Probleme nicht, indem wir allein der Tradition wegen an etwas festhalten. Wir lösen sie aber auch nicht, wenn wir im Namen des mißverstandenen Fortschritts die Dinge bloß anders, aber nicht besser machen."

Dr. Konrad Vilgertshofer, Vorstandsvorsitzender der Bayerischen Raiffeisen-Zentralbank AG, München. FOTO: DIE WELT

„DDR"-WIRTSCHAFT

Wirtschaftsablauf durch Devisenmangel behindert

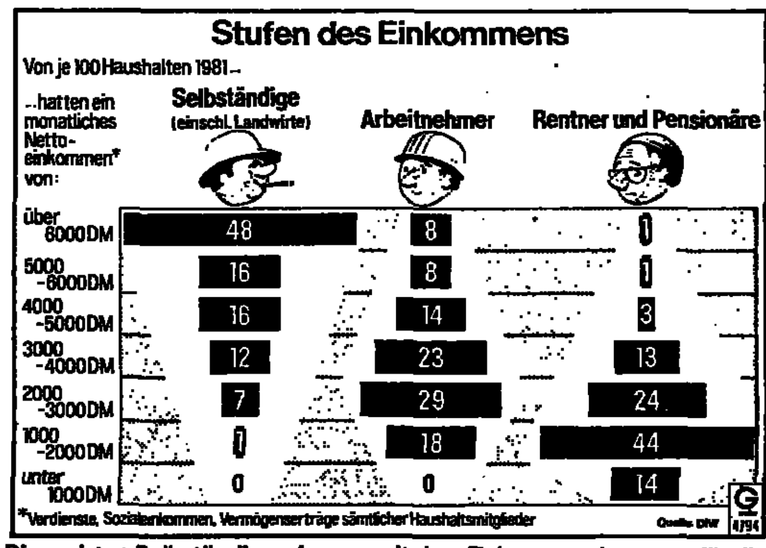
PETER WEERTZ, **Berlin**

In der Mitte des gegenwärtigen Fünfjahresplans 1981–85 sind nach Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der „DDR" unverändert: Knappheit an Energie und Material (Rohstoffe) erschwerten den Wirtschaftsablauf. Exportsteigerungen zum Abbau der Verschuldung gegenüber westlichen Ländern hätten absoluten Vorrang vor der Belieferung der eigenen Betriebe und der Versorgung der Bevölkerung. Es sei jedoch gelungen, einen weiteren Rückgang des Wirtschaftswachstums zu verhindern.

Der ungebundene Finanzkredit Bonns von einer Milliarde Mark an Ost-Berlin werde voraussichtlich dazu benutzt, so das Berliner Institut, Zinsen und Tilgungen der fälligen Kredite zu begleichen. Für den innerdeutschen Handel seien keine zusätzlichen Impulse zu erwarten. Nach Angaben des Instituts hat Ost-Berlin bis März 1983 seine Verschuldung gegenüber westlichen Banken von 10,09 auf 8,15 Milliarden Dollar verringert, allerdings ohne Lieferantenschulden. Bis Ende 1983 sind 40 Prozent der Bankverbindlichkeiten fällig oder 3,56 Milliarden Dollar als Tilgungen zu leisten. Seit Anfang 1982 leidet Ost-Berlin unter Devisenmangel und müsse deshalb die Importe aus westlichen Ländern erheblich reduzieren.

Wie das Institut außerdem mitteilt, widersprechen die Angaben des Ostberliner Halbjahresberichts zum Teil den statistischen Ergebnissen der Partnerländer. Das produzierte Nationaleinkommen hat zwar um vier statt wie im Vorjahr um drei Prozent im ersten Halbjahr zugenommen, beim Export war die Zunahme jedoch geringer als gemeldet (plus 15 Prozent).

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Die meisten Selbständigen fangen mit dem Einkommen da an, wo für die Arbeitnehmer zum größten Teil schon Schluß ist: bei 5000 Mark im Monat. 48 Prozent der Selbständigen verdienen über 6000 Mark im Monat. Das Gros der Angestellten (29 Prozent) kommt auf ein Monatsgehalt von 2000 bis 3000 Mark.

QUELLE: GLOBUS

„Zwangsanleihe-Zahlung auf Sperrkonto möglich"

Hamburg (dpa/VWD) – Arbeitnehmer, die Investitionshilfeabgabe – die sogenannte Zwangsanleihe – zahlen müssen, können nach Ansicht des Präsidenten des Hamburger Finanzgerichts, Reimer Voß, unter Umständen jetzt von ihrem Arbeitgeber verlangen, diese Abgabe nicht mehr ans Finanzamt abzuführen. Bis das Bundesverfassungsgericht über die Zulässigkeit des Investitionshilfegesetzes entschieden habe, könnten die Gelder auf ein Sperrkonto eingezahlt werden, so daß sie Zinsen tragen. Diese Schlußfolgerung legt nach Meinung von Voß ein vorläufiger Beschluß des Hamburger Finanzgerichts nahe, das in einer am Freitag vergangener Woche veröffentlichten Entscheidung „ernstliche Zweifel" an der „Verfassungsmäßigkeit des Investitionshilfegesetzes" geäußert hat. Der Richter gab aber zu bedenken, daß der Beschluß eines jeden Gerichts immer nur bindende Wirkung für die Beteiligten des Verfahrens habe.

Leichte Umsatzeinbuße

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Versandhandel in der Bundesrepublik hat im ersten Halbjahr 1983 eine Umsatzeinbuße von einem Prozent erlitten. Die zehn großen Vollsortimenter schnitten mit *minus 2,3* Prozent noch schlechter ab, teilte der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes des Deutschen Versandhandels, Peter Fritsche, mit. Umsatzzuwächse von durchschnittlich 4,7 Prozent melden dagegen die vorwiegend kleineren Spezialversender. Der Vertreter-Versandhandel erzielte ein Plus von 2,5 Prozent.

Regelung verlängert

Brüssel (AFP) – Die EG hat sich bereit erklärt, das Arrangement der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) über die Exportkredite bis zum 31. Oktober zu verlängern. Dies wurde in Brüssel bekannt. Der Ministerrat hatte am 11. Juli in der Exportkreditfrage als Folge der Opposition *Frankreichs* und *Italiens* keine Einigung erzielt.

Israel wertet ab

Jerusalem (dpa/VWD) – Israel hat mit sofortiger Wirkung seine Landeswährung, den Shekel, um 7,5 Prozent gegenüber dem US-Dollar abgewertet. Die neue Kursrelation beträgt jetzt nach Angaben der israelischen Zentralbank 57,13 Shekel je Dollar. Wie es *heißt*, soll damit ein erster Schritt im Rahmen des Wirtschaftsprogramms zur Bekämpfung der dreistelligen Inflationsrate, die zuletzt 125 Prozent betrug, und zur Ankurbelung des Exports unternommen werden.

Banken fordern Antwort

Frankfurt (rtr) – Die westlichen Gläubigerbanken haben von Polen eine konkrete Antwort auf ihre Umschuldungsvorschläge bis zum Freitag verlangt, bevor sie einer weiteren Verhandlungsrunde zustimmen. Dies verlautete aus Bankkreisen. Nach den im Juli unterbreiteten Vorschlägen der westlichen Banken soll Polen eine zehnjährige Frist zur Rückzahlung von 95 Prozent der 1,5 Milliarden Dollar 1983 fälliger Tilgungen bei einer Verzinsung von 1⅞ Prozent über der Londoner Interbankenrate (Libor) *eingeräumt* werden. Darüber *hinaus* würde Polen 60 Prozent der 1983 fälligen Zinsen von 1,1 Milliarden Dollar in Form von Handelskrediten zurückerhalten.

Mehr Hypotheken-Zusagen

Bonn (rtr) – Die neuen Hypotheken-Zusagen der Sparkassen haben in den ersten sechs Monaten dieses Jahres den bisher höchsten Betrag eines ersten Halbjahres seit der Währungsreform erreicht. Nach Angaben des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes wurden von den Sparkassen Hypothekendarlehen für den Wohnungsbau in Höhe von 10,3 Milliarden Mark neu zugesagt, fast doppelt soviel wie im Vorjahreszeitraum. Die Auszahlungen lagen im Berichtszeitraum mit 8,2 Milliarden DM um fast 70 Prozent über dem Vorjahreswert.

Fristverkürzung abgelehnt

Bonn (dpa/VWD) – „Schwerwiegende Bedenken" gegen die erwogene Kürzung der prämienrechtlichen Sperrfrist bei Bausparverträgen von derzeit zehn Jahren auf sieben Jahre hat der Präsident des Bundesverbandes Deutscher Banken, Hans Schroeder-Hohenwarth, in einem Schreiben an Bundesbauminister Oscar Schneider geäußert. Die längere Festlegungsfrist sei 1981 eingeführt worden, damit die Prämiensparer nicht zur Erlangung der staatlichen Prämie zum Bausparen überwechseln. Mit einer Verkürzung der Festlegungsfrist würden Spargelder zugunsten der Bausparkassen umgelenkt.

1984 nur geringe Lohnerhöhungen?

rtr, **Hamburg**

Das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung rechnet in der Bundesrepublik Deutschland für 1984 mit ähnlich niedrigen Lohnabschlüssen wie 1983. In einer Konjunkturprognose des Instituts heißt es, Grund für diese Erwartung seien die voraussichtlich nicht sehr starke Konjunkturbesserung und die weiterhin hohen Arbeitslosenzahlen. In den nächsten Monaten spreche alles für einen nur mäßigen Preisanstieg, da der Spielraum für Preiserhöhungen bei den Unternehmen durch anhaltenden Wettbewerbsdruck trotz konjunktureller Besserung nur allmählich geringer werde. Für den Durchschnitt des Jahres 1983 rechnet das HWWA mit einer Inflationsrate von rund drei Prozent.

STAHLHANDEL

Restriktionen bremsen EG-Exporte in die USA

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Als scharfe Exportbremse erweisen sich die im vergangenen Herbst zwischen den USA und der EG vereinbarten „freiwilligen" Lieferbeschränkungen für Massenstahl. Nach übereinstimmenden Statistiken der Verbände der amerikanischen Stahlimporteure und Stahlindustrie sind die Bezüge aus Westeuropa in den ersten sechs Monaten dieses Jahres, verglichen mit der gleichen Zeitspanne 1982, um 43,6 Prozent auf 1,78 Millionen Net Tons gesunken.

Insgesamt importierten die USA im ersten Halbjahr mit nur 9,41 Millionen Tonnen 23,5 Prozent weniger Stahl. Japans Lieferungen fielen von 3,08 auf 1,75 Millionen Tonnen zurück. Zum erstenmal haben Entwicklungsländer wie Brasilien, Argentinien und Südkorea Amerikas traditionelle Lieferanten mit 2,56 Millionen Tonnen (plus 16,4 Prozent) überholt. Damit bestätigt sich die Besorgnis, daß es in der Hauptsache die Konkurrenz der Dritten Welt ist, die wegen der niedrigen Lohnkosten der US-Stahlindustrie zu schaffen macht.

Der Anteil von Auslandsstahl am amerikanischen Verbrauch hat sich gleichzeitig stark verringert von 22,6 auf 18,5 Prozent. Der Verband der US-Stahlindustrie gibt die Auslastung der eigenen Kapazitäten für Juni mit 55 Prozent an; nach seinen Angaben erreichte die Rohstahlproduktion von Januar bis Juni nur 40,11 (42,68) *Millionen Tonnen. Die* durchschnittliche Auslastung betrug 53,6 (55,9) Prozent. Protestiert hat der Importeurverband gegen die „Buy-American"-Vorschriften der US-Autobahnbehörde. Sie würden den Steuerzahler in diesem Jahr 170 und 1986 rund 700 Millionen Dollar kosten.

WÄHRUNGSRESERVEN

Bundesbank: Vorbelastung mit Kreditzusagen sehr hoch

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Einer weiteren Ausdehnung ihrer Eventualverpflichtungen gegenüber *internationalen* Finanzorganisationen seien gewisse Grenzen gesetzt, die im Interesse der jederzeitigen Verfügbarkeit der nationalen Währungsreserven beachtet werden müssen, betont die Bundesbank in ihrem neuen Monatsbericht. Sie spielt damit darauf an, daß die nur zum Teil liquiden Forderungen an den Internationalen Währungsfonds von sechs Mrd. DM Ende 1981 auf jetzt 15 Milliarden und damit auf 18½ Prozent ihrer gesamten Reserveaktiva gestiegen sind und daß sich dieser Trend einer Vorbelastung der Währungsreserven als Folge von D-Mark-Ziehungen des IWF im Rahmen seiner Kreditprogramme fortsetzt. Zudem könnte der IWF die Bereitstellung von weiteren maximal gut 17 Milliarden DM verlangen. Bislang hat sich die Bundesbank jedoch noch nicht liquiditätsmäßig eingeengt gefühlt.

In einem Beitrag über den Auslandsvermögensstatus der Bundesrepublik per Ende letzten Jahres rechnet die Notenbank vor, daß das Ende 1981 auf einen Tiefststand von 57 Mrd. DM gesunkene deutsche Nettoauslandsvermögen 1982 um fast zehn Milliarden gestiegen ist. Damit sei die Bundesrepublik wieder auf den Pfad eingeschwenkt, der für ein reifes Industrieland angemessen erscheine. Nach dem Urteil der Bundesbank war die „außenwirtschaftliche *Liquidität*", die für ein Reserveland wegen der Schwankungen in der Währungspräferenz ausländischer Anleger besonders wichtig sei, ausreichend. Kern der Nettoauslandsvermögen blieben die 69 Mrd. DM Währungsreserven der Bundesbank, die als eine Art „Liquiditätsgarantie" das Vertrauen in die Mark untermauerten.

MAXHÜTTE / Bayern zahlt Hilfe von 21 Millionen Mark aus

Das Überleben ist nun gesichert

DANKWARD SEITZ, **München**

Das Verwirr- und Pokerspiel um die Sanierung der zum Duisburger Klöckner-Stahlkonzern gehörende Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte mbH, Sulzbach-Rosenberg/Oberpfalz, ist beendet, ihr Überleben gesichert. Nach monatelangem Tauziehen um die Finanzierungshilfen eines umfangreichen Investitionsprogramms hat gestern das bayerische Wirtschaftsministerium die Auszahlung der bereits bewilligten 21 Millionen Mark angeordnet. Dieser Betrag von insgesamt 24 Millionen Mark war bislang nicht ausgezahlt worden, weil *die Durchfinanzierung der Investition* nicht sichergestellt war und die Klöckner-Werke zum neuen Unternehmenskonzept der Maxhütte und ihrer Produktpalette keine eindeutige Haltung erkennen ließen.

Nach Angaben des bayerischen Finanzministeriums hat man sich nun zur Auszahlung entschlossen, weil in Verhandlungen mit dem Bund und den Klöckner-Werken in den letzten Tagen „konkrete Fortschritte" erzielt worden sind. So habe die Muttergesellschaft am 9. August die Umstrukturierung der Maxhütte „in vollem Umfang" gebilligt und den jederzeit fälligen Schuldsaldo der Maxhütte auf einem konzerninternen Verrechnungskonto – zuletzt waren es insgesamt 50 Millionen Mark – in ein befristetes Darlehen umgewandelt und dadurch einen Beitrag zur Finanzierung des Strukturprogramms erbracht.

Das Bundeswirtschaftsministerium habe versichert, so das bayerische *Finanzministerium*, daß man sich nach Klärung der noch offenen Positionen für eine schnelle Freigabe der Stahlhilfen in Brüssel einsetzen wird. Eine rechtsverbindliche Zusage sei zwar noch nicht möglich, jedoch könne davon ausgegangen werden, „daß es bei gemeinsamer Anstrengung gelingt, die Wettbewerbsfähigkeit der Maxhütte zu sichern". Vorausgegangen war dem die Erklärung der bayerischen Staatsregierung, sich bis zu 50 Prozent an den Stahlhilfen zu beteiligen.

Hintergrund für die dringend erforderliche Hilfe für die Maxhütte ist die angesichts der europäischen Stahlkrise notwendige und bereits eingeleitete Umstrukturierung, die insgesamt rund 280 Millionen Mark erfordert, davon 66 Millionen Mark für Forschung und Entwicklung. Die erste Phase, der Bau einer neuen Stranggießanlage für 162 Millionen Mark, ist schon zu fast 80 Prozent abgeschlossen, doch war die Finanzierung des Projekts bisher nicht sichergestellt.

Insgesamt hat die Maxhütte nach früheren Angaben rund 95 Millionen Mark an öffentlichen Investitionszuschüssen und -beihilfen beantragt. Fast 64 Millionen Mark davon wären nach ihrer Berechnung bis Ende dieses Jahres fällig.

BUNDESBAHN / Analyse der Notenbank

Finanzprobleme nehmen zu

H. G. STÜWE, Bonn

Bei der Bundesbahn wird sich in diesem Jahr der „Marsch in ungünstigere Unternehmensergebnisse fortsetzen". Zu diesem Ergebnis kommt die Deutsche Bundesbank in ihrem *jüngsten Monats*bericht, in dem sie die Finanzentwicklung der beiden großen Bundesunternehmen Bahn und Post analysiert.

Die im Wirtschaftsplan der Bahn für 1983 angesetzten fünf Milliarden Mark Verlust (nach 4,1 Milliarden 1982) sowie die auf 14,5 Milliarden Mark veranschlagte Lücke zwischen Aufwendungen und Erträgen bezeichnet die Bundesbank als „inzwischen nicht mehr ganz aktuell", da die Erträge geringer als erwartet ausfallen dürften. Sollte diese Entwicklung anhalten – und nur drastische Einschnitte nicht zuletzt in das Streckennetz könnten nach Ansicht der Bundesbank daran etwas ändern –, werde die Bahn angesichts der in der mittelfristigen Finanzplanung auf 13 Milliarden Mark jährlich begrenzten Bundeszuschüsse zunehmend gezwungen sein, Fremdmittel aufzunehmen. Der ohnehin schon große Schuldenberg der Bundesbahn könnte sich dann von 36 Milliarden Mark Ende 1982 bis 1987 auf 60 Milliarden erhöhen.

Zwischen einer verstärkten Beanspruchung des Kapitalmarktes durch die Bahn und höheren kreditfinanzierten Bundeshilfen sieht die Bundesbank *hinsichtlich* der negativen gesamtwirtschaftlichen Wirkungen keinen Unterschied: In beiden Fällen gingen Ersparnisse – dafür kosumtive Zwecke eingesetzt – der Investitionsfinanzierung verloren.

Während der Bund im Durchschnitt der letzten drei Jahre jeweils 12,5 Milliarden Mark oder fünf Prozent seines Haushalts an die Bahn zahlte, führte die Bundespost rund vier Milliarden Mark an den Bund ab. Trotzdem konnte die Post in diesem Zeitraum noch durchschnittlich 1,75 Milliarden Mark Gewinn ausweisen. Die Bundesbank bescheinigt ihr denn auch eine ungebrochene Ertragskraft. Allerdings werde eine weitere Ertragsverbesserung dadurch gebremst, daß sich die Zahl der Telefonkunden nur noch relativ schwach ausweiten werde und noch nicht abzusehen sei, *wie schnell die Nachfrage* neuen Angeboten der Post (Bildschirmtext, Breitbandnetze) folgen werde.

MINERALÖLMARKT / Verlust in den Raffinerien liegt bei 60 Mark je Tonne

Mit dem Dollar steigt der Benzinpreis

HANS BAUMANN, Essen

Der Höhenflug des Dollars hat auch dem Benzinpreis neuen Auftrieb gegeben. Bei der elften Preiserhöhung in diesem Jahr (die Runde begann im April), in diesen Tagen um drei Pfennig je Liter Vergasertreibstoff, bei der bisher nur noch Shell fehlt (die aber folgen wird), rückten die Raffinerieabgabepreise in der Bundesrepublik bis auf einen Pfennig an die Preise für Rotterdamer Kraftstoffe heran. Bleibt der Dollar fest, so ist auch von den um einen Pfennig höheren Rotterdamer Benzinpreisen die zwölfte Preiserhöhung bereits programmiert.

Wie stark das Rohöl und seine Produkte auf die Dollar-D-Mark-Parität reagiert, zeigt die Tatsache, daß eine Dollar-Kurserhöhung um fünf Pfennig rechnerisch einer Erhöhung der Produktenpreise aus Rohöl je Liter um einen Pfennig notwendig macht. Da der Dollar aber seit Jahresbeginn um rund 30 Pfennig angezogen hat (von 2,39 auf rund 2,69 Mark), müßte zum Ausgleich der Mehrkosten für Ölimporte in dieser Zeit auch der Liter Produkt aus Rohöl um 6 Pfennig gestiegen sein (ohne Mehrwertsteuer, *die am 1. Juli um 1 Prozent* erhöht wurde).

Doch bei Benzin holte die Ölindustrie am Markt bisher nur fünf Pfennig je Liter; der Nettoerlös liegt also immer noch um einen Pfennig unter dem Erlös für Benzin am 1. Januar 1983. Bei Diesel fehlen den Treibstoffanbietern seit Januar und gemessen an der Verteuerung des Dollars sogar bis heute noch fünf Pfennig je Liter. *Das gleiche gilt für leich*tes Heizöl. Lediglich schweres Heizöl konnte seinen Preis um sieben Mark je Tonne aufbauen.

Gewichtet man die Absatzteile nach den Produkten, so muß man heute feststellen, daß die Durchschnittserlöse der Mineralölwirtschaft um 50 Mark je Tonne Produkte niedriger liegen als Anfang 1983. Da aber der Rohölpreis in dieser Zeit um 25 Mark je Tonne gefallen ist, bleibt ein kalkulatorischer Verlust von 25 Mark je Tonne eingesetztes Rohöl. Da der Markt aber weder beim Vergaserkraftstoff noch beim Mitteldestillat (Diesel und leichtes Heizöl) den Rohölpreisen seit Januar folgen konnte, schätzt die Mineralölwirtschaft ihren Raffinationsverlust auf zur Zeit 50 bis 60 Mark je Tonne Rohöl.

Natürlich richtet sich der Markt nicht unbedingt nach den Kalkulationen. So hat die Ölindustrie von den Benzinpreiserhöhungen seit April nur grob die Hälfte durchsetzen können. Den jetzt aufgelegten drei Pfennigen kann es genau so ergehen, wenn der Dollar nicht so fest bleibt wie in den letzten Tagen und wenn Rotterdam unter den deutschen Raffinerieabgabepreis fallen sollte. Doch beides ist nicht in Sicht. Die US-Konjunktur spricht eher für einen stabilen Dollar und in Rotterdam sind selbst die Spotpreise an die Listenpreise herangerückt. Wie fest der Markt ist, zeigt die Tatsache, daß leichtes Rohöl (Nigeria, Nordsee) um ein bis zwei Dollar je Barrel (159 Liter) angezogen hat. Am deutschen Markt hat sich gegenüber Juli der *Preis für leichtes Heizöl* befestigt. Die Nachfrage wächst in der Sorge, daß der Dollar weiter steigen wird. Zum Benzinpreis in Europa: Auch nach der neuen Preiserhöhung liegen die europäischen Preise (ausgenommen Luxemburg mit der niedrigeren Steuer) um 3 bis 18 Pfennig über denen in der Bundesrepublik.

BRASILIEN / Politiker fordern Zahlungsaussetzung

Weiter Gespräche mit IWF

rtr, Brasilia

Brasilien wird nach Worten eines Sprechers des Außenministeriums an einer Konferenz lateinamerikanischer Länder über die Schuldenprobleme der Region im September in Caracas teilnehmen. Der Sprecher wies Vermutungen zurück, die Konferenz könne zur Bildung eines „Schuldner-Clubs" von Ländern mit hohen Schulden im Ausland führen. Der Sprecher des Außenministeriums, Bernardo Pericas, sagte, bei der Konferenz vom 5. bis 9. September handele es sich nicht um ein Schuldner-Treffen. Ziel der Konferenz sei die Analyse der gegenwärtigen Lage und der Aussichten im Hinblick auf die Auslandsschulden der Region.

Für Mittwoch war ein anderes Treffen von Planungsminister Delfim Netto, Zentralbankgouverneur Carlos Langoni und Finanzminister Ernane Galveas mit einer Delegation des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Brasilia angesetzt. Dabei ging es um letzte Einzelheiten über ein neues Abkommen des Landes dem Fonds, um die Gelder aus einem 4,9-Milliarden-Dollar-Programm freizubekommen.

Das Anhalten der Devisenkrise hat unterdessen zu Forderungen von Politikern und Geschäftsleuten nach Umschuldung oder Aussetzung der Zinszahlungen geführt. So erklärte der Präsident der größten Oppositionspartei Brasilianische Demokratische Bewegung (PMDB), Ulysses Guimaraes, wenn seine Partei einem Wirtschaftsprogramm des früheren Wirtschaftsministers Celso Furtado zustimme, werde er die Verhandlungen der Regierung mit dem IWF vor den Gerichten als verfassungswidrig anfechten. Die PMDB setzt sich für eine Aussetzung aller Schuldenzahlungen über drei Jahre ein.

In Washington verlautete aus Kreisen der Weltbank, das Institut wolle im laufenden Finanzjahr Brasilien für mehrere Entwicklungsprojekte 1,5 Milliarden Dollar an Krediten bereitstellen. Im Finanzjahr 1983, das am 30. Juni auslief, hatte die Weltbank Brasilien die Rekordsumme von 1,45 Milliarden Dollar geliehen.

GROSSBRITANNIEN / Rekord-Einzelhandelsumsätze

Deutliche Preisberuhigung

WILHELM FURLER, London

Gute Nachricht für die britische Regierung sowohl im Bereich der Inflationsbekämpfung als auch bei den Einzelhandelsumsätzen. Während die Erzeugerpreise im vergangenen *Monat lediglich um 0,2 Prozent* gestiegen sind, gingen die Kosten für die Industrie (Rohstoff- und Energiepreise) im Juli sogar um 0,6 Prozent zurück. Gleichzeitig wurde bestätigt, daß die Einzelhandelsumsätze in Großbritannien im Juni eine neue Rekordhöhe erreichten.

Den jüngsten offiziellen Statistiken zufolge erreichte der Index der Einzelhandelsumsätze im Juni den Höchststand von 114,0 (1978 = 100). 1981 hatte er noch bei 106,5, 1982 im Durchschnitt bei 108,2 gelegen.

Damit wird die Hoffnung bestätigt, daß der Konjunktur-Aufschwung in Großbritannien wesentliche Impulse von einer anhaltend starken Verbrauchernachfrage erhalten werde. Finanziert wird ein Großteil der Einzelhandelsumsätze von einer zunehmenden *privaten Kreditaufnahme. Sie stieg* von 812 Millionen Pfund im April über 885 Millionen im Mai auf den Rekordbetrag von 900 Millionen Pfund (3,6 Milliarden Mark) im Juni.

Der Anstieg der Erzeugerpreise um nur 0,2 Prozent im vergangenen Monat deutet darauf hin, daß die Inflationsrate in Großbritannien bis zum Jahresende unterhalb der sechs Prozent gehalten werden dürfte, die von der Regierung im letzten Budget vorausgesagt wurden. Im Juni lag die Preissteigerungsrate aufs Jahr gerechnet bei nur 3,7 Prozent.

VERMÖGENSBILDUNG / Existenzgründungen fördern

CDU fordert Ansparprogramm

GISELA REINERS, Bonn

Der Vorsitzende des Diskussionskreises Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion, Hansheinz Hauser, hat vorgeschlagen, das geplante Vermögensbildungsgesetz durch ein staatlich gefördertes „Ansparprogramm zur Existenzgründung" zu ergänzen. Damit soll die Konsequenz gezogen werden aus den steigenden Zahlen von Existenzgründungen, die von den Handwerkskammern, *der Lastenaus*gleichsbank und den Industrie- und Handelskammern gemeldet werden.

Hauser begrüßte es, daß das neue Vermögensbildungsgesetz es zulasse, daß jemand, der sich selbständig machen will, vorzeitig ohne Prämienverlust über das Angesparte verfügen könne. Bedauerlich sei jedoch, daß *diese Verträge an* Einkommensgrenzen gebunden seien – 24 000 bzw. 48 000 Mark für Verheiratete. Für einen von Hauser geplanten Existenzgründungssparvertrag sollen keine Grenzen gelten. Zehn Jahre lang soll ein abhängig Beschäftigter 3000 Mark jährlich ansparen können – steuerabzugsfähig als Sonderausgabe. Spätestens sechs Jahre nach der Ansparzeit muß dann der Sparer sich selbständig *gemacht haben, sonst* wird nachversteuert. Eine staatliche Prämie soll es nicht geben.

Finanzieren will Hauser sein Programm aus den für die Vermögensbildung bereitgestellten Mitteln in Höhe von 500 Millionen DM jährlich in drei Jahren aus dem Aufkommen der erhöhten Mehrwertsteuer.

NAMEN

Anton Schwarz, bisher Vorstandsmitglied der Löwenbräu AG, wurde *als Nachfolger des zum 30. September* ausscheidenden **Alfred Wagner**, zum Vorstandssprecher bestellt. Vorstandsmitglied **Helmut W. Huber** verläßt Löwenbräu und wechselt in die Geschäftsführung der Landestreuhand Weihenstephan. Das bisherige Stellvertretende Vorstandsmitglied **Andreas E. Diestel** wurde vom Aufsichtsrat zum ordentlichen und **Albert Riedel** zum stellvertretenden Vorstandsmitglied bestellt.

Hans Philipsen, Geschäftsführer der J. M. Voith GmbH, beging gestern seinen 60. Geburtstag.

Werner J. Mayer, Pressesprecher bei der H. F. & Ph. F. Reemtsma, Hamburg, scheidet zum 1. September aus dem Unternehmen aus. Sein Nachfolger wird **Christian Vogel**.

BAYERISCHE BEAMTEN VERSICHERUNG

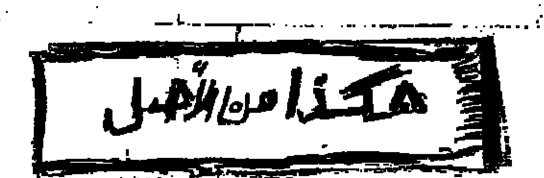
Geringeres Neugeschäft

DANKWARD SEITZ, München

Das für die deutsche Versicherungswirtschaft nicht leichte Geschäftsjahr 1982 hat die Bayerische Beamten Lebensversicherung a. G., München, relativ gut überstanden. Wie die gesamte Branche mußte allerdings auch sie angesichts der schwachen Konjunktur einen Rückgang beim eingelösten Neugeschäft von 8,8 Prozent auf 890,6 Mill. DM hinnehmen. Insgesamt erhöhte sich der Versicherungsbestand bei einer von 4,4 auf 5,1 Prozent gestiegenen Stornoquote noch um 5,2 Prozent auf 9,17 Mrd. DM. Die durchschnittliche Versicherungssumme des Bestands nahm auf 11 770 (11 025) DM zu.

Die Prämieneinnahmen wuchsen um 5,4 Prozent auf 312,5 Mill. DM. An Versicherungsleistungen wurden mit 136,3 Mill. DM rund 37,4 Prozent mehr aufgewandt. Zu dem verbesserten Gesamtüberschuß von 175,6 Mill. DM (plus 15,3 Prozent) trugen vor allem die Vermögenserträge bei, die bei 2,82 (2,55) Mrd. DM Kapitalanlagen um 20,7 Prozent auf 214,8 Mill. DM gestiegen sind. Die Durchschnittsrendite wird mit 8,0 (7,5) Prozent angegeben. Aus dem Überschuß flossen 172,6 (149,8) Mill. DM in die Rückstellungen für Beitragsrückerstattung, die nun mit 465,4 (plus 19,7 Prozent) Mill. DM zu Buche stehen.

Der Sachversicherer der Gruppe, die Bayerische Beamten Versicherung AG, erzielte einen versicherungstechnischen Gewinn von 4,45 (6,04) Mill. DM. Die Beitragseinnahmen stiegen um 8,5 Prozent auf 38 Mill. DM. Für Schäden mußten 11,4 (8,9) Mill. DM aufgewandt werden. Aus dem Jahresüberschuß von 3,0 (3,2) Mill. DM gingen 1,5 (1,6) Mill. DM in die freien Rücklagen.



BUNDESPOST / „Gerade noch zufrieden"

Keine Gebührenerhöhung

GISELA REINERS, Bonn

Als „gerade noch zufriedenstellend" hat Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) das Jahresergebnis 1982 der Deutschen Bundespost bezeichnet. Der Jahresüberschuß von 2,7 Milliarden Mark (Gewinn: 1,7, für Rücklagen 1 Milliarde) werde zur Investitionsfinanzierung verwendet. Der Unternehmenserfolg sei deshalb nur knapp befriedigend, weil das Eigenkapital nicht marktgerecht verzinst werden könne. Für 1983 sei eine ähnliche Entwicklung zu erwarten. Eine Erhöhung von Porto und Gebühren werde es vorerst nicht geben, sagte der Minister, das heiße: nicht 1983 und auch nicht Anfang 1984.

Das Unternehmensziel der vollen Kostendeckung sei 1982, so Schwarz-Schilling, um 107 Millionen verfehlt worden. Im Fernmeldebereich habe es eine Überdeckung von 111 Prozent, im Postwesen jedoch eine Unterdeckung von 85 Prozent gegeben. Die Zunahme der Telefonhauptanschlüsse um rund 950 000 auf rund 23 Millionen sei um ein Drittel niedriger ausgefallen als im vergangenen Jahr. Deshalb werde sich die Post bemühen, neue Ertragsquellen durch das Angebot neuer Dienstleistungen zu erschließen. Dazu zähle vor allem die bundesweite Einführung von Bildschirmtext, die Breitbandverkabelung, der Service 130 (Anruf auf Kosten des Angerufenen) und die Telefonweiterschaltung. Auch müsse weiter rationalisiert werden.

Eine Privatisierung von Teilen des Fernmeldebereichs, wie sie in Großbritannien vorgesehen ist, lehnte der Minister ab. Das sei nach der deutschen Verfassung nicht möglich. Allerdings werde man sich bemühen, das Fernmeldeanlagengesetz großzügig auszulegen. Er werde das Postmonopol dort lockern und dynamisch anwenden, wo es die Wirtschaft behindere, aber es dort beibehalten, wo es vernünftig sei. Zur Zeit beschäftigt die Post 30 000 Lehrlinge (von insgesamt 54 000 Mitarbeitern in 1982). 12 430 Auszubildende würden in diesem Jahr ihre Prüfung ablegen. Zwei Dritteln könne man einen ausbildungsgerechten Arbeitsplatz anbieten, der Rest könne zwar nicht der Ausbildung entsprechend beschäftigt werden, jedoch bei der Post bleiben. Dieses Angebot werde man 1984 nicht mehr machen können.

HOLZMANN-HV / Wieder Kritik an Hochtief

Kapazitäten gut ausgelastet

rtr, Frankfurt

Die 20prozentige Beteiligung des Essener Baukonzerns Hochtief AG am größten Konkurrenten Philipp Holzmann AG, Frankfurt, paßt nach Ansicht des Aufsichtsratsvorsitzenden von Holzmann, Wilfried Guth, „nicht in die Landschaft". Obwohl es sich um eine reine Finanzanlage handele, habe die Tatsache im Ausland zu Fehldeutungen über die Wettbewerbsposition beider Unternehmen geführt. Dieser Zustand könne deshalb nicht von Nutzen sein, sagte Guth, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, vor der Holzmann-Hauptversammlung. Bisher habe jedoch Hochtief noch keine Verkaufsabsichten für das Aktienpaket signalisiert. Erst wenn dies der Fall sei, könne man auch über Lösungen zur Plazierung der Aktien sprechen.

Holzmann hat im bisherigen Jahresverlauf deutliche Zuwächse im Inlandsgeschäft verbucht, rechnet aber im Ausland mit weiteren Rückgängen, erklärte Vorstandsvorsitzender Hermann Becker. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres habe man im Konzern Inlandsaufträge von insgesamt 1,8 Mrd. DM verbuchen können, 49 Prozent mehr als in der gleichen Vorjahreszeit. Die Inlandsbauleistung im Konzern sei bis Ende Juli auf 1,3 Mrd. DM gestiegen, womit sie 6 Prozent über dem Vorjahresniveau lag, sagte Becker. Der Auftragsbestand habe sich seit Jahresbeginn um 26 Prozent auf 2,3 Mrd. DM erhöht und sichere eine weitgehende Auslastung der inländischen Betriebe bis in das kommende Jahr hinein.

Im Auslandsbau zeichne sich jedoch auch 1983 eine deutliche Abschwächung ab, erklärte Becker weiter. Holzmann konnte im Ausland (ohne USA) bis jetzt Aufträge im Gesamtwert von 1,1 Mrd. DM verbuchen. Die Auslandsleistung (ebenfalls ohne USA) habe sich bis Juli auf 1,5 Mrd. DM belaufen, gegenüber 1 Mrd. DM im Vorjahr.

BANKEN / Möglichkeiten der Risikovorsorge und Eigenkapitalstärkung wurden weitgehend genutzt

Die Gewinnquellen sprudeln immer munterer

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Das deutsche Kreditgewerbe hat keinen Grund, über zu dürftige Erträge zu klagen wie noch manche anderen Zweige der Wirtschaft. Ganz im Gegenteil. Seine Gewinnquellen sprudelten zumindest in der ersten Hälfte dieses Jahres noch munterer als 1982, wie die Zwischenberichte der Großbanken und anderer Institute zur Jahresmitte zeigen. Sie vermeldeten durchweg zweistellige Zuwachsraten bei den Teilbetriebsergebnissen aus dem laufenden Geschäft, wobei die Überschüsse aus dem Zins- und Provisionsgeschäft natürlich schon um den Personal- und Sachaufwand gekürzt sind.

Daß die Steigerung dieser Teilbetriebsergebnisse bei der Commerzbank (plus 68 Prozent) und der Dresdner Bank (plus 36 Prozent) höher ausfällt als bei der Deutschen Bank (bei gleicher Berechnungsmethode plus 18 Prozent), bedeutet freilich nicht, daß sie besser gewirtschaftet haben als die größte deutsche Bank, die unbestritten auch in puncto Ertragsstärke die Nummer Eins ist. Die beiden kleineren Großbanken gehen bei der Berechnung der Ertragssteigerungsprozente lediglich von einer niedrigeren Ausgangsbasis aus, in der sich noch frühere „Schieflagen" spiegeln.

Auch der Eigenhandel, vor allem mit Wertpapieren, dessen Gewinne in den Teilbetriebsergebnissen nicht enthalten sind, brachte nochmals höhere Einnahmen. Inclusive dieser Gewinne meldet die Deutsche Bank für das erste Halbjahr ein Plus von einem Achtel, die Dresdner Bank ein um ein Drittel höheres Betriebsergebnis.

Man könnte – auch schon für 1982 – von einer Art Gewinnexplosion bei den Banken sprechen, wenn es da nicht noch erhebliche Brocken für Abschreibungen und Wertberichtigungen auf unsichere oder faule Kredite im In- und Ausland zu verkraften gäbe, die einiges vom schönen Glanz der guten Betriebsergebnisse abkratzen. Auch in diesem Jahr wieder. Und zwar nicht nur, weil immer mehr internationale Großschuldner nicht oder nicht pünktlich zahlen, sondern auch, weil die Pleitenwelle im Inland noch hochschwappt. Und das spüren besonders auch die im mittelständischen Kreditgeschäft engagierten Banken, wie zum Beispiel die Sparkassen.

Dennoch spricht alles dafür, daß das Bankenjahr 1983 ertragsmäßig noch besser wird als der letzte Jahrgang. Freilich wird man die Halbjahresgewinne nicht auf das ganze Jahr hochrechnen dürfen. Denn einmal sieht es so aus, als werfe das Effektengeschäft nach dem „Ausatmen" der Börse nicht mehr so viel ab. Vor allem aber verteuern sich die Geldeinstandskosten, nachdem der lange Zinsrückgang inzwischen von einem Wiederanstieg der Zinsen abgelöst worden ist. Im billigen Geldeinkauf liegt jedoch bekanntlich der wichtigste Schlüssel zum guten Gewinn im Kreditgewrbe.

Das war bereits im letzten Jahr so. Und so schreibt denn die Bundesbank in einer Analyse der deutschen Bankenerträge 1982 im neuen Monatsbericht, die Banken verdankten ihre „hervorragenden Abschlüsse" vor allem der Tatsache, „daß die Zinsen für Neukredite nicht ebenso schnell sanken wie die Geldbeschaffungskosten". Sie bescheinigt ihnen, daß sie 1983 allgemein in der Lage sein dürften, die im heimischen und internationalen Kreditgeschäft liegenden Risiken ausreichend abdekken zu können.

Nach Berechnung der Bundesbank bescherte die Risikovorsorge dem Kreditgewerbe bereits im letzten Jahr über 12 Mrd. DM Aufwand, 35 Prozent mehr als 1981. Tatsächlich war er noch um einiges höher, weil die aus den Bilanzen ersichtlichen Zahlen bereits mit anderen Erträgen, hauptsächlich Effektenhandelsgewinnen, verrechnet sind. Selbst dieser durch Kompensationen fühlbar nach unten gedrückte Aufwand für die Risikovorsorge verzehrte 1982 rund die Hälfte des um 36 Prozent auf gut 25 Mrd. DM gestiegenen Teilbetriebsergebnisses der Banken, das sich gegenüber dem für viele Institute miserablen Jahr 1980 sogar fast verdoppelt hat.

Dennoch blieb im deutschen Kreditgewerbe unter dem Strich ein Jahresüberschuß vor Steuern von 16,6 Mrd. DM übrig (30 Prozent mehr als 1981), in dem neben dem Teilbetriebsergebnis auch die sonstigen außerordentlichen Erträge und Aufwendungen erfaßt sind, also hauptsächlich Risikovorsorge und Handelsgewinne, und dies, obwohl das Geschäftsvolumen aller Institute lediglich um 7,8 Prozent zugenommen hat. Die Rentabilität hat sich also deutlich verbessert, wovon der Fiskus mit 10,3 (7,5) Mrd. DM Steuern vom Ertrag, Einkommen und Vermögen profitierte. Nach diesem steuerlichen Aderlaß verblieben dem Geldgewerbe noch 6,4 Mrd. DM, eine Milliarde mehr als im Vorjahr für die Stärkung der Rücklagen und für die Ausschüttung.

Die Bundesbank begrüßt es, daß praktisch alle Bankengruppen, auch die Sparkassen, die damit gegebenen Möglichkeiten der Risikovorsorge und Eigenkapitalverstärkung genutzt haben.

Hugo Rupf wird 75 Jahre



FOTO: DIE WELT

Senator Dr. h. c. Hugo Rupf, Vorsitzender des Gesellschafterausschusses der J. M. Voith GmbH, Heidenheim, einer der profiliertesten Wirtschaftsführer in der Bundesrepublik, vollendet am 12. August sein 75. Lebensjahr. Geboren wurde er in Poppenweiler im Kreis Ludwigsburg und nach Abschluß von Banklehre und Studium an der Universität in Frankfurt trat er am 1. August 1932 bei der Maschinenfabrik Voith in Heidenheim ein.

Nach Kriegsende übernahm Rupf die Leitung der Verkaufsabteilung von Voith und wurde 1950 in die Geschäftsleitung berufen. Von diesem Zeitpunkt an begann Hugo Rupf mit dem Ausbau der Maschinenfabrik, mit damals knapp 4000 Beschäftigten, zur heutigen Voith-Gruppe, der jetzt 13 Produktionsstätten angehören.

Zwischen 50 und 60 Prozent aller Aufträge für Voith sind für den Export bestimmt, wobei es sich fast immer um Millionen-Objekte mit langfristiger Finanzierung handelt. So wurde aus Hugo Rupf ein „Bankier wider Willen". Der Jubilar wurde vor kurzem zum Ehrenvorsitzenden des Hauses Voith auf Lebenszeit ernannt.

Rupf war unter anderem Vizepräsident und Präsident im Verband deutscher Maschinen- und Anlagenbau e. V. (VDMA), Vizepräsident im Bundesverband der deutschen Industrie (BDI), im Verwaltungsrat der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt, im Landesverband der baden-württembergischen Industrie, Stuttgart, und gehört zahlreichen Aufsichtsräten deutscher Unternehmen an. (M. F.)

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bamberg: „KIF" Holzwarenfabrik Kronacher & Cie. KG, Pettstadt; **Berlin Amtsgericht Charlottenburg:** Flug-Union Berlin Flug- und Schiffsreisen GmbH; Nachl. d. Alice Schenck geb. Awe, ehem. Inh. d. Fa. Berliner Büro-Center Alice Schenck; Liebfried Schlapetz; **Bersenbrück:** Nachl. d. Heinrich Börs, Merzen; **Düsseldorf:** Pegat EDV Software Entwicklungs GmbH; **Hannover:** Hesse-Heizungs- und Rohrbau Beteiligungsges. mbH; **München:** Heinz-Walter Benisch; E. Juraschka GmbH, Zimmerei und Holzbauten, Gröbenzell; ZEH-Ziegel-Elementhaus-Bau GmbH i. L.; Nachl. d. Richard Heinrich Fohmann; **Nordenham:** Ralf Techt Autokranvermieter; Nachl. d. Werner Gatschke, Schlosser, Butjadingen-Sinsum; **Pirmasens:** Nachl. d. Karl Heinz Schaaf; **Seesen:** Walter Ternedde, Inh. d. Fa. Walter Ternedde Heizungsbau-Metallbau; **Wetzlar:** Oswald GmbH, Büroeinrichtungshaus.

Vergleich eröffnet: Tettnang: Ing. M. Bauer Baumanagement GmbH, Kressborn.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

R + V: Mehr Überschuß

Bonn (DW.) – Der in der Lebensversicherung der R + V Versicherungsgruppe im vergangenen Jahr erzielte Überschuß macht natürlich 416 (342,5) Mill. DM aus und nicht, wie der Druckfehlerteufel im gestrigen Bericht glauben lassen wollte, nur 46 Mill. DM.

Bankenfusion

Hannover (dos) – Die zur Berliner Bank AG gehörende NKK Bank AG, Hannover, hat jetzt die Voraussetzungen zur Fusion mit der WKV Kredit-Bank GmbH, Frankfurt, und der WKV Waren-Kredit-Bank GmbH, Hannover, geschaffen: Die gestrige Hauptversammlung beschloß die Verdoppelung des Grundkapitals auf 28 Mill. DM. Die neuen Aktien werden allein von der Berliner Bank übernommen. Deren Beteiligung an dem unter dem Namen „Allgemeine Privatkundenbank AG" (Allbank) firmierenden neuen Institut erhöht sich dadurch auf 75 Prozent. Die HV beschloß ferner die Schaffung eines genehmigten Kapitals von ebenfalls 14 Mill. DM. Das Bilanzvolumen der Allbank erreicht 1,5 Mrd. DM.

Ende der Kurzarbeit

Norden (dos) – Die Doornkaat AG, Norden, wird Ende August die seit mehreren Monaten andauernde Kurzarbeitsphase auslaufen lassen. Nach Angaben des Vorstands wird das Unternehmen ab September – zum Auftakt der Spirituosen-Saison – wieder voll arbeiten. Neuerliche Kurzarbeitspläne stünden nicht zur Debatte.

Samson zahlt zwölf Prozent

Frankfurt (VWD) – Eine unveränderte Dividende von 12 Prozent wird der Hauptversammlung der in der Meß- und Regeltechnik tätigen Samson AG, Frankfurt, am 26. September für das Geschäftsjahr 1982/83 (31. 3.) vorgeschlagen. Der Bilanzgewinn stieg im Berichtsjahr leicht auf 2,88 (2,24) Mill. DM. Der Rücklage für Substanzerhaltung werden 0,74 (0,30) Mill. DM zugewiesen, der Rest auf neue Rechnung vorgetragen.

Beiersdorf wächst weiter

Hamburg (JB.) – Die Beiersdorf-Gruppe, Hamburg, hat im ersten Halbjahr 1983 das Geschäftsvolumen wieder kräftig ausgeweitet. In einem Aktionärsbrief teilt das Unternehmen mit, daß das Wachstum im Inland mit 8,9 Prozent auf 524 Mill. DM über dem Plan liegt. Überproportionalen Anteil hatte dabei die Sparte „Cosmed". Im Ausland stieg der Umsatz um 5,1 Prozent auf 678 Mill. DM. Der Weltumsatz erhöhte sich um 6,7 Prozent auf 1,2 Mrd. DM.

Spitzenaktien weiter unter Druck

Neuer Dollaranstieg sorgte für wachsende Unsicherheit

DW. – Der Wiederanstieg des Dollarkurses sorgte an der Mittwochbörse bei den Aktien für weitere Abgaben. Anlagekäufe institutioneller Gruppen konnten nur vorübergehend eine Entlastung bringen. Ihre Kaufbereitschaft war auch nicht sonderlich ausgeprägt, weil man mit Spannung auf die Sitzung des Zentralbankrates wartet, auf der möglicherweise Hinweise für die künftige Zinspolitik gegeben werden. Die meisten deutschen Spitzenaktien schlossen zu den niedrigsten Tagesnotierungen. Verstärkt wurde die Unsicherheit durch den weiteren Anstieg der Renditen bei den festverzinslichen Papieren. Darunter hatten vor allem Bankaktien zu leiden.

Unter der neuen Schwäche hatten besonders Daimler- und Mercedes-Aktien zu leiden, die um 7 bzw. 10 DM nachgaben. Aber auch andere bisher favorisierte Papiere wie Allianz (minus 13 DM) erlitten deutliche Verluste. Unter diesen Umständen mutet der weitere Rückgang von Siemens um nur 3 DM geradezu als bescheiden an. Bemerkenswert stabil lagen weiterhin VW-Aktien mit unverändert 208 DM. Die hier zu beobachtenden Meinungskäufe gründen sich auf Ertragssteigerungen, die im Jahre 1984 erwartet werden. Die Titel der Großchemie wurden bis zu 2 DM zurückgenommen, in den IG-Liquis lebte die Spekulation auf und sorgte für einen Kursanstieg um 0,40 auf 11,40 DM. Überraschend stabil tendierten AEG-Telefunken, die sich um 2,50 DM verbesserten und damit den Vortagsrückschlag fast wieder aufholen konnten.

Düsseldorf: Bilfinger verminderten sich um 3 DM auf 231 DM, DAT fielen um 2 DM auf 330 DM, Hoffmanns Stärke sanken um 3 DM auf 187 DM, Küppersbusch ermäßigten sich um 3 DM auf 232 DM und Stahl Bochum tendierten um 5 DM auf 185 DM schwächer. Stinnes verbesserten sich um 3 DM auf 555 DM.

Frankfurt: Großbanken waren bis zu 4 DM abgeschwächt, Daimler wesentlich stärker auf 573 DM minus 9 DM. Von Nebenwerten blieben Lahmeyer 354 DM minus 14 DM, Thüringer Gas 420 DM plus 10 DM, Steigenberger 1380 DM minus 20 DM, Frankfurter Hypothekenbank 580 DM plus 10 DM und Deutsche Conti Rückversicherung-Inhaberaktien 1000 DM minus 50 DM.

Hamburg: Phoenix Gummi waren bei 133 DM minus 0,20 DM knapp gehalten, nach den Vortragsrückgängen konnten sich Haller Meurer auf 171 DM plus 1 DM erholen.

München: Agrob St. fielen um 1 DM auf 367 DM, Dywidag sanken um 2 DM auf 273 DM, Ekatit verminderten sich um 3,20 DM auf 115 DM, Gehe AG tendierten um 6 DM auf 205 DM schwächer und Leonische Draht gaben um 2 DM auf 335 DM nach.

Berlin: Berthold lagen um 5 DM, Herlitz Stämme um 4,50 DM und Orenstein um 2 DM freundlicher. Bekula lagen um 0,50 DM geringfügig freundlicher.

Nachbörse: schwächer

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelter Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

	10. 8.	9. 8.		10. 8.	9. 8.		10. 8.	9. 8.
Curtiss Wright	48,875	49,125	Newmont	57	57,125	Bk. of Nova Scotia	41,125	41,75
Deere	38,875	38,75	PanAm World	7,75	7,75	Bell Canada	26,25	26
Delta Airlines	30	29,875	Pfizer	38,75	36,625	Bluesky Oil	4,85	5
Digital Equipm.	104	103,75	Phibro	27,375	28,75	Bow Valley	25,875	26,50
Dow Chemical	32,50	31,625	Phillips Petroleum	34,375	34,125	Brenda Mines	15,50	15,50
Du Pont	46	45,625	Philip Morris	60,625	59,375	Brunswick M. & Sm.	19,25	19,25
Eastern Gas-Fuel	21,25	21	Pittston	15,125	15,125	Cdn. Imperial Bk.	33,375	33,875
Eastman Kodak	70	69	Polaroid	27,875	27,25	Cdn. Pacific Ltd.	45	44,75
Exxon	36	37	Prime Computer	15,75	15,625	Cdn. Pacif. Enterpr.	22,25	22
Fabergé	21	20,25	Procter & Gamble	52,875	51,875	Cominco	52,75	53,50
Firestone	18,375	19	RCA	27,625	27,50	Coseca Res.	4,30	4,35
Fluor	20,375	20,50	Revlon	30,375	–	Denison Mines	44	44,75
Ford	55,25	54	Reynolds Ind.	51,50	51,125	Dome Petroleum	4,85	5
Foster Wheeler	15,75	15,625	Rockwell Int.	30,625	30,25	Domtar	26,25	25,75
Fruehauf	36,50	34,625	Rorer Group	29,50	28	Falconbridge Nickel	72,75	73,75
GAF Corp	15,50	15,50	Schlumberger	58,50	57,75	Great Lakes Paper	83	83
General Dynamics	52,25	51,375	Sears, Roebuck	38,375	38,375	Gulf Canada	17,875	17,50
General Electric	48,25	47,375	Shell Oil	45,375	45,75	Gulfstream Res.	1,15	1,06

Toronto

London

	10. 8.	9. 8.
Anglo Am. Gold $	1,175	1,175
Babcock Int.	175	173
Barclays Bank	494	499
Beecham	353	350
Bowater	257	257
B. A. T. Industries	135	138
Br. Leyland	33	33
British Petroleum	418	412
Burmah Oil	167	162
Cadbury Schweppes	104	104
Charter Cons.	268	270
Cons. Gold. Fields	569	574
Cons. Murchison	–	505
Courtaulds	104	105
De Beers $	10,06	10
Distillers	227	229
Driefontein $	33,43	33,38
Dunlop	62	62

Mailand

	10. 8.	9. 8.
Italcementi	45450	44000
Italgas	1026	1016
Lepetit St.	26400	26400
Magneti Marelli	850	855
Mediobanca	67000	68000
Mondadori	2740	2740
Montedison	217,5	212,75
Olivetti Vz.	3520	3250
dgl. St.	3560	3498
Pirelli SpA	1780	1740
Rinascente	358	356,25
RAS	144000	143000
S. A. I.	13000	12970
SIP	1788	1790
Snia Viscosa	1149	1118
STET	1679	1670
Index	–	198,4

Amsterdam

Wien

	10. 8.	9. 8.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	211	212
Gösser-Brauerei	328	328
Länderbank Vz.	211	212
Österr. Brau AG	286	286
Perlmooser	340	340
Reininghaus	375	372
Schwechater Br.	180	180
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	158	158
Universale Hochtief	–	230
Veitscher Magnesit	209	210
Index	55,36	55,32

Tokio

	10. 8.	9. 8.
Teijin	325	325
Tokyo Marine	468	468
Tokyo El. Power	970	970
Toray	416	416
Toyota Motor	1170	1170
Index	654,96	–

Kopenhagen

	10. 8.	9. 8.
Den Danske Bank	281,5	281,5
Jyske Bank	513	513
Kopenh. Handelsbk.	263,25	263,25
Novo Industri	2720	2720
Privatbanken	266	266
Ostasiat. Komp.	142	142
Dan. Sukkerfabr.	626	626
For. Bryggerier St.	995	995
Kgl. Porc. Fabr.	360	360

Zürich

Brüssel

	10. 8.	9. 8.
Arbed	–	1220
Banq. Lambert	–	2190
Cockerill Ougrée	159	151
Ebes	2210	2220
Gevaert	–	2590
Kredietbank	6300	6380
Pétrofina	5710	5710
Soc. Gén. d. Belg.	–	1825
Sofina	–	4865
Solvay	–	2700
UCB	3900	3900
Index	127,27	128,02

Madrid

Hongkong

Singapur

	10. 8.	9. 8.
Cycle + Car.	5,95	Geschlossen
Cold Storage	5,00	
Dev. Bk. of Sing.	–	
Fraser + Neave	8,95	
Kl. Kepong	2,67	
Mal. Banking	8,45	
Nat. Iron	7,45	
OCBC	10,40	
Sime Darby	2,25	
Singapur Land	4,40	
Un. Overs. Bank	5,40	

Paris

Sydney

	10. 8.	9. 8.
Bk. New S. Wales	3,95	5,04
Brok. Hill. South	–	–
Brok. Hill. Prop.	10,35	10,35
Coles	3,07	3,00
CRA	5,72	5,66
CSR (Thales)	4,16	4,12
Metals Expl.	0,81	0,82
MIM-Holdings	4,35	4,32
Myer Emporium	1,54	1,55
North Broken Hill	3,10	3,10
Oakbridge	1,40	1,40
Peko Wallsend	7,70	7,60
Poseidon	5,50	5,28
Thomas Nat. Tr.	2,06	2,08
Waltons	0,59	0,58
Western Mining	4,98	4,90
Woodside Petr.	1,22	1,24
Index	666,4	662,9

Optionshandel vom 10. 8.

Kaufoptionen: AEG 10-70/4,50, 10-80/1, 1-70/6,80, 4-70/10, 4-75/8, Siemens 10-10-350/14, 1-380/11, 1-390/5,40, 4-360/27, 4-420/5, Veba 10-180/7,50, 1-170/19,85, 1-190/6, 1-200/4, 4-180/16, 4-190/13,90, 4-200/9,40, BASF 10-150/8, 1-145/15, 1-160/6,40, 1-170/4, 4-150/18,50, 4-180/6, Bayer 10-140/15,40, 10-150/8, 10-170/2, 1-135/18, 1-170/4,50, 4-160/9,90, 4-170/7,50, Hoechst 10-144,50/15, 10-160/4,50, 1-150/16,40, 1-160/10, 1-170/6, 4-170/8,55, MBW 1-420/10, VW 10-180/34, 10-190/21,60, 10-210/12,15, 10-220/5, 1-170/46, 1-180/31, 1-190/28,50, 1-200/25, 1-210/21,20, 1-220/14,40, 1-230/10, 1-240/8, 4-210/29,30, 4-220/20, 4-230/14,80, 4-240/12,20, 4-250/8, Conti 10-100/7,40, 1-120/4, 4-110/12, 4-120/6,40, 4-130/4,50, 4-140/2,90, Lufthansa Vorz. 1-140/4, Commerzbank 10-170/12,50, 10-180/3,40, 10-200/1, 1-170/18, 1-180/12,70, 1-190/9,35, 1-200/5, 4-190/15, 4-200/10, 4-210/7, Deutsche Bank 1-370/4, 4-340/28, 4-360/19,40, Dresdner Bank 10-180/4,80, 10-190/2,80, 1-180/14, 1-190/7, 1-200/6,60, 4-180/22,50, 4-200/10, Hoesch 10-45/6, 10-50/3, 1-45/7, 1-50/4,80, 1-55/2,40, 4-50/6,10, 4-55/4,20, 4-60/3, Mannesmann 1-150/6,80, 1-160/6,35, 4-150/12,10, 4-160/8,20, 4-180/5, Preussag 10-280/4,80, 4-300/8, Thyssen 10-70/4,40, 10-75/2,50, 1-70/7,90, 1-80/2,20, 4-75/7,35, 4-85/4, Bay. Hypobank 1-290/15, Bay. Ver.-Bank 1-380/4, Bewag 10-100/8,10, Daimler 1-600/39, 1-640/15, Degussa 4-410/15, GHH 10-150/6,80, 1-170/3,50, Karstadt 1-280/19, 1-290/10,60, Kaufhof 4-280/11,60, Klöckner 1-40/5,75, 4-40/6, MAN 1-150/9,40, Mercedes 10-530/12, 1-540/17,20, 1-560/14, RWE 1-170/11,60, RWE Vorz. 1-180/4,40, 4-180/9, Varta 10-190/2,60, 1-200/6, VEW 1-120/14, Chrysler 10-70/5,85, 10-75/3,90, 1-90/4,40, 1-80/6, 4-80/8, General Motors 1-210/4,85, IBM 4-320/32, Litton 1-170/11,40, Sony 4-40/4, Royal Dutch 10-130/7,50, 1-120/14,40, 1-130/12,60, 4-120/20, Elf 1-55/6,25, 1-60/3,95, Norsk Hydro 1-180/25,90, 4-200/20. Verkaufsoptionen: AEG 10-70/5,50, 1-70/8,70, Siemens 10-340/4,40, 10-350/7, 10-360/15, BASF 1-160/9, 4-160/12, Hoechst 1-160/6, BMW 10-380/12, 10-380/18,10, VW 10-100/5, 10-220/12,05, 1-180/2,50, 4-220/14, Conti 10-100/2,50, 4-110/5,40 Commerzbank 10-170/3,50, 4-170/6,30, Deutsche Bank 10-330/15, 10-340/25, 1-320/12,50, Dresdner Bank 10-180/8, 10-190/14, 1-180/8,40, 4-180/10, Hoesch 10-45/2, 10-50/6, 1-50/6,10, 4-50/7,60, Mannesmann 10-140/2, Thyssen 10-70/3,90, 4-70/6,40, Bay. Hypobank 10-290/5,60, Daimler 10-580/9,50, Degussa 10-380/9, GHH 10-160/20, Kaufhof 10-280/7, Klöckner 1-35/2, 4-40/3,85, MAN 1-140/12,60, 4-130/11, Metallges. 10-230/15, 1-230/20, Alcan 4-90/9, Chrysler 10-70/2,40, 1-70/6,95, 1-75/7,85, General Motors 1-180/8, IBM 1-300/11,90, 1-320/38, Xerox 1-120/7,40, 4-130/15,10, Philips 4-45/5,90.

991 Optionen 48 400 (51 050) Aktien, davon 108 Verkaufsoptionen = 5 750 Aktien.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 10. 8.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10 –10¼	5¼–5½	4⅛–4¾
3 Monate	10½–10¾	5⅝–5⅞	4½–4⅞
6 Monate	11 –11¼	6⅛–6⅜	4⅞–5¼
12 Monate	11⅛–11⅜	6⅝–6⅞	4⅞–5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 10. August folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

	Ankauf	Verkauf
*Gesetzliche Zahlungsmittel**)		
20 US-Dollar	1575,00	1920,90
10 US-Dollar (Indian)**)	1253,00	1469,11
5 US-Dollar (Liberty)	538,00	666,61
1 £ Sovereign alt	258,00	314,64
1 £ Sovereign Elizabeth II	249,00	306,66
20 belgische Franken	192,00	252,08
10 Rubel Tscherwonez	268,00	334,02
2 südafrikanische Rand	253,00	311,22
Krüger Rand, neu	1122,00	1324,68
Maple Leaf	1122,00	1324,68
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	257,00	327,19
20 schweiz. Franken „Vreneli"	215,00	273,60
20 franz. Franken „Napoléon"	214,00	272,46
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1040,00	1264,00
20 österr. Kronen (Neuprägung)	209,00	261,06
10 österr. Kronen (Neuprägung)	110,00	142,50
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	482,00	589,38
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	113,00	151,62

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

10. 8. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs[4]	Ankauf	Verkauf
New York[2])	2,7080	2,7160	2,6787	2,66	2,75
London[1])	4,024	4,038	3,99	3,94	4,09
Dublin[1])	3,153	3,167	3,089	3,11	3,25
Montreal[2])	2,1900	2,1980	2,1717	2,15	2,24
Amsterd.	89,380	89,600	89,36	88,50	90,50
Zürich	123,600	123,800	123,70	112,25	125,00
Brüssel	4,983	5,003	4,953	4,88	5,10
Paris	33,160	33,320	32,45	32,25	34,25
Kopenh.	27,745	27,885	27,54	26,75	28,75
Oslo	35,970	36,090	35,35	35,00	36,75
Stockh.**)	34,160	34,280	33,71	33,25	35,00
Mailand[3]) **)	1,685	1,695	1,640	1,65	1,75
Wien	14,204	14,244	14,222	14,13	14,35
Madrid**)	1,770	1,780	1,659	1,73	1,98
Lissabon**)	2,195	2,215	2,10	1,94	2,74
Tokio	1,1060	1,1090	—	1,06	1,12
Helsinki	47,100	47,300	46,27	46,00	47,75
Buen. Air.	–	—	—	—	29,00
Rio	–	—	—	0,10	0,75
Athen*) **)	3,020	3,074	—	2,55	3,35
Frankf.	–	—	—	—	—
Sydney*)	2,3620	2,3810	—	2,28	2,39
Johannesbg.*)	2,4160	2,4350	—	2,00	2,25

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 3) 1000 Lire; 2) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

In Amerika setzte sehr spät erneut Dollar-Nachfrage ein, nachdem ein Interview Bundesbankpräsident Poehl in seinem Inhalt schwächend für die DM ausgelegt wurde. Nach 27150 im Fernen Osten wurde am 10. 8. zwar Teilweise bis 27060 heruntergehandelt. Die letzten Kurse des Tages lagen jedoch bei 27150–60. Die Bundesbank verkaufte zwar 35 Mio. US-Dollar zur amtlichen Notiz, doch scheit der Markt vom Erfolg der Interventionen nicht mehr überzeugt zu sein. Die heutige Notierung ist die höchste seit dem 15. 2. 1974. Der neue Schwächeanfall der DM zeigte sich auch in den Kursen der übrigen Währungen, die mit Ausnahme der Dänischen Krone fester notierten. Die stärksten Gewinne wiesen das Englische Pfund mit 6,5 Prom., der Canadische Dollar mit 5,4 Prom., der Escudo mit 5,2 Prom. und das Japanische Yen mit 5 Prom. US-Dollar: Amsterdam 3,0330, Brüssel 54,3875, Paris 8,1680, Mailand 1606,80, Wien 19,0570, Zürich 2,1924, Ir. Pfund/DM 3,160, Pfund/Dollar 1,4864, Pfd./DM 4,031.

Ostmarkkurs am 10. 8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Nur wenige Veränderungen gab es am 10. August bei den Dollar-Deports. FF-Deports lagen enger unter dem Einfluß niedriger Euro-Zinssätze.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,14/1,04	3,41/3,31	6,37/6,27
Pfund/Dollar	0,07/0,10	0,28/0,32	0,50/0,55
Pfund/DM	2,10/0,70	3,40/2,00	8,90/7,50
FF/DM	31/15	92/78	174/158

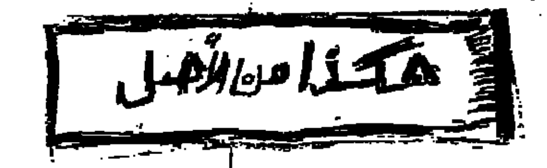
Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 10. 8.: Tagesgeld 5,05–5,15 Prozent; Monatsgeld 5,5–5,65 Prozent; Dreimonatsgeld 5,8–5,95 Prozent.

Privatdiskontsätze am 10. 8.: 10 bis 29 Tage 3,55G/3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 10. 8.: 4 Prozent; Lombardsatz 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 20. Juli 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/10 (Typ A) 4,25 (4,25) – 6,50 (5,35) – 8,25 (6,25) – 9,00 (6,97) – 9,25 (7,27) – 9,75 (7,61). Ausgabe 1983/10 (Typ B) 4,25 (4,25) – 6,50 (5,37) – 8,25 (6,32) – 9,00 (6,90) – 9,25 (7,43) – 9,75 (7,82) – 9,75 (8,09) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,38, 2 Jahre 7,00. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,00, Rendite 8,00.



Kurzläufer schwächer

Der Abgabedruck konzentrierte sich auf dem Rentenmarkt auf Papiere mit Laufzeiten bis zu fünf Jahren, deren Renditen deutlich heraufgesetzt wurden. Die Kurse gaben hier um mehr als einen halben Punkt nach. Die 8¼prozentige Bundesanleihe wurde zwar zu ihrem offiziellen Ausgabekurs von 99,50 DM in den Handel eingeführt, die Banken geben jedoch an Großkunden nach wie vor Material mit Rabatt ab. Mit Sorge sieht man unter diesen Umständen der projektierten Nordrhein-Westfalen-Anleihe entgegen, die möglicherweise ein neues Zinssignal setzen wird.

	10. 8.	9. 8.
M 5½ Bayer.Hdbs. Pf 14	89,5G	89,5bG
8 dgl. Pf 20	81G	81G
6¾ dgl. Pf. 2	93,25G	93,25G
7 dgl. Pf 8	93,5G	93,5G
7 dgl. Pf 27	–	–
6½ dgl. KS 14	95G	95bG
7½ dgl. KS 27	99,25bG	99,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	121,5G	121,5G
5½ dgl. Pf 11	129,5G	129,5G
8 dgl. Pf 34	78G	78bG
6 dgl. KO Pf 50	99,4bG	99,6G
6½ dgl. Pf 10	81G	81bG

	10. 8.	9. 8.
Br 6½ dgl. Pf 77	93	93
8 dgl. Pf 42	99,5bG	99,5bG
8½ dgl. Pf 47	101,25G	101,25G
F 5 Frt. Hypobk. Pf 66	99,5G	99,5G
5½ dgl. Pf 53	76G	76G
6 dgl. Pf 79	78,5	78,5
6 dgl. Pf 150	90,6G	90,6G
6½ dgl. Pf 133	86G	86G
10 dgl. Pf 168	100,25	100,25
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	115G	115G
6 dgl. 14	87,85	87,85

	10. 8.	9. 8.
H 6 Schiffshyp. Pf 23	97,5G	97,5G
7½ dgl. Pf 45	100,7G	100,7G
M 6 Südboden Pf 41	88GTG	88GTG
5½ dgl. Pf 57	76G	76G
6½ dgl. Pf 143	93G	93G
7 dgl. Pf 87	93bG	93bG
7½ dgl. Pf 104	95G	95G
7 dgl. KS 40	92,5G	92,5G
7½ dgl. KS 81	98,5G	98,5G
8 dgl. KS 133	99G	99G
8½ dgl. KS 132	101,25G	101,25G
9 dgl. KS 185	100,25G	100,25G

Bundesbahn

		10. 8.	9. 8.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bobahn 58	10/83	100,05G	100,05G
10 dgl. 73 II	11/83	100,8G	100,9
7½ dgl. 72	2/84	100,45	100,55
8 dgl. 72	9/84	101,45	101,45
8¼ dgl. 76	9/84	101,85G	101,85G
6 dgl. 78 III	11/84	99,1	99,1
6½ dgl. 79	2/85	98,9	99,05
8½ dgl. 73	2/85	101,5G	101,5
7 dgl. 77	2/87	96,5	96,9

Bankschuldverschreib.

	10. 8.	9. 8.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	80,5G	80,5G
6½ dgl. Pf 5	85G	85
7 dgl. Pf 2	89G	89,1
F 7½ Bobahn Pf 104	99,9G	99,9G
8 dgl. Pf 106	102,9G	102,9G
10 dgl. Pf 108	107,85G	107,85G
7 dgl. KS 132	94G	94G
8 dgl. KS 155	98,25G	98,25G
9 dgl. KS 189	102,3G	102,3G

Anmerkungen:

- * Zinsen steuerfrei
- Pf = Pfandbriefe
- KO = Kommunalobligationen
- KS = Kommunalschatzanweisungen
- IS = Inhaberschuldverschreibungen
- RS = Rentenschuldverschreibungen
- S = Schuldverschreibungen

(Kurse ohne Gewähr)

B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien

		10. 8.	9. 8.
D	Jusco	7,8G	7,7G
F	Kawasaki Kisen	1,5G	1,6
F	Kawasaki Steel	1,65T	1,65bG
M	Kloof Gold Min.	129,5	126,2
F	Komatsu	5,8bG	5,8bG
D	KLM	143	140G
F	Kubota	3,3G	3,3G
D	Lafarge	95G	96G
D	Litton Ind.	163	164exD
F	Lone Star	75	77G
D	LTV	37,8	36,1
M	M.I.M. Hold.	20,4	20,1
F	Magneti Marelli	–	–
D	Marubeni	3G	3G

		10. 8.	9. 8.
D	Uniroyal	38,5G	38,5
F	United Techn.	179,6	178,1
F	US Steel	69	65,5
M	Vaal Reefs Expl.	333,5	326,5
D	Vmf-Stork	65,5G	67
D	Volvo A	167G	167G
D	dgl. Nam B	167G	167G
F	Warner Commun.	56	57
F	Warner Lambert	73,1	74
F	Wells Fargo	92,9	90
M	Western Deep L.	147G	146
M	Western Mining	11,6	11,3
F	West.-Utrecht H.	103	102
D	Xerox Corp.	120,5	119,5

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Uneinheitlich wurde Kaffee bewertet. Abschläge in allen Sichten verzeichnete Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	9. 8.	8. 8.
Sept.	375,50	377,00
Dez.	393,50	395,00
März	401,75	402,25

Weizen Winnipeg (can. $/t)	9. 8.	8. 8.
Wheat Board cif. St. Lawrence 1 CW	238,54	unerhältl.
Amber Durum	242,79	unerhältl.

Gerste Winnipeg (can. $/t)	9. 8.	8. 8.
Okt.	110,90	112,80
Dez.	112,70	114,80
März	115,50	116,90

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	9. 8.	8. 8.
Terminkontr. Sept.	128,15	128,30
Dez.	128,25	128,20
März	124,33	124,30

Kakao New York ($/t)	9. 8.	8. 8.
Sept.	2112	2176
Dez.	2176	2235
Terminkontr. März	2181	2232
Umsatz	5519	–

Zucker New York (c/lb)	9. 8.	8. 8.
Kontrakt Nr. 11 Sept.	10,89	11,63
Okt.	11,10	12,05
Jan.	12,10	12,80
März	12,84	13,11
Mai	12,81	13,30

Zucker London (£/t)	9. 8.	8. 8.
Rohzucker Okt.	197,30–197,50	195,50–193,70
Dez.	202,75–204,00	199,50–200,00
März	212,75–213,00	208,00–208,25
Mai	215,75–216,25	212,00–212,25
Aug.	–	–
Umsatz	9691	4075

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	9. 8.	8. 8.
schw. Sarawak spez.	–	252,50
weißer Sarawak	–	355,00
weißer Muntok	–	355,00

Chicago (c/lb)	9. 8.	8. 8.
Aug.	48,45	48,95
Okt.	42,40	42,75
Dez.	44,45	44,65

Schweinebäuche Chicago (c/lb)	9. 8.	8. 8.
Aug.	62,65	61,75
Febr.	63,40	63,90
März	63,55	64,35

	9. 8.	8. 8.
Kopra Rotterdam ($/t) Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	985,00	1000,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	288,50	286,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Seide Yokoh. (Y/kg)	9. 8.	8. 8.
AAA, ab Lager Aug.	13 836	13 836
Sept.	13 698	13 689

Kautschuk London (p/kg)	9. 8.	8. 8.
Nr. 1 RSS loco	80,00–81,00	79,00–80,25
Sept.	79,70–80,00	79,40–79,50
Okt.	79,20–80,40	78,90–80,50
Okt./Dez.	79,50–79,70	78,70–78,90

Tendenz: etwas leichter

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	9. 8.	8. 8.
Nr. 1 RSS loco	265,00–266,00	265,50–266,50
Aug.	267,00–267,50	265,50–266,50
Sept.	270,00–271,00	267,50–268,50
Nr. 2 RSS Aug.	263,00–264,00	262,00–263,00
Nr. 3 RSS Aug.	259,50–260,50	258,50–259,50
Nr. 4 RSS Aug.	253,50–254,50	252,50–253,50

Tendenz: ruhig

Jute London (£/lgt)	9. 8.	8. 8.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	10. 8.	9. 8.
Blei: Basis London laufend. Monat	108,22–108,32	106,72–106,82
drittfolg. Monat	112,05–112,26	110,63–110,73
Zink: Basis London laufend. Monat	207,35–207,55	205,92–206,12
drittfolg. Monat	213,81–214,01	211,83–212,03
Produz.-Preis	222,71	220,69
Reinzinn 99,9%	2778–3815	3815–3852

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	10. 8.	9. 8.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	443,98–446,40	446,73–449,14
Blei in Kabeln	116,00–117,00	114,50–115,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	405,50–408,50	405,50–408,50
Vorziehdraht	414,50	414,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhändler.

Messingnotierungen

	10. 8.	9. 8.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	368–389	367–389
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	413–419	413–419
MS 63	422–426	424–428

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	9. 8.	8. 8.
	30,34	30,31

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	10. 8.	9. 8.
Leg. 225	364–370	364–370
Leg. 226	367–372	367–372
Leg. 231	400–401	400–401
Leg. 233	415	415

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	10. 8.	9. 8.
Platin (DM je g)	38,85	39,15
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkfpr.	36 100	36 100
Rücknahmepr.	35 300	35 300
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	35 970	36 010
Rücknahmepr.	34 890	34 930
verarbeitet	37 750	37 790
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	35 705	35 765
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	1017,50	1020,80
Rücknahmepr.	981,90	985,10
verarbeitet	1082,60	1086,10

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	10. 8.	9. 8.
10.30	408,00	412,00
15.00	408,25	413,00
Zürich mittags	407,00–408,00	412,20–412,70
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	107 450	107 750
Silber (p/Feinunze) London Kasse	772,55	778,25
3 Monate	790,55	786,25
6 Monate	810,70	816,35
12 Monate	850,55	856,35

Platin (£-Feinunze) London	9. 8.	8. 8.
fr. Markt	285,60	285,75
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	95,80	95,20

New Yorker Preise

	9. 8.	8. 8.
Gold H & H Ankauf	413,00	409,50
Silber H & H Ankauf	1172,50	1171,50
Platin fr. Händlerpr.	440,00–445,00	440,00–445,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	142,50–144,50	143,50–145,50
Produz.-Preis	130,00	130,00

Silber (c/Feinunze)	9. 8.	8. 8.
Aug.	1153,50	1162,20
Sept.	1158,00	1167,00
Okt.	1171,90	–
Dez.	1189,00	1179,90
Jan.	1203,90	1197,00
März	1222,00	1211,90
Mai	1247,50	1229,00
Umsatz	25 000	23 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	9. 8.	8. 8.
Aug.	72,55	73,50
Sept.	73,00	74,00
Okt.	73,80	–
Dez.	75,25	74,90
Jan.	76,10	76,20
März	77,50	77,20
Mai	79,05	78,35
Umsatz	21 000	17 000

Londoner Metallbörse

	10. 8.	9. 8.
Aluminium (£/t) Kasse	1068,5–1069,0	1046,0–1047,0
3 Monate	1096,5–1097,0	1075,0–1075,5
Blei (£/t) Kasse	268,00–268,25	264,00–265,00
3 Monate	277,50–278,00	274,00–275,00
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	1087,0–1087,5	1101,0–1101,5
3 Monate	1114,0–1115,0	1127,5–1128,0
abends Kasse	–	1090,5–1091,5
3 Monate	–	1118,5–1119,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1056,5–1057,0	1061,0–1062,0
3 Monate	1083,0–1084,0	1088,0–1089,0
Zink (£/t) Kasse	513,50–514,00	511,50–512,00
3 Monate	529,50–530,00	526,50–527,00
Zinn (£/t) Kasse	8590–8600	8595–8605
3 Monate	8680–8585	8690–8695
Quecksilber $/Fl.)	280–285	280–385
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	73–78	73–78

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheffer (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klüre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11–13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Precheit

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

LEICHTATHLETIK / Ulrike Meyfarth läßt sich nicht irritieren. Sie macht weiter bis nach Olympia 1984



HELSINKI '83

Ruhe vor dem Zehnkampf

Heute ist Ruhetag in Helsinki, morgen geht es mit vier Entscheidungen (50-km-Gehen, Kugelstoßen der Frauen, Speerwerfen der Männer, 3000 m Hindernis) und dem ersten Tag des Zehnkampfes weiter. Auch gestern vormittag gab es nur zwei Qualifikationen: Im Speerwerfen kam Klaus Tafelmeier aus Leverkusen mit der zweitbesten Weite (88,86 m) *hinter Detlef Michel* aus der „DDR" (90,40) mühelos in den Vorkampf. Im Kugelstoßen schaffte das auch Claudia Losch aus Fürth im ersten Versuch mit 18,24 m. Die verlangte Qualifikationsweite von 17,00 m übertrafen zwölf Athletinnen. Für die drei besten Weiten sorgten die Favoritinnen auf die Medaillen: Illona Slupianek („DDR") 19,99 m, Ludmilla Lissowskaja (UdSSR) 19,68 m, Helena Filingerova (CSSR) 19,68 m. Daß Qualifikationen oft völlig anders als erwartet laufen, zeigt der Weitsprung der Männer (Entscheidung dauerte bei Redaktionsschluß noch an). Der Deutsche Leichtathletik-Verband verzichtete darauf, einen Teilnehmer nach Helsinki zu entsenden. Doch mit 7,88 erreichte man schon den Vorkampf...

ERGEBNISSE

Der Medaillenspiegel

	Gold	Silber	Bronze
1. „DDR"	2	4	2
2. USA	2	3	3
3. UdSSR	2	1	5
4. Polen	2	1	–
5. Deutschland	1	2	–
6. CSSR	1	1	1
7. Norwegen	1	–	–
8. Mexiko	1	–	–
9. Italien	1	–	–
10. Holland	–	1	–
11. Nigeria	–	–	1
12. Brasilien	–	–	1

10 000 m

Gold: Cova (Italien) 28:01,04, Silber: Schildhauer („DDR") 28:01,18, Bronze: Kunze („DDR") 28:01,26, 4. Vainio (Finnland) 28:01,37, 5. Shahanon (Tansania) 28:01,96, 6. Lopes (Portugal) 28:06,78, ... 8. Herle (Deutschland) 28:09,05.

Hochsprung Frauen

Gold: Bykowa (UdSSR) 2,01, Silber: Meyfarth (Deutschland) 1,99, Bronze: Ritter (USA) 1,95, 4. Sommer (USA) 1,95, 5. Brandt („DDR") 1,92, 6. Brill (Kanada) 1,88.

Siebenkampf

Gold: Nebert („DDR") 6714, Silber: Paetz („DDR") 6662, Bronze: Vater („DDR") 6532, 4. Everts (Deutschland) 6398, 5. Dimitrova (Bulgarien) 6362, 6. Smirnowa (UdSSR) 6321.

Hammerwerfen

Gold: Litwinow (UdSSR) 82,68, Silber: Sedych (UdSSR) 80,94, Bronze: Kwasny (Polen) 79,42, ... 6. Ploghaus 76,96, 7. Riehm (beide Deutschland) 76,92.

400 m Hürden Männer

Gold: Moses (USA) 47,48 Sek., Silber: Schmid (Deutschland) 48,61, Bronze: Charlow (UdSSR) 49,03, 4. Nylander (Schweden) 49,06, 5. Philipps (USA) 49,24, 6. Lee (USA) 49,32.

800 m Frauen

Gold: Kratochvilova (CSSR) 1:54,68, Silber: Gurina (UdSSR) 1:56,11, Bronze: Podkopajewa (UdSSR) 1:57,58, 4. Klinger (Deutschland) 1:58,11, 5. Campbell (USA) 2:00,03, 6. Melinte (Rumänien) 2:00,13.

800 m Männer

Gold: Wülbeck (Deutschland) 1:43,65, Silber: Druppers (Holland) 1:44,20, Bronze: Cruz (Brasilien) 1:44,27, 4. Elliott (Großbritannien) 1:44,87, 5. Robinson (USA) 1:45,12, 6. Guimaraes (Brasilien) 1:45,46, 7. Ferner (Deutschland) 1:45,74.

Misere im Speerwurf. Eine sterbende Disziplin?

DW. Helsinki

Die Läufer bestimmen das Bild in den Stadien der Welt, gerade bei den lukrativen Sportfesten. Die Springer versuchen, in der Skala der Popularität nicht allzusehr abzurutschen. Und die Werfer werden immer weiter an den Rand des Interesses gedrückt. Eine der Ursachen dafür, daß das Speerwerfen nur dann noch Aufsehen erregt, wenn schier unglaubliche Weiten vermeldet werden, war gestern in der Qualifikation von Helsinki abzulesen. Da steht zwar der Weltrekord des Amerikaners Tom Petranoff auf 99,72 Meter, da stellt sich die Frage, wann die Stadien einmal zu klein für diese Disziplin werden und ob das Gewicht des Speeres vergrößert werden muß – aber in kaum einer anderen Disziplin klafft zwischen Rekord und Durchschnitt ein solches Loch.

Um überhaupt ein vernünftiges Feld für die Entscheidung am Freitag zusammenzubekommen, entschlossen sich die Organisatoren der Weltmeisterschaft kurzfristig, die Qualifikationsweite um zwei Meter auf 84,00 Meter zu senken – fast 16 Meter unter dem Weltrekord. Nur acht Werfer schafften diese Weite, wobei das Teilnehmerfeld mit 18 Startern ohnehin sehr klein war. Eine einst im Speerwerfen führende Nation wie Ungarn stellte zum Beispiel keinen Teilnehmer...

In der Qualifikation hatte Klaus Tafelmeier aus Leverkusen keine Mühe, den Vorkampf zu erreichen. In seiner Gruppe lag er mit 88,86 m klar vor Weltrekordler Petranoff (85,68) und zeigte die zweitbeste Leistung nach Detlef Michel aus der „DDR", der als einziger die 90-m-Grenze übertraf (90,40).

Petranoff ist in Finnland weitaus populärer als in seiner Heimat Kalifornien. Er genießt es, in Helsinki sogar auf der Straße erkannt zu werden. Er sagt: „Hier bin ich ein Star, in Amerika weiß kein Mensch, was ein Speer ist. Es haben mich schon Leute gefragt, ob das das komische Ding mit der Kugel an einer Kette ist."

Auch das mag ein Grund dafür sein, daß sich immer weniger Jugendliche für das Speerwerfen interessieren: Der Trainingsaufwand ist groß, das Glück, mit dem Speer populär zu werden, erreicht noch nicht einmal der Mann, der fast 100 m weit werfen kann.

Beinahe für alle Wettbewerbe der Weltmeisterschaften sagte ein Fachmann aus den USA im Überschwang der hochgespannten Erwartungen neue Weltrekorde voraus. Er dachte so, wie man es eigentlich auch annehmen müßte: Wenn die Weltbesten jeder Disziplin im Kampf um einen großen Titel und um Medaillen aufeinandertreffen, sind immer auch die Weltrekorde in Gefahr.

Tatsächlich aber war an den bisherigen drei Wettkampftagen nicht viel davon zu sehen. Gewiß, die neue Weltmeisterin Tamara Bykow aus der UdSSR und Ulrike Meyfarth versuchten sich im Hochsprung an der neuen Weltrekordhöhe von 2,03 m, aber später meinte Tamara Bykowa, sie sei nach den vielen Wettkämpfen und Sprüngen regelrecht erschöpft gewesen.

Die Taktik bestimmt den Verlauf der Wettkämpfe. Die vielen Weltklasse-Athleten in den einzelnen Disziplinen sind so sehr damit beschäftigt, ihre potentiellen Gegner zu bewachen oder sogar zu neutralisieren, daß dies zuweilen groteske Formen annimmt. Die 10 000-m-Läufer nahmen 9000 m lang Anlauf zu einem 1000-m-Spurt in 2:29 Minuten. Als Krönung setzte der neue Weltmeister Alberto Cova aus Italien dann noch eine 400-m-Schlußrunde in 54,5 Sekunden als I-Tüpfelchen drauf. Was aber soll man mit der Siegeszeit von 28:01,04 Minuten für einen Weltmeister nun eigentlich anfangen? Der Weltrekord steht bei 27:22,5 (Rono/Kenia).

Die vielen Rekorde und Weltrekorde vor der Weltmeisterschaft hatten einen Erwartungshorizont geschaffen, der in der harten Wirklichkeit offenbar nicht zu realisieren ist. Zyniker begründen dies zwar auch damit, daß es in Helsinki harte Doping-Kontrollen gebe, aber das ist nur eine Erklärung von vielen. Die Weltrekorde in der Leichtathletik sind keine reifen Früchte, die man nur noch vom Baum herunterzuschütteln braucht. Sie gedeihen vor dem Hintergrund besonders guter Verhältnisse und Bedingungen. Und das ist bei den Weltmeisterschaften in Helsinki allein schon wegen der vielen Gegner oftmals in Frage gestellt. Carl Lewis oder Ed Moses sind die wenigen Ausnahmen, für die dies wohl nicht gilt. Aber sonst?

Der Augenblick des Sieges: Tamara Bykowa (links) wird in der Höhe des Jubelsprunges nur von Alberto Corva, Sieger über 10 000 m, übertroffen. Edwin Moses umarmt seine Frau Myrella (Mitte), eine Berlinerin. FOTOS: AP

„Lustig, ich habe den Rekord behalten"

BLUME/FIBELKORN, Helsinki

„Manchmal", so hat sie einmal erzählt, „*manchmal denke ich, ich bin* doch auch bloß so ein kleines Wesen im Kosmos." Und deshalb sei es auch gar nicht so wichtig, ob sie nun nur noch diesen Sommer oder auch noch im nächsten Hochsprung betreibe. Doch als Ulrike Meyfarth gestern erklärte, sie mache bis 1984 weiter, war das eine der wichtigsten Nachrichten der Leichtathletik-Weltmeisterschaften in Helsinki.

Zweite war sie geworden hinter der Sowjetrussin Tamara Bykowa, hatte 1,99 m übersprungen und damit die Ovationen der 52 000 Zuschauer im alten Olympiastadion empfangen. „Zweite", sagt sie, die Weltrekordlerin (2,02 m), „das ist doch für die Öffentlichkeit eine Niederlage."

Sie sagt „für die Öffentlichkeit", nicht „für mich". Denn Zweite der Weltmeisterschaft hinter jener Athletin zu werden, die bisher überhaupt am höchsten sprang, das wiegt in ihrer (Hochspringer-)Welt viel. Tamara Bykowa, die angehende Journalistin aus Rostow am Don, hatte schon im Winter bei einem Hallensportfest 2,03 m übersprungen. Doch das gilt nicht als Weltrekord, weil Hallen-Leistungen nicht anerkannt werden.

Ulrike Meyfarth, die Europameisterin von Athen, die Olympiasiegerin von München 1972, weiß freilich, daß die 2,03 Meter der blonden Sowjetrussin die Basis für den Erfolg von Helsinki waren. Schließlich reihte sich *daran eine makellose* Wettkampfbilanz mit einem Sprung von 2,00 m im Freien. So etwas verschafft Sicherheit.

Sicherheit, die letzten Endes der Weltrekordlerin fehlte. „Auf die Saison 1984", sagt sie denn auch, „werde ich mich ganz anders vorbereiten als auf diesen Sommer." Dann werde sie wieder regelmäßiger trainieren, dann werde sie vor allem im Winter wieder Hallenwettkämpfe bestreiten. „Das braucht man im Hochsprung, schon der Sicherheit wegen." Weil sie die Szenerie kennt wie kaum eine andere Athletin ihrer Zunft, hatte Ulrike Meyfarth ihre Kontrahentin Tamara Bykowa eigentlich noch stärker eingeschätzt. Schließlich sprach Ulrike Meyfarth in den Wochen vor Helsinki stets davon, daß man in der Lage sein müsse, Weltrekord zu springen, um auch Weltmeisterin zu werden. Aber immerhin: Mit ihrem Sprung über 2,01 m schob sich Tamara Bykowa auf den dritten Platz der ewigen Weltbestenliste.

Ulrike Meyfarth, die Hochspringerin. Diese Klassifizierung ärgert sie. Sie hat eine lange Liste von Büchern angefertigt, die sie alle lesen wird und von denen sie einige auch mit nach Helsinki genommen hat. Sie malt Aquarelle, sensibel getuscht. Sie wird irgendwann, wenn sie mit der Hochspringerei aufhört, als Geschäftsfrau tätig werden. Die Sache ist unter *Dach und Fach, als Repräsentantin* eines großen Sportartikel-Konzerns wird sie mehr als nur ihr Auskommen haben.

1971 ist sie schon einmal in Helsinki gestartet, bei den Europameisterschaften. Es war ihr erster Einsatz in der deutschen Mannschaft. Ulrike Meyfarth scheiterte in der Qualifikation an der Höhe von 1,68 m. Ein Jahr später war sie in München Olympiasiegerin.

Als Tamara Bykowa ihre Pressekonferenz gab, gipfelte diese in der Aussage: „Ich bin glücklich, Weltmeisterin geworden zu sein, und ich bin stolz darauf, in der Sowjetunion zu leben." Als Ulrike Meyfarth ihre Pressekonferenz gab, sprach sie von den Vorbereitungen auf 1984. Dann finden wieder Olympische Spiele statt. Und die hat sie im Visier.

Ulrike Meyfarth, die Hochspringerin. „Das ist lustig, daß ich in Helsinki meinen Weltrekord behalten habe", sagte sie und lachte tatsächlich so herzhaft, wie man es selten bei ihr sieht. „Die Höhen, die ich bei Olympia brauche, habe ich ja alle drin", sagte sie, als freute sie sich jetzt schon auf den Wettkampf in Los Angeles.

Der Titel des Buches, das sie gerade liest, paßt genau: „Sie kam und blieb" von Simone de Beauvoir...

Psychologe riet Wülbeck: Bleib, wie du bist. Er blieb es und holte Gold

KLAUS BLUME, Helsinki

„Wenn ich im Vorlauf schlecht gewesen wäre, hätte ich mir überlegt, ob ich weitermache. Denn das wäre bei dem ganzen Aufwand zu frustrierend gewesen." Vom Aufhören sprach Willi Wülbeck (28) im Frühjahr, vor den ersten Rennen dieser Saison – jetzt ist er Weltmeister über 800 m. Die Zeit von 1:43,65 Minuten bedeutet deutschen Rekord und den fünften Platz in der ewigen Weltbestenliste. „Eine Hausnummer", wie die Athleten sagen.

Energisch ist der Mann aus Oberhausen in all seinen Rennen bei den Weltmeisterschaften in Helsinki gelaufen: Erst recht im Finale, als er couragiert aus der Kurve heraus spurtete. „Das ist", sagte Willi Wülbeck, „eigentlich wider meine Natur." Auch das taktische Manöver im Halbfinale, als er aus der Zielgeraden mit einem unverhofften Seitenschritt dem Amerikaner Davis Mack den Weg in den Endlauf versperrte. Mit ihm hatte er noch eine alte Rechnung zu begleichen. Vor 14 Tagen war Wülbeck in Luxemburg schon einmal auf dem Weg zu einem deutschen Rekord gewesen, doch da hielt ihn Mack davon ab, mit einem festen Griff an der rechten Schulter.

Energisch laufen, alte Rechnungen begleichen – hat sich da einer gewandelt? „Ich habe keine Angst mehr vor dem Schmerz, keine Angst mehr vor den schlimmen letzten 200 Metern. Und ich weiß, der größte Gegner sitzt immer in dir selbst." Sein 72 Jahre alter Trainer Hans Raff, in Helsinki dabei, sagte schon im Frühjahr: „Von der Physis her kann Willi in diesem Jahr noch einmal all seine persönlichen Rekorde verbessern."

Aber das reiche nicht, sagte Wülbeck damals. Er suchte nach beruflichem Unterkommen, weil ihm die Lauferei ein allzu unsicheres Geschäft schien: „Nichts ist vergänglicher als der sportliche Ruhm." Lehrer wird er bald sein, aber am liebsten würde er später als Trainer arbeiten, oder vielleicht als Sportjournalist. „Als Sportartikel-Repräsentant brauchst du ja einen richtigen Titel, und den habe ich nicht", sagte er vor den Weltmeisterschaften. Und in seiner Branche, dem 800-m-Lauf, war er, der zehnmalige deutsche Meister, hierzulande nur noch die Nummer zwei. Hans-Peter Ferner hatte ihm im vorigen Jahr bei den Europameisterschaften in Athen mit seinem Sieg über den englischen Weltrekordler Sebastian Coe den Rang abgelaufen.

„Man müßte eben einfach mal Weltmeister werden", sagte Wülbeck damals. Warum eigentlich nicht?

Helsinki, 9. August, zwei Stunden nach dem großen Rennen, in dem Willi Wülbeck Weltmeister *geworden* war: „Ich habe mir möglichst viele positive Gedanken gemacht, das Selbstbewußtsein in mir hochwachsen lassen. Als ich an Hans-Peter Ferner vorbeilief, war das wie ein elektrischer Schlag. Es lief."

Man mochte seinen Ohren nicht trauen. War das jener Willi Wülbeck, der Zauderer, der Träumer, der noch 1977 beim Europacup-Finale in Helsinki mit seinem Slalomlauf auf der Zielgeraden eine Disqualifikation provozierte, die, Gott sei Dank, nicht ausgesprochen wurde? War das jener Willi Wülbeck, der bei den Europameisterschaften 1978 in Prag, in ein Gespräch mit einem Kölner Journalisten vertieft, seinen Vorlauf vergaß? Er habe, so erzählte er, mal einen Psychologen aufgesucht. Der habe ihm nur den Rat gegeben: „Bleib wie du bist."

Helsinki, zwei Stunden nach dem großen Rennen: „Ich fühle mich jetzt ganz groß. Ich warte noch darauf, es tatsächlich zu begreifen", sagt Willi Wülbeck. Vielleicht so: Zehn Jahre Plackerei („das war die *Bestätigung* jahrelanger Routine"), der letzte Platz von Athen 1982 („ich war platt wie eine Flunder"), die sehr privaten Schwierigkeiten („da muß jeder Mann einmal durch"), die schlimmen, nervenzerfetzenden Schlafstörungen im letzten Herbst („das geht schließlich quer durch die Disziplinen") – das alles ergibt wohl den Bodensatz, aus dem große Erfolge wachsen. Jedenfalls bei einem wie Willi Wülbeck. Bei einem, der sich ungeheuer darüber freuen kann, daß sein Vater von einer Dienstreise aus Libyen extra nach Finnland geflogen kam, um den Sohn laufen zu sehen.

Helsinki, zwölf Stunden nach dem großen Erfolg: Willi Wülbeck denkt laut über seine Berufsaussichten nach. „Vielleicht bekomme ich etwas, jetzt, wo ich Weltmeister geworden bin." Hans-Peter Ferner, der Europameister, der im Finale von Helsinki Siebter geworden war (eine vorher ausgesprochene Disqualifikation wurde rückgängig gemacht), kennt das Problem: „Da gibt es Versprechungen, aber meist nicht mehr. Da muß man schon selber aktiv werden." Ferner, der bei einem Automobilkonzern untergekommen ist, würde auch lieber mehr trainieren. Doch da sei nun halt der Beruf, der das nicht mehr zuließe. Die Realitäten holen Willi Wülbeck schon in Helsinki wieder ein.

Deshalb denkt er wohl jetzt erstmal an die nächsten sechs Wochen, wo es bei den großen internationalen Sportfesten schließlich auch darum geht, die Goldmedaille zu versilbern. Wülbeck hat die Erfahrung gemacht, daß man nach einem dritten Platz für die Veranstalter nur noch die Hälfte der Gage wert ist. „Diese Leute sind ja so arrogant", sagte er einmal. Deshalb wird er *jetzt sorgfältig* abwägen und überaus präzise verhandeln. Träume kann einer wie er sich nicht mehr leisten.

Riehms Pech in großen Wettkämpfen

DW. Helsinki

Seine Enttäuschung öffentlich zeigen, Einblicke in die Psyche gewähren? Nein, das wollte Karl-Hans Riehm nicht. Sich selbst Mut machen, trotz seiner Enttäuschung, so lautete seine Devise, schließlich sei er ja an Rückschläge gewöhnt. Also sagte Karl-Hans Riehm fast schicksalergeben: „Es wird schon weitergehen."

Der Koloß von einem Mann, 1,87 Meter groß und 107 Kilogramm schwer, hatte nach einer Medaille geschielt, doch am Ende flog sein vierzehneinhalb Pfund schwerer Hammer rund zweieinhalb Meter zu kurz. Aus der Traum von der Medaille. Da wurden bei Riehm, der einst mit 80,80 Metern vorübergehend sogar den Weltrekord gehalten hatte (heute 84,14) Erinnerungen wach.

Doch Riehm hat es gelernt, mit Rückschlägen zu leben. Er gehört nicht zu denen, die nach Entschuldigungen suchen, die anderen die Schuld geben und Selbstkritik vermissen lassen. Auch in Helsinki redete Riehm nicht lange um den heißen Brei herum, versuchte seinen schwachen siebten Platz nicht zu rechtfertigen.

Karl-Hans Riehm war verletzt in den Wettkampf gegangen. Andere hätten damit später ihr schwaches Abschneiden entschuldigt. Nicht er: „Die Verletzung hat mich im Wettkampf nicht behindert. Daran hat es nicht gelegen." In Rhede, beim letzten Test für die WM, unterstrich Riehm mit einem Wurf über die 80-Meter-Marke seine gute Form. Doch einen Tag später zog er sich im Training eine Verletzung zu. Ein blauer Fleck am Oberschenkel markierte den Riß der Muskelfaser. Doch Riehm spielte das Mißgeschick eher herunter. Aber fortan war die Gewißheit für ihn da, daß er in Helsinki *nicht in bester Form werde antreten* können.

Das Ergebnis war auch dementsprechend: Nur Platz sieben mit 76,92 hinter dem Darmstädter Klaus Ploghaus (76,96). Aber Riehm wird auch diese Enttäuschung verkraften, er wird weitermachen bis Los Angeles, vielleicht hat seine Pechsträhne dann einmal ein Ende.

Nahezu untröstlich war nach dem Hammerwurf-Finale der Pole Zdzislaw Kwasny. Mit seinem letzten Wurf von 81,54 ließ er sich als Zweiter feiern. Doch schon bald kam die Ernüchterung. Die Mannschaftsleitung der UdSSR hatte nämlich Protest gegen diesen Wurf eingelegt. Kwasny soll mit einem Fuß übergetreten sein. Der Protest hatte Erfolg, und der Pole rutschte mit seinem regulären Wurf von 79,42 Meter auf den dritten Platz. Nutznießer war der UdSSR-Werfer Jury Sedych, der nun mit 80,94 Meter die Silbermedaille gewann. Den Titel sicherte sich erwartungsgemäß der Weltrekordler Sergej Litwinow mit 82,68.

Mit Tamara Bykowa, die fast zum gleichen Zeitpunkt den Hochsprung gewann, war Sergej Litwinow vor acht Jahren in Rostow am Don in dieselbe Klasse gegangen.

Die Muskeln der Dame Kratochilova

Es war 17.53 Uhr im Olympiastadion von Helsinki, als die Pragerin Jarmila Kratochilova das 400-m-Halbfinale in hervorragenden 51,08 Sekunden gewann. Es war 18.29 Uhr, als Jarmila Kratochilova, die Weltrekordlerin, im 800-m-Finale in 1:54,68 Minuten siegte. Nur 36 Minuten lagen zwischen diesen beiden kräftezehrenden Rennen. Doch die athletische Böhmin schien das wegzustecken wie einen Spaziergang am Hafen von Helsinki.

Der Beifall der 52 000 Zuschauer für diese Leistungen hielt sich in höflichen Grenzen. War das überhaupt eine Frau, die dort unten im weiten Rund ihre Konkurrentinnen zu Statistinnen degradierte? In der Tat: Jarmila, die nun wirklich charmant wie eine Frau plaudern kann, schaut nicht aus wie eine Frau. Die Gesichtszüge sind herb, männlich, die Beinmuskulatur erinnert an die ihrer Athleten-Kollegen.

Aber Jarmila ist eine Frau. Das brachte der jeweils obligatorische Sex-Test in Ost und West stets an den Tag. Und daß sie vollgepropft mit muskelbildenden anabolen Stereoden sei, wer will ihr das verübeln?

Zwischen 60 und 80 Prozent der Endkampfteilnehmer von Helsinki würden sich dopen, das meinen ernstzunehmende Sportwissenschaftler der Universität Leeuven in Belgien. Jarmila Kratochilova, die allzukräftige, sei lediglich eine von ihnen.

STAND PUNKT

Sicher, ihr Aussehen hat die Konkurrenz verärgert. Die deutsche Meisterin Gaby Bussmann ritt im vorigen Sommer eine heftige Attacke gegen die Jarmila Kratochilova. Keinesfalls würde sie ihr Aussehen so ruinieren wie die Tschechoslowakin, nur des Erfolges wegen. Und Weltrekordlerin Marita Koch aus Rostock sagte nach ihrem 400-m-Sieg bei den Europameisterschaften in Athen: „Ich wollte mal beweisen, daß man auch dann Außergewöhnliches leisten kann, wenn man wie eine Frau aussieht."

In Helsinki wuchern wieder die Gerüchte. Von geheimnisvollen Hormonpräparaten, die von Tieren stammen sollen und nicht analysiert werden können, ist im Falle Kratochilova sogar die Rede...

Aber: Jarmila ist nicht die einzige tschechoslowakische 400-m-Läuferin von Weltklasse. Und dabei gibt es nicht nur leistungsmäßige Unterschiede. Die anderen jungen Damen aus Prag und Preßburg sehen halt aus wie junge Damen so aussehen: adrett und weiblich.

Die 800-m-Weltmeisterin weiß freilich, daß sich die Männer schon in früheren Jahren nicht gerade nach ihr umgedreht haben, wenn sie in Prag über die Straßen flanierte. Das einzige, was ihr wesentlich erscheine, hat sie einmal gesagt, sei der Leistungssport. KLAUS BLUME

NACHRICHTEN

Plan von Neuberger: Im Winter Hallenfußball

Hamburg/Frankfurt (dpa/sid) – Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) will im Oktober in Mannheim darüber entscheiden, ob die Winterpause in der Bundesliga verlängert und in dieser Zeit ein offizieller DFB-Pokal in der Halle ausgetragen wird. DFB-Präsident Hermann Neuberger nannte in einem Gespräch mit der Illustrierten „Bunte" allerdings als Voraussetzung dafür die Reduzierung der ersten Liga auf 16 und der zweiten Liga auf 18 Vereine. Dieser Plan wird zur Zeit von einer Studiengruppe geprüft. Bei einer Tagung im Frankfurter DFB-Haus sprachen sich auch die Manager der 18 Erstligaklubs mehrheitlich für eine Reduzierung auf 16 Vereine aus, ohne daß es eine Abstimmung gegeben hätte.

Osnabrück um Korac-Pokal

Osnabrück (dpa) – Neben dem ASC Göttingen (Meister) und BSC Köln (Pokalsieger) nimmt mit dem BC Giants Osnabrück ein dritter Vertreter des Deutschen Basketball-Bundes (DBB) an den europäischen Pokal-Wettbewerben teil. Der Bundesliga-Aufsteiger Osnabrück spielt um den Korac-Pokal, der dem UEFA-Pokal im Fußball vergleichbar ist.

Manipulation in der CSSR

Düsseldorf (sid) – Nach der Aufdekkung von Fußball-Skandalen in Jugoslawien, Ungarn und Bulgarien wird jetzt auch in der CSSR von *Manipulation* berichtet. Die beiden Zweitligaklubs TTS Trencin und ZTS Petrzalka wollten in der letzten Saison ihren drohenden Abstieg durch Manipulation vermeiden und wurden deswegen zu Geldstrafen von umgerechnet 1500 und 2500 Mark verurteilt. Zwei Spieler erhielten eine dreimonatige Sperre auf Bewährung, und die beiden Klubsekretäre wurden ihrer Posten enthoben.

Freuler fuhr Weltrekord

Zürich (sid) – Urs Freuler (Schweiz) verbesserte am ersten Tag der Schweizer Bahnradmeisterschaften in Zürich-Oerlikon seinen eigenen Weltrekord im Kilometer-Zeitfahren der Profis. Der zweimalige Weltmeister im Punktefahren war in 1:06,091 Minuten um sieben Zehntelsekunden schneller als bei seiner alten Rekordleistung am 25. August an gleicher Stätte.

Funkel zu Uerdingen

Krefeld (sid) – Friedhelm Funkel kehrt nach dreijähriger Spielzeit beim Fußball-Bundesligaklub 1. FC Kaiserslautern zum Aufsteiger Bayer Uerdingen zurück. Die Ablösesumme für Funkel, der auch bei Fortuna Düsseldorf im Gespräch war, beträgt 400 000 Mark. Die Absage an Düsseldorf begründete Funkel damit, daß Bayer Uerdingen ihm eine berufliche Absicherung garantiere. – Fred Schaub (bisher Fürth) unterschrieb bei Borussia Dortmund einen Einjahresvertrag.

Wettskandal in England?

London (dpa) – Nach einem Bericht der englischen „Sun" hat es im englischen Pferderennsport zahlreiche Manipulationen von Rennen gegeben. Der professionelle Buchmacher Harry Bardsley soll angeblich gestanden haben, mindestens 15 Jockeys gekauft zu haben, die dann in abgesprochenen Einläufen ins Ziel kamen. Auch beim Königlichen Rennen in Ascott soll Bardsley manipuliert haben. Der Buchmacher bestreitet allerdings die Darstellung der Zeitung.

ZAHLEN

FUSSBALL

2. Liga, 2. Spieltag: Essen – Solingen 1:1, Wattenscheid – Hannover 1:1, Aachen – Hertha BSC 2:1, Karlsruhe – Duisburg 0:0, Köln – Osnabrück 3:0.

1. Karlsruhe	2	1	1	0	5:1	3:1
2. Köln	2	1	1	0	5:2	3:1
3. Aachen	2	1	1	0	2:1	3:1
4. Ulm 1846	1	1	0	0	5:2	2:0
5. Kassel	1	1	0	0	3:0	2:0
6. Schalke 04	1	1	0	0	3:0	2:0
7. Darmstadt	1	1	0	0	2:0	2:0
8. Saarbrücken	1	1	0	0	2:1	2:0
9. Solingen	2	0	2	0	3:3	2:2
10. Wattenscheid	2	0	2	0	2:2	2:2
11. Duisburg	2	0	2	0	0:0	2:2
12. Freiburg	1	0	1	0	0:0	1:1
13. Hertha BSC	2	0	1	1	2:3	1:3
14. Essen	2	0	1	1	3:6	1:3
15. Osnabrück	2	0	1	1	0:3	1:3
16. Hannover	2	0	1	1	2:6	1:3
17. Lüttringh.	1	0	0	1	1:2	0:2
18. Oberhausen	1	0	0	1	0:2	0:2
19. Charlottenb.	1	0	0	1	0:3	0:2
20. Stuttgart	1	0	0	1	0:2	0:2

3. Spieltag, Freitag: Duisburg – Wattenscheid, Osnabrück – Essen; Samstag: Hannover – Aachen, Hertha BSC – Köln, Schalke – Lüttringhausen, Kassel – Oberhausen, Freiburg – Karlsruhe, Darmstadt – Saarbrücken; Sonntag: Solingen – Charlottenburg, Ulm – Stuttgart.

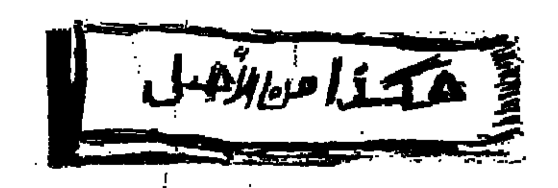
Freundschaftsspiele: Bremen – Arsenal London 2:0, Bayern München – 1860 München 3:0.

TENNIS

Damen-Turnier in Manhattan Beach/Kalifornien, zweite Runde: Navratilova – Henricksson (beide USA) 6:1, 6:1, Durie (England) – [illegible] (USA) 6:3, 6:3, Turnbull (Australien) – Lee (Südkorea) 6:2, 6:0, Ruzici (Rumänien) – Hallquist (USA) 6:3, [illegible], Lloyd – Forood (beide USA) [illegible], Shriver (USA) – Croft (England) 6:1, 6:3.

SCHACH

Großmeisterturnier in Hannover, 4. Runde: Balaschow (UdSSR) – Bouaziz (Tunesien) 0,5:0,5, Hartmann (Bamberg) – Georgadse (UdSSR) 0:1, Kavalek (USA) – Jingxuan (China) [illegible], Pfleger (München) – Ostermeyer [illegible] 0,5:0,5, Sosonko (Holland) – Karpow (UdSSR) 0,5:0,5, Chen De (China) – Bastian (Saarbrücken) 1:0, Lobron (Wiesbaden) – Quinteros (Argentinien) 1:0. – Gesamtstand: Georgadse [illegible] Punkte, 2. Lobron 3,0, 3. Torre [illegible], Quinteros, Balaschow, Karpow, Kavalek, Ostermeyer, Jingxuan und Chen De alle 2,0.



Süße Pillen munden nicht

R. K. B. – Der Leiter des Ulmer „Westentaschentheaters", Theodor Dentler, hat beim Gesundheitsministerium in Bonn sowie bei verschiedenen Krankenkassen die Ausgabe von „Theaterkarten auf Krankenschein" angeregt. In Briefen an die „Gesundheitsleute" nennt Dentler als hauptsächliche Leiden der Menschheit Ärger, Hetze und Streß und weist zugleich den Weg zur Heilung: Herzhaftes Lachen im Theater wirke Wunder. Lachen löse Verkrampfungen, beuge seelischen und körperlichen Erkrankungen vor und diene damit der Gesunderhaltung des Volkes.

Man kann diesen Vorschlag nur kopfschüttelnd zur Kenntnis nehmen. Der Mann kennt die heutige Theaterszene nicht, hat keine blasse Ahnung, was sich auf den Brettern abspielt! Theateraufführungen sind derzeit ja eher niederschmetternd, weit entfernt davon, die Gesundheit zu fördern. Vor allem die ungemein modischen Langzeit-Aufführungen auf harten Holzbänken sind Generalangriffe auf das allgemeine Wohlbefinden. Spätestens nach zwei Stunden sind Füße und Beine eingeschlafen. Später erstarren die Halswirbel, die Bandscheibe meldet Alarmstufe Nr. eins. Orthopäden vermelden unter ihren Patienten zunehmend Theaterbesucher.

Und kennt Herr Dentler nicht die Vorliebe der Regisseure, ihre Inszenierungen an möglichst abgelegenen Orten zu veranstalten? Am besten geeignet sind stillgelegte, eiskalte Straßenbahndepots oder zugige Zelte am Stadtrand. Da darf dann der Theaterbesucher im Dunkeln über Stock und Stein klettern, durch Pfützen patschen, Arm- und Beinbrüche riskieren. Wer's gut übersteht, den Ort heil erreicht, darf dann auf Lungenentzündung und Bronchialkatarrh hoffen; eine Grippe ist ihm sowieso sicher. Und vom feuchten Betonfußboden her droht zusätzlich Nieren- und Blasenentzündung.

Die Krankenkassen wären also wahrlich schlecht beraten, Dentlers Vorschlag auch nur eine Sekunde lang ernst zu nehmen. Aber letztlich will Theodor Dentler mit seinem Einfall wohl nur ins Gerede kommen, glaubt selber nicht an seinen Unfug, hofft vielleicht statt dessen, aus seinem „Westentaschentheater" vielleicht ein „Aktentaschentheater" zu machen. Aber so wird ihm das nicht gelingen.

London: Porträt-Miniaturen aus der Tudor-Zeit

Bettys frivole Momente

Es ist eine Art sanfter Malerei, spezieller als jede andere ... Es ist ein Geheimnis." So schwärmte der Star unter den englischen Miniaturmalern, Nicholas Hilliard (1547–1619) von seiner feinpinseligen Kunst. Seine Porträts brillieren jetzt in einer internationalen Ausstellung, die das Londoner Victoria-und-Albert-Museum streng in schwarzweißem Rahmen inszeniert hat. Am besten betritt man sie mit einer Lupe in der Hand: Denn nur knapp daumennagelgroß bis zur Spanne einer Handfläche reicht das Format der rund 200 auf dunklem Samt diskret ausgeleuchteten Porträt-Miniaturen. Diese kleinen und extrem feinen Kunstwerke spielten eine herausragende Rolle im englischen Kunstleben zwischen 1520 und 1620.

Als Liebespfand ließen sich die Adligen jener Zeit in handlichem Maßstab verewigen. Doch wurden die Bildnisse in erster Linie vom Hause Tudor selbst als Symbol seiner Macht eingesetzt. Für Herrscher anderer Mächte lieferten sie ein königliches Geschenk, für loyale Untertanen fürstliche und bindende Belohnung. Von Anfang an wurden sie als besonders kostbare Objekte behandelt. In gedrechselten Elfenbeinkästchen mit licht- und staubschützenden Elfenbeindeckeln bewahrte man sie auf. Später, etwa ab 1560, trug man sie als juwelengefaßte Medaillons auf der Kleidung zur Schau. Elizabeth I. selbst hütete sie in ihrem Allerheiligsten, einem Kabinett ihres Schlafgemachs. Neben einem tennisballgroßen Rubin verwahrte sie hier die sorgfältig in Papier gewickelten Bildnisse ihrer politischen Freunde, Gegner und auch Liebhaber. In frivoleren Momenten soll sie das Medaillon eines ihrer Verehrer auf ihren Schuh geheftet haben.

Lucas Hornebolte, ein flämischer Buchmaler, führte diese spezielle Kunst als Hofmaler Heinrichs VIII. in England ein. Sein Rezept galt für die folgenden Jahrzehnte: Die leuchtenden selbstgeriebenen Wasserfarben trug er mit feinsten Pinseln aus Eichhörnchen-Schwänzen auf winzige Pergamentstücke auf, die zur Verstärkung dann auf Spielkarten aufgezogen wurden. Genau im richtigen Winkel mußte das Licht einfallen und penibel sauber hatte der Künstler – am besten in einen Seidenkittel gehüllt – zu arbeiten.

Exklusiv für die Königsfamilie arbeitete Hornebolte. Sein ansehnliches Gehalt verführte ihn dabei nicht zur Schöntuerei, wie ein Bildnis der Katharina von Aragon beweist: Mit ihrem Schoßhündchen im Arm wird hier Heinrichs unglückliche Ehefrau Nr. 1 sehr realistisch als gedrungene Matrone verewigt.

Hornebolte unterwies auch seinen Nachfolger Hans Holbein in der speziellen Kunst der Miniaturmalerei. Neun solcher Porträts werden dem deutschen Meister am englischen Königshof heute zugeschrieben, in denen er vor saphirblauem Hintergrund oder purpurnem Samtvorhang seinen Figuren auch in diesem Kleinformat Gewicht gab. Einige Gewohnheiten behielt er dabei auch von seiner „großen" Malerei bei: So malte er seine Bildnisse nach einigen Vorzeichnungen, während sonst Porträt-Miniaturen durchweg direkt vor dem Modell entstanden.

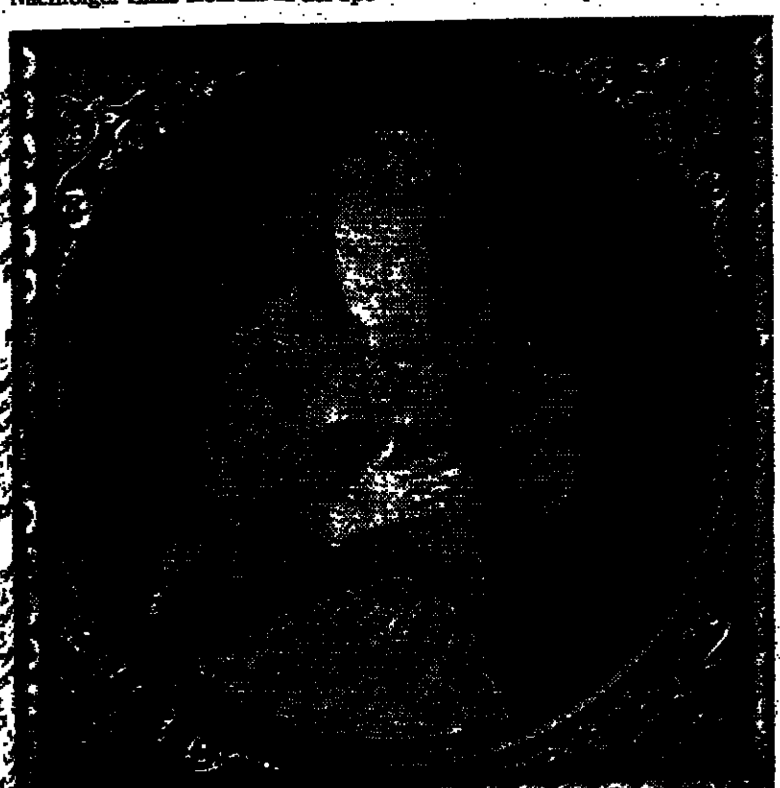
Weitergereicht wurde das Geheimnis der Miniaturmalerei an den Goldschmied und Juwelier Nicholas Hilliard. An schierer Virtuosität sollte ihn keiner übertreffen. Königin Elizabeth stilisierte er zur kostbaren Ikone: Juwelenstrotzend über ihrem bleichen Gesicht die rote Haarkrone, von starrender Spitze der Stuartkragen, im Gewand jeder Goldfaden, jedes Schmuckstück mit auf das Pergament getropfter Farbe plastisch hervorgetrieben.

Dem Geiz der Königin ist es im übrigen zu verdanken, daß der knapp gehaltene Hilliard zudem auch alle wohlhabenden Modelle aus dem Adel und Bürgertum annahm und so eine unvergleichliche Galerie an Typen der Tudor-Zeit überliefert hat, von selbstbewußten Adelsdamen und welterfahrenen Hofmännern bis zu schüchternen Bürgersfrauen in ihrem besten Staat. Daß in ihre offizielle Pose dabei so viel von sehr privater Konfrontation und direktem Blickwechsel einfloß, macht diese Porträts noch heute so reizvoll und unmittelbar lebendig.

Hilliard auch malte eines der populärsten, poetischsten und immer noch mysteriösesten aller Porträts: In schlankem Oval das Bildnis eines langbeinigen liebeskranken Jünglings, der, an einen Baumstamm gelehnt, von weißem Rosengebüsch umrankt wird. Die gängigste Erklärung deklariert ihn als den letzten Favoriten Elizabeths, den Earl of Essex, der nach der dornigen Tudor-Rose schmachtet.

Der letzte bedeutende Maler der Tudor-Ära war Isaac Oliver (um 1560–1617). Er hatte sich offensichtlich in Italien, Flandern und Frankreich umgesehen und nutzte seine Kenntnisse der Renaissancekunst auch auf den wenigen Zentimetern der Porträt-Miniatur. Geschmeidiger als Hilliard ließ er seine Modelle posieren, er modellierte sie mit Licht und Schatten und wissenschaftlich exakter Perspektive. Eine seiner Edeldamen ganz in subtilen Grau- und Brauntönen fällt dabei durch ihr geheimnisvolles Lächeln unter wohlfrisiertem Lockenkopf auf: Mona Lisa im Taschenformat. (Bis zum 6. November, Katalog 4,95 Pfund)

HEIDI BÜRKLIN



Mit feinstem Pinsel aufgetragen: „Unbekannte Dame" von Isaac Oliver (um 1600), aus der Londoner Ausstellung FOTO: KATALOG

Ein Deutscher von gestern und morgen: Zum 100. Geburtstag des Expressionisten Ernst Stadler

„In meinem Herzen lag ein Stürmen . . ."

Das Jahr 1914 war ein gutes Jahr für Wahrsagerinnen. Sie redeten sibyllinisch daher, und manche behielten sogar recht. Zu den letzteren gehörte eine gewisse Madame de Robertsau. Sie residierte in Paris. Zu ihr ging ein junger Mann. Er war Professor der Germanistik in Brüssel, nebenbei Schriftsteller und gerade 30 Jahre alt. Er hatte kurz zuvor einen Ruf an die Universität Toronto erhalten. Nun wollte er sich bei Madame nach Kanada erkundigen. Sein Freund, der ihn zu dieser Visite, mehr aus Spaß, geraten hatte, mußte draußen warten. Die Dame, spezialisiert auf Pendel, Karten und Handlinien, empfing nie zwei Personen zusammen.

Der Freund – es war Otto Flake, ebenfalls ein Schriftsteller – ging ungeduldig im Garten des Musée Cluny spazieren. Die Visite dauerte kaum fünf Minuten. Sie erbrachte zwei Auskünfte: Die Reise übers Meer finde nicht statt, und es stünde ein gewaltsamer Tod bevor. Es war April 1914. Am 30. Oktober ist Ernst Stadler tot. Er hatte in der Tat die Professur in Kanada nicht antreten können, weil er im Juli einberufen wurde. Drei Monate später wurde er in Flandern von einer englischen Granate zerfetzt.

Es ist ungewiß, ob die Geschichte, die Otto Flake über das letzte Zusammentreffen mit seinem Freund erzählt hat, sich wirklich so zugetragen hat. Entscheidend ist dies nicht. Aber das Prosastück „Die Reise übers Meer" wirft ein Streiflicht auf den heillos schönen und nervösen Sommer von 1914 und setzt zugleich ein auf ergreifende Weise schlichtes Erinnerungsmal auf den neben Benn, Heym und Trakl bedeutendsten deutschen Expressionisten.

Übrigens hat Flake den Namen der Wahrsagerin mit Bedacht gewählt. Robertsau, zu deutsch: Ruprechtsau, ist ein Vorort von Straßburg. Dort liegt Stadler begraben. Aber das weiß man heute nicht mehr.

„Das Elsaß wird erst später wissen, was es an ihm verloren hat", schrieb Kasimir Edschmid 1915. Ganz falsch. Im Elsaß, das Ernst Stadler als einen seiner größten Söhne verbuchen könnte, erinnert man sich an den Dichter nur mit Mühe. Gedenkfeiern wird es nicht geben.

„Ein Deutscher von heute und morgen": Mag sein, daß solch ein Etikett, auch wenn es von dem gleichaltrigen René Schickele stammt, in elsässischen Ohren heute mißverständlich klingt. Aber unverständlich bleibt es schon, warum man in Straßburg an Ernst Stadler vorbei das Jahr 1983 zum „Schickelejahr" ausgerufen hat.



Die Reise übers Meer fand nie statt: Ernst Stadler fiel 1914 im Ersten Weltkrieg FOTO: THEA STEINHEIM

Dabei waren Schickele und Stadler, der heute vor 100 Jahren in Colmar geboren wurde, enge Freunde. Sie warben gegenseitig für die Dichtkunst des anderen, wobei sie ihr je eigenes „geistiges Elsässertum" bezeugten. Stadler, der im Gegensatz zu Schickele ausschließlich in deutscher Sprache schrieb, spielte gleichwohl seine Mittlerrolle zwischen der romanischen und germanischen Kultur. Er übersetzte Balzac, Charles Péguy sowie Henri de Régnier, und Francis Jammes wurde in Deutschland erst durch seine Übertragungen bekannt.

Stadler, der sich der Wirklichkeit und der Verpflichtung des Krieges nicht entzog – auch hierin anders als Schickele –, der als Reserveoffizier in den Vogesen, an der Aisne und in Flandern in die Schlacht geführt wurde, registrierte dennoch wachsam bis verstört die Unsäglichkeiten des Leides der Menschen – auf beiden Seiten.

Die ganze Irritation des gebildeten und sensiblen Geistes kommt in einem Eintrag des Kriegstagebuches zum Ausdruck: „Um 7.30 überschreiten wir die Grenze und rücken den Paß hinunter. Es ist ein wundervoller Abend. Weiter freier Blick in die französ. Berge. Ich grüße Frankreich beinahe mit solcher Erschütterung wie damals, als ich vor 7 Jahren zum 1. Mal Paris sah. Ich denke kaum mehr, daß Krieg ist. Ich grüße Dich, süße Erde von Frankreich. Vorne die Jäger stimmen Lieder an: Die Wacht am Rhein. Alles fällt ein, wie wir den Berg herunterziehen. Ein weinender Bettler am Weg. Wir hören das feindliche Feuer. Dann wird die Artillerie vorgezogen."

Aber nicht nur im Elsaß, auch in Deutschland finden Person und Werk Ernst Stadlers kaum Widerhall. Die Kafka- und Ringelnatz-Feiern tönen mächtig. Fehlanzeige aber bei Stadler. In den fünfziger Jahren als Expressionist wiederentdeckt, gar als Klassiker ebendesselben eingestuft, war er schon 1954 bei der Herausgabe seiner „Dichtungen" philologisch erstklassig beigesetzt.

Soeben ist er – wiederum erstklassig – umgebettet worden. Der Münchner C. H. Beck Verlag hat es unternommen, unter der Herausgeberschaft von Klaus Hurlebusch und dem inzwischen verstorbenen Karl Ludwig Schneider eine kritische Ausgabe der „Dichtungen, Schriften, Briefe" im Umfang von 906 Seiten vorzulegen. Doch der Preis von 198 Mark ist so abschreckend hoch, daß Stadler wohl wieder nicht unters (gebildete) Volk kommen wird.

Einziger Trost: die Ausgabe ist mustergültig. Sie baut auf der damals von K. L. Schneider noch allein verantworteten Edition auf, korrigiert Fehler, verfeinert die Details, gruppiert ganze Textkomplexe um, verbessert den Umbruch bei den nach der Kunstauffassung Stadlers so charakteristischen Langzeilen.

Vor allem aber sind wiederaufgetauchte Texte eingefügt worden, darunter 32 Briefe, das Kriegstagebuch und eine Reihe literaturkritischer und kulturpolitischer Schriften, so daß neben den Lyriker Stadler immer mehr der Publizist Stadler tritt, der als einer der ersten die Bedeutung von Benn und Heym erkannt und formuliert hat. Bedauern mag man freilich, daß auf den Wiederabdruck des Lebensabrisses verzichtet wurde sowie von den wenigen Bildnissen gerade noch eine Photographie, nicht einmal die beste, übernommen wurde.

Trotz dieser Mängel lädt die vorliegende Ausgabe dauerhaft dazu ein, sich mit dem Werk Stadlers zu beschäftigen. Und wenn etwas andauert, dann ist es die aus vielen Gedichten herausspringende Aufbruchstimmung sowie der hochaktive Lyrikband von 1914 mit dem bezeichnenden Titel „Der Aufbruch".

Hochaktiv im Sinne einer geradezu zornigen Zeitgenossenschaft, die der ästhetischen Klöppelei eines George das Vertrauen entzieht: „Form ist Wollust, Friede, himmlisches Genügen. Doch mich reizt es, Ackerschollen umzupflügen." Hochaktiv aber auch im Sinne einer offensiven Spannkraft, für deren Atem selbst die Langzeile immer noch zu kurz erscheint: „In meinem Herzen lag ein Stürmen wie von aufgerollten Fahnen." Hochaktiv schließlich im Sinne einer eruptiven Erotik, die allenfalls noch von derjenigen Paul Boldts, des Dichters aus der anderen Ecke des Kaiserreichs, aus Westpreußen, übertroffen wird: „In diesen Nächten friert mein Blut nach deinem Leib, Geliebte."

Ernst Stadler ist literarhistorisch gut versorgt. Nach wie vor ist er Gegenstand germanistischer Korrespondenzen. Aber das bringt ihn uns nicht näher. Wir sollten ihn uns aneignen.

WOLFGANG MINATY

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Der bunte Hund

Max Ernst für Kinder

Ein kinderbegeistertes, aber kinderloses Ehepaar hat dem Zeitschriftenrezensenten dringend eine Zeitschrift zur Besprechung empfohlen. Sie heißt „Der bunte Hund" und ist laut Untertitel „Das Magazin der Kinderliteratur"; verlegt wird sie vom bekannten pädagogischen Verlag Beltz in Weinheim. Erscheinen soll sie etwa dreimal im Jahr: „,Der bunte Hund' kommt, wenn er fertig ist." Das ist wenigstens eine eindeutige Antwort.

Aber das ist nicht das einzige, was an dem uns zugesteckten Heft zu loben ist. Der bunte Hund ist auch ein schöner Hund: Der Graphiker (Hartwig Jung) versteht sein Metier – man greift mit großem Appetit nach dem Heft, dessen Layout von einem auf dem deutschen Zeitschriftenmarkt nicht gerade häufigen Einfallsreichtum ist. Aber einmal ist der Augenschmaus zu Ende, und das ist der Augenblick, wo man zu rätseln beginnt ...

Es stellt sich nämlich bald die Frage nach der „Zielgruppe" dieser Zeitschrift. Für wen wird sie gemacht? Soll sie ein Organ sein, in dem sich Erwachsene über Kinderliteratur informieren? In der uns vorliegenden Nr. 3 ist kein einziger deutender oder auch nur katalogisierender Artikel zu finden. Alles in dem Heft ist für den unmittelbaren Konsum gedacht: Es sind Erzählungen, Rätsel, Spiele, Comics, Gedichte, und selbst der Artikel über Wilhelm Hauff, den Dichter des Märchens vom „Kalif Storch", tritt als eine Art von Novelle auf.

Ist „Der bunte Hund" also direkt für die Kinder gemacht? Und wenn, für welches Alter? Man zögert, denn es gibt kaum einen Beitrag in dem Heft, der nicht auf Verfremdung aus ist. Manchmal etwas versteckt, dann auch wieder ganz massiv. Die an Max Ernst erinnernden Collagen sind typisch, in denen aus Fragmenten von Fotografien und alter Graphik neue Fabelwesen konstruiert werden, oder auch die Fotos von Gesichtern, die in der Manier von Arnulf Rainer verschmiert sind. Kennzeichnend auch, daß die sorgfältig geschriebenen Erzähltexte fast immer irgendwo in eine surrealistische Pointe umkippen, die Kinder kaum mitvollziehen können.

Man erinnert sich, was Walter Benjamin und andere gescheite Köpfe über die Collage und die surrealistischen Praktiken gesagt haben. Eine Zerstückelung der Welt, um sich ihrer zu entledigen – um ihr andere Welten entgegenzustellen? Kinder, gesunde Kinder, haben ein anderes Verhältnis zur Welt: Sie wollen sich die Wirklichkeit Schritt für Schritt aneignen, in ihrem Zusammenhang verstehen. Sie verlangen keinen langweiligen Naturalismus, haben nichts gegen Übersteigerungen – aber jede Übersteigerung soll zusammenschließen, was sie erfassen wollen. Väter und Mütter erfahren das immer wieder. Kinder sind keine Aussteiger, sondern Einsteiger.

Vielleicht ist „Der bunte Hund" für Erwachsene gemacht, die in eine Kinderwelt zurückfliehen möchten, die es nie (auch in ihrer eigenen Jugend nicht) gegeben hat.

ANTON MADLER

KULTURNOTIZEN

Das 5. Internationale Marionetten-Festival findet vom 10. bis 18. September in Lugano statt.

Straßenmaler und -musikanten treffen sich beim 5. Internationalen Wettbewerb am 20. und 21. August in Geldern.

300 Sesterze aus dem 2. und 3. Jahrhundert sind in einem Brunnenschacht bei Evreux in der Normandie gefunden worden.

Die Ausstellung „New York Now" (s. WELT vom 10. 12. 1982) ist bis zum 4. September in der Düsseldorfer Kunsthalle zu sehen.

Zwischen China und der CSSR sind nach fast 20jähriger Pause wieder kulturelle Beziehungen aufgenommen worden.

Stadt–Natur–Zukunft ist das Motto des 21. Weltkongresses der Internationalen Föderation der Landschaftsarchitekten vom 31. August bis 2. September in München.

An den Freiheitskämpfer Simon Bolivar erinnert eine Ausstellung im Madrider Flughafen Barajas.

Historische Musikinstrumente werden vom 1. bis 4. Dezember in Herne gezeigt.

Zu Hildesheims Sehenswürdigkeiten führt die „Rosenroute", ein fünf Kilometer langer, mit weißen auf das Pflaster gemalten Rosen markierter Rundweg.

Die Autorin Hildegard Pleritz ist im Alter von 84 Jahren in Berlin gestorben.

Neue Musik bei den Salzburger Festspielen

Aus hängenden Gärten

Von einer Dramaturgie der Moderne zu sprechen, wäre sicherlich verfrüht. Aber immerhin zeigt man seit ein paar Jahren nun auch bei den Salzburger Festspielen wieder den Mut zum maßvollen Risiko. Die Programme der Orchesterkonzerte, Serenaden und Kammermusikabende enthalten mehr und mehr zeitgenössische Musik.

Den Gastspielen des Symphonieorchesters des Österreichischen Rundfunks obliegt die Aufgabe, alljährlich in zwei Konzerten Musik der Gegenwart vorsichtig dosiert zur Diskussion zu stellen, wozu diesmal, nach der erfolgreichen konzertanten Aufführung von Ernst Kreneks Oper „Karl V." im Jahr 1981, auch eine konzertante Darbietung der Oper „Dantons Tod" von Gottfried von Einem gehören wird. Was heute schon leicht vergessen wird: Die Salzburger Festspiele waren ja bis in die sechziger Jahre das Forum schlechthin für Opernuraufführungen, die Reihe der Autoren schließt etwa Richard Strauss, Rolf Liebermann und Hans Werner Henze ein. Wer weiß, vielleicht entdeckt man aber in Salzburg auch wieder einmal die Opernbühne für das zeitgenössische Musiktheater. Vorerst allerdings bleiben die Experimente auf den Konzertsaal beschränkt.

In diesem Jahr gab es vier Uraufführungen. Sie alle wurden vom Publikum höflich und ohne Protest aufgenommen, in einem Fall sogar mit nachhaltigem Bravo gefeiert. Peter Michael Hamel, der Münchener Komponist, war der Glückliche, dem dieses widerfuhr.

Sein Stück, im Rahmen einer Serenade des Mozarteumorchesters unter Leitung des Gelsenkirchener Musikchefs Uwe Mund aus der Taufe gehoben, heißt „Semiramis" und ist eine überaus sanfte Collage aus dem reichhaltigen Reservoir fernöstlicher Folklore. Indien, Java und die pentatonischen Wendungen chinesischer Trivialmusik lassen grüßen. Celesta, Glockenspiel, Zimbeln, Vibraphon und Harfe hüllen den Zuhörer ein. Eine helle, lichte Musik, die der Komponist im Programmheft clever verteidigt; einer Welt, „berstend vor Waffen, verseucht", wolle er eine „positive, ganzeinheitliche Empfindung entgegensetzen". Hamels „Ganzheitslehre" liegt ja auch seinem Bemühen zugrunde, die Grenzen zwischen sogenannter E- und U-Musik in seinen Werken zu überwinden.

Gerhard Wimberger hat sich derlei ideologischen Anspruch verkniffen. Als langjähriges Mitglied im Direktorium der Salzburger Festspiele besitzt er sozusagen Heimvorteil, und so wurde auch die Uraufführung seiner „Phantasie für acht Spieler" heftig bejubelt, obwohl sie nicht viel Neues brachte.

Die acht Instrumente – Streicher, Klarinette, Fagott und Horn – werden überaus klangspezifisch eingesetzt: mal ruppig, mal elegisch. Ein einfacher, sich wiederholender Intervallsprung bindet das Geschehen motivisch aneinander. Zwanzig problemlose Minuten, modisch verpackt, vom Wiener Kammerensemble engagiert in den Erfolg getrieben.

Eine Überraschung bot Cesar Bresgens „Ballade" für Solo-Violine, Streicher und Cembalo. Auch Bresgen, der in den vergangenen Jahren beinahe regelmäßig Uraufführungen in Salzburg für sich buchen konnte, so 1980 eine „Elegie" für zwölf Celli, 1981 ein Posaunenkonzert, gehört zum Glück nicht zu jenen, die zeitgenösische Musik ausschließlich als Provokation verstanden wissen wollen. Seine Geigen-Ballade ist von verhalten elegischer Stimmung, im erzählenden Duktus dem Violinkonzert von Alban Berg verwandt, ohne freilich dessen Eindringlichkeit zu erreichen. Thomas Zehetmair, mehr schlecht als recht begleitet von den Festival Strings Lucerne unter Rudolf Baumgartner, setzte sich für dieses eindringlich intensive Stück mit großem Ton, souveräner Technik und einer bemerkenswerten Klangfarbenpalette ein. Der junge Geiger hat erstaunliche Fortschritte gemacht und man wird seine weitere Karriere mit Aufmerksamkeit verfolgen müssen.

Über die letzte Uraufführung zu berichten, fällt ein wenig schwer. Denn das im Auftrag des Österreichischen Rundfunks geschriebene Cellokonzert Nr. 2 von Ernst Krenek bleibt hinter dem Anspruch zurück, den Krenek mit anderen Kompositionen gesetzt hat.

Ein Werk, das viele retrospektive Momente enthält, dessen Dramatik bisweilen gekünstelt wirkt und das dem Dialog zwischen Solo-Instrument und Orchester zugunsten eines nicht immer transparenten Nebeneinanders zu vernachlässigen scheint. Trotz des brillanten Einsatzes von David Geringas und dem Symphonieorchester des Österreichischen Rundfunks unter Hans Zender eine nicht befriedigende Arbeit, deren spontan gewonnener zwiespältiger Eindruck sich vielleicht bei nochmaligem Hören korrigieren läßt.

VOLKER BOSER

JOURNAL

Mehr Geld für den Naturschutz gefordert

dg. **Bonn**

Kritik an der Finanz- und Personalausstattung des Naturschutzes in der Bundesrepublik hat Wolfgang Erz von der Bundesforschungsanstalt für Naturschutz und Landschaftsökologie (Bonn) geübt. Der deutsche Naturschutz habe einen „Nachholbedarf von 50 Jahren", schreibt Erz in einem soeben veröffentlichten Beitrag für das Jahrbuch für Naturschutz und Landschaftspflege. Anstelle von Erfolgsmeldungen, die sich auf „Scheinleistungen" stützen, sollten Naturschutz- und Ökostatistiken geführt werden. Den Finanzbedarf des Naturschutzes beziffert Erz auf jährlich 570 Millionen Mark für Ausgleichsmaßnahmen, 30 bis 60 Millionen Mark für Schutzgebietsankäufe, 50 bis 140 Millionen Mark für Artenschutz und 150 Millionen Mark für Landschaftsplanung.

Kairoer Zitadelle für das Publikum freigegeben

dpa, **Kairo**

Die im 12. Jahrhundert unter Saladin gebaute Zitadelle in Kairo ist nach sechsmonatigen Restaurierungsarbeiten vom ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak zur Besichtigung freigegeben worden. Die ehemals mächtigste Festungsanlage im Orient, zu der die aus dem 19. Jahrhundert stammende Alabastermoschee, ein Palast- und ein Militärmuseum sowie eine Ausstellung königlicher Kutschen gehören, ist damit zum erstenmal zum größten Teil für Besucher frei. Die Armee, die seit Jahrhunderten Truppen auf der hoch über Kairo liegenden Burg stationiert hatte, mußte einen Großteil ihrer Quartiere räumen und soll demnächst ganz ausziehen. Auch das berüchtigte Gefängnis der Zitadelle soll geräumt werden.

Streit zwischen Simmel und Zadek beigelegt

dpa, **München**

Der nach dem Roman „Hurra, wir leben noch" von Johannes Mario Simmel unter der Regie von Peter Zadek gedrehte Film wird unter dem Titel „Die wilden Fünfziger" auf die Leinwand kommen. Die Titeländerung war notwendig geworden, nachdem Simmel dem Produzenten Bavaria die Verwendung des auch für den Film ursprünglich vorgesehenen Buchtitels untersagt hatte. Nach einer zwischen dem Autor und der Produktionsfirma getroffenen Vereinbarung wird der Streifen mit dem Untertitel „Sehr frei nach Motiven des Romans von Johannes Mario Simmel" laufen.

Gegenwartsdramatik der „DDR" stößt auf Kritik

AP, **Berlin**

Die Gegenwartsdramatik in der „DDR" ist in einem Beitrag der Kulturzeitschrift „Weimarer Beiträge" auf scharfe Kritik gestoßen. Das Blatt stellt in seiner letzten Ausgabe ein „markantes qualitatives Gefälle" gegenüber den zurückliegenden Jahren fest. So werde die weltanschaulich-ästhetische Qualität wie in dem Stück „Bau" von Heiner Müller nicht erreicht. Nach Darstellung des Blattes ist „der Wirklichkeitsausschnitt zu gering dimensioniert, die Kraft der Farben und Figuren ist zu niedrig angesetzt". Die „relativ dünnblütigen Fabeln" benötigten häufig eine dramaturgische „Zutat". Darüber hinaus rücke die Auseinandersetzung mit „den Erscheinungen kleinbürgerlichen Verhaltens" in den Vordergrund, während die Arbeiterfiguren an den Rand der Geschichte gerieten.

Klaus Nomi †

Er war der totale Exzentriker einer Musikszene, die sich weder auf Rock noch Klassik festlegen ließ: Klaus Nomi, ein Berliner, der 1979 nach New York ging und dort Furore machte. Ein Countertenor der höchsten Lage, sang Nomi Opernarien der Mezzosoprane ebenso wie Songs einer schrill verzerrten Disco-Musik. Für die Amerikaner war Nomi so etwas wie die Wiederauferstehung des Berlins der Golden Twenties, wie sie es aus „Cabaret" kennen: Mit grell geschminktem Gesicht und übertrieben gestyltem Smoking unterstrich er diesen Eindruck auch äußerlich. 41jährig ist Klaus Nomi jetzt in New York an den Folgen einer AIDS-Erkrankung gestorben.

Bth

H. Bekker v. Rath †

dpa, **Frankfurt**

Wenige Wochen vor ihrem 90. Geburtstag ist die Frankfurter Galeristin und Malerin Hanna Bekker vom Rath in Bad Nauheim gestorben. Im Frühjahr 1947 hatte sie in ihrer Vaterstadt das „Frankfurter Kunstkabinett" gegründet. Die erste Ausstellung zeigte Arbeiten von Käthe Kollwitz. In Frankfurt setzte Hanna Bekker vom Rath eine Tradition fort, die sie schon während der Kriegsjahre mit erheblichen Risiken begann: In Berlin hatte sie während des Naziregimes geheime Ausstellungen „entarteter" Künstler organisiert. Sie selbst war Schülerin von Adolf Hölzel und Ida Kerkovius. Für Karl Schmidt-Rottluff baute sie ein Atelierhaus in ihrem Garten in Hofheim. Ihre eigenen Arbeiten hatten in expressiver Malweise Menschen und Tiere zum Thema.

Der Betrug lief über schmale Stege

Manipulation am Roulettetisch brachte Ganoven Millionen

WERNER ZWICK, München

Durch einen raffinierten Trick hat eine Gruppe von Ganoven Deutschlands Spielbanken jahrelang um Millionenbeträge erleichtert. Dessen sind sich Polizei und Staatsanwaltschaft nach der Festnahme eines Millionärs und Profispielers G. in München sicher.

Allein die Spielbank Bad Wiessee soll nach den Unterlagen von G. um mindestens zwei Millionen Mark geschädigt worden sein (siehe WELT von gestern). Weitere vier Millionen Mark wurden bei anderen deutschen Spielbanken außerhalb Bayerns kassiert. Weil „das Vertrauensverhältnis zerstört“ sei, wurde im Zuge der Ermittlungen der technische Leiter der Spielbank Bad Wiessee, Horst W., Ende Juni seines lukrativen Postens enthoben. Er verdiente monatlich rund 15 000 Mark, wie der Direktor der Staatlichen Lotterieverwaltung in Bayern, Hans-Joachim Leonhardt, der WELT bestätigte.

Während Horst W. gegen eine Kaution von 200 000 Mark wieder auf freien Fuß gesetzt wurde, weil die Beweise, wie ein Justizsprecher erklärte, noch nicht für eine Anklage ausreichen, bleibt der spielende Millionär vorläufig in Untersuchungshaft.

Leonhardt erläuterte gestern, daß G. selbst nur einige Male in Bad Wiessee aufgetaucht sei, im Regelfall aber Strohmänner für sich habe spielen lassen. *Ob diese in gutem Glauben an* ein „System“ gehandelt hätten oder von dem Betrug wußten, müsse noch geklärt werden. Die Ermittler gehen jedoch davon aus, daß die Manipulationen an den Spieltischen ohne Hilfe aus dem Hause nicht möglich gewesen wären.

Laut Leonhardt arbeiteten die Ganoven nach dem gleichen Muster wie Jahre zuvor schon eine französische Gaunerbande, bei der nach Überzeugung der französischen Polizei G. sein „Handwerk“ lernte. Sie ersetzten die etwa vier Millimeter breiten Stege zwischen den Zahlen des Rouletterads, die *einzeln verschraubt* sind, durch 3,5 oder 3,6 Millimeter breite Stege in einem Sektor des Zylinders, so daß dort die Gewinnchancen minimal verbessert wurden. „Solche Feinheiten kann man mit bloßem Auge nicht erkennen und sogar mit einer Schublehre schwer feststellen“, sagte Leonhardt, „da die Stege verschiedener Hersteller sowieso gewisse Toleranzen aufweisen.“ Mittlerweile seien alle 48 in Deutschland zugelassenen Roulettetische durch neue Apparate mit einheitlichen Stegen ersetzt worden, deren Schrauben zur *Vermeidung von Mißbrauch versiegelt* wurden.

Außerdem verwende man zumindest in Bad Wiessee verschließbare Abdeckhauben für die Roulettetische, damit der ganze Kessel nicht – wie in Aachen geschehen – ausgebaut und verändert werden könne.

„Wir haben das Menschenmögliche getan, um Betrug zu vermeiden“, sagte Leonhardt, betonte aber gleichzeitig, daß Spielbanken im Gegensatz zu Banken mit nichtabgezählten Geldern hantierten und deshalb auch Verluste durch Betrügereien nur schätzen könnten.

Als zweitgrößte Spielbank der Bundesrepublik nach Baden-Baden erbrachte Bad Wiessee im letzten Jahr einen Gewinn von 44 Millionen Mark. Da der „Tronc“, wie die Trinkgeldkasse der Angestellten im Croupierjargon heißt, erfahrungsgemäß *etwa die Hälfte des Bruttospielertrages* enthält, hätten die Angestellten zu ihren Mini-Gehältern etwa 22 Millionen Mark kassiert, die nach einem der Rangordnung entsprechenden Schlüssel verteilt werden.

Leonhardt: „Die Hierarchie in einer Spielbank ist schlimmer als beim Beamtentum.“ So habe ein neuer Croupier nur Anspruch auf einen Punkt des Gewinnanteils, der oberste der 120 Croupiers in Bad Wiessee, der jetzt gefeuerte technische Leiter nämlich, aber 14 Punkte. Aber auch ein Neuer verdiene noch lässig 8000 Mark im Monat.

Rund um Pozzuoli, am Golf von Neapel, bebt und dampft die Erde unentwegt. Ein riesiger und eine Vielzahl von kleinen, ständig blubbernden Kratern lassen die Bewohner zu keiner Zeit vergessen, daß die Katastrophe täglich über sie kommen könnte. Seit Jahren fordern sie vergeblich Meß- und Kontrollstationen, von denen man sich wenigstens eine rechtzeitige Warnung erhofft. FOTO: SEEGER

Menschen von Pozzuoli leben mit der Angst

KLAUS RÜHLE, Rom

Die Einwohner von Pozzuoli sind Erdstöße und Erdbewegungen seit langem gewöhnt. Sie leben sozusagen wie letzten Endes alle Menschen am Golf von Neapel seit Jahrhunderten auf Tuchfühlung mit den unruhigen Erdschichten unter ihnen. Doch in ihnen steckt auch die instinktive Angst vor den Naturmächten, die sich jederzeit entfesseln können.

Pozzuoli ist berühmt wegen der phlegräischen Felder und der Solfatara, einem Krater im Durchmesser von 770 Meter mit Fumarolen oder Schwefeldämpfen. Die Stadt liegt mitten in einem traditionellen Erdbebengebiet mit vielen kleinen Kratern und Erdspalten, aus denen ständig Gase entweichen: Bilder wie aus Dantes Inferno. Praktisch kommt die Erde dort nie zur Ruhe. Sie bebt nicht nur, sondern hebt sich auch langsam, im Schnitt jeden Tag um zwei Millimeter, meist unter Donner und leichtem Beben. In den letzten Monaten hat das Tempo rapide zugenommen, und die Erde hob sich auch in unmittelbarer Nähe der Wohngegend um 30 Zentimeter.

Vor einigen Tagen trieben acht leichte bis mittelstarke Erdstöße die Einwohner Pozzuolis auf die Straße. Seither werden täglich kleine Beben gemeldet. In den vergangenen zwei Monaten verzeichneten die Seismographen am Golf mehr als 600 Mini-Erdstöße. Kein Wunder daher, daß die Bevölkerung von Pozzuoli Angst hat und wissen möchte, was ihr bevorsteht. Doch mit der Aufklärung *hapert es. Immer noch fehlt auch der* schon so oft versprochene Katastrophenplan. Dicht am Rand des großen Kraters stehen Villen, die über Nacht verschwinden können, wie das im Jahre 1500 mit einem benachbarten Fischerdorf geschah. Am folgenden Morgen befand sich an der Stelle der *Häuser ein neuer Berg.*

Als im Mai dieses Jahres der Ausbruch des Ätna Tagesgespräch war, warnten mehrere Wissenschaftler: Nicht der periodisch ausbrechende sizilianische Vulkan sei die eigentliche Gefahr, viel schlimmer sei das, was eines Tages dem Golf von Neapel durch den Vesuv drohe.

Professor Franco Barberi vom Nationalen Forschungsrat Italiens ist der Meinung, daß es höchste Zeit sei, ein Netz von wissenschaftlichen Kontrollstationen aufzubauen. Professor Giuseppe Longo, der mit unzureichenden Mitteln für die Überwachung der phlegräischen Felder verantwortlich ist, spricht von einem „vulkanischen Risiko“ Pozzuolis, das jeden Tag akut werden könne. Eine *Katastrophe für eine so dichtbesiedelte Zone.*

Die große Gefahr droht jedoch keineswegs nur Pozzuoli – auch allen anderen Zonen des Golfs und seiner Inseln sowie den dichtbewohnten Hängen des Vesuvs. Professor Raoul Maderiaga vom Geophysischen Institut in Paris machte bereits vor Monaten auf das befürchtete Wiedererwachen des schlummernden Vulkans aufmerksam. Bei einem Ausbruch könnte der Aschenregen wie im Jahre 79 n. Chr. alles Leben rundum ersticken und selbst Neapel bedrohen. Damals kamen 2000 Menschen ums Leben.

Vulkanausbrüche und Erdbeben haben im Golf schon oft schreckliche Verwüstungen angerichtet. Es ist gerade 100 Jahre her, daß der Ort Casamicciola auf der Insel Ischia vernichtet wurde. Ganze sechs Sekunden lang bebte die Erde. Diese kurze Zeit reichte aus, den eleganten Touristenort dem Erdboden gleichzumachen. Von den 4300 Einwohnern und rund 1000 Feriengästen starben 1784 Menschen. Von den 672 Häusern stürzten 537 zusammen, 800 Todesopfer konnten nicht aus den Trümmern geborgen werden und fanden dort ihr Grab. Von den danach als Notbehelf aufgestellten Baracken dienen viele sogar heute noch als Behausung. Casamicciola hat sich nie wieder von dem Schicksalsschlag erholt.

Um bei einer ähnlichen Katastrophe wenigstens einigermaßen gewappnet zu sein, treffen sich Vulkanologen aus aller Welt im kommenden Monat auf Ischia. Ihr Hauptthema: Vorkehrungen für den Fall der Fälle.

Sensation im All: 2. Planetensystem entdeckt

SAD, Pasadena

Amerikanischen Wissenschaftlern ist offenbar mit Hilfe des europäisch-amerikanischen Infrarot-Astronomie-Satelliten (Ias) die Entdeckung eines zweiten Planeten-Systems gelungen, das 26 Lichtjahre von der Erde entfernt ist. Obwohl bisher nur Messungen und keine Fotos vorliegen, äußerte sich der Leiter vom Jet Propulsion Laboratory der Nasa, Conway Snyder, enthusiastisch: „Niemals zuvor hat es so etwas gegeben, niemals zuvor wurde im Universum eine derartige Entdeckung gemacht.“ Der Stern „Vega“, vom drittstärksten Helligkeitsgrad am Himmel, ist, so die ersten Analysen, von einem Partikelkranz umgeben, in dem sich durchaus auch ein oder mehrere Planeten befinden können. Die Vega entspräche in diesem System in etwa unserer Sonne, mit der sie auch die gleiche Oberflächentemperatur von 10 000 Grad Celsius gemein hat. Die „Vega“ ist der drittgrößte Stern am Himmel, doppelt so groß wie die Sonne, aber 60mal lichtstärker. Doch während man das Alter der Sonne auf fünf Milliarden Jahre schätzt, soll es sich bei der „Vega“ mit einer Million Jahre um einen noch jungen Stern handeln, der sich möglicherweise noch in der Entstehungsphase befindet.

P-2-Chef geflohen

AP, Genf

Wenige Tage vor der Entscheidung über seine Auslieferung an Italien ist der frühere Chef der verbotenen italienischen Geheimloge P 2, Licio Gelli (63), aus dem Genfer Untersuchungsgefängnis Champ-Dollon durch ein Loch im Metallzaun entwichen. Gelli, einer der meistgesuchten Männer Italiens, befand sich seit dem 13. September '82 in Genf in Auslieferungshaft.

Kredithandel hinter Gitter

AP, Bonn

Einem florierenden Kredithandel hinter Gittern in der Justizvollzugsanstalt Rheinbach bei Bonn ist die Polizei auf die Spur gekommen. Gegen *zwei zu langjährigen Haftstrafen* verurteilte Männer wird ermittelt. Sie sollen über Zeitungsannoncen Kredite angeboten haben. Von Interessenten, die sich an das Postfach der Strafanstalt gewandt hatten, verlangten die geschäftstüchtigen Häftlinge vor Auszahlung des Kredites 4,5 Prozent *der Kreditsumme als* Bearbeitungsgebühr.

Deutscher erstochen

AFP, Frejus

Ein 19jähriger Deutscher aus Sigmaringen ist auf dem Campingplatz bei St. Aygul bei der Verfolgung eines Mannes erstochen worden. Der Unbekannte hatte das Auto von fünf jungen Deutschen aufzubrechen versucht und war von dem jungen Mann ertappt worden.

Attentat auf Nachtexpreß

rtr, Florenz

Auf den Nachtexpreß Mailand/Palermo ist gestern in der Nähe von Florenz ein Bombenanschlag verübt worden. Dabei wurde aber nur die Lokomotive des mit mehr als 1000 Menschen besetzten Zuges beschädigt.

LEUTE HEUTE

Nummer drei

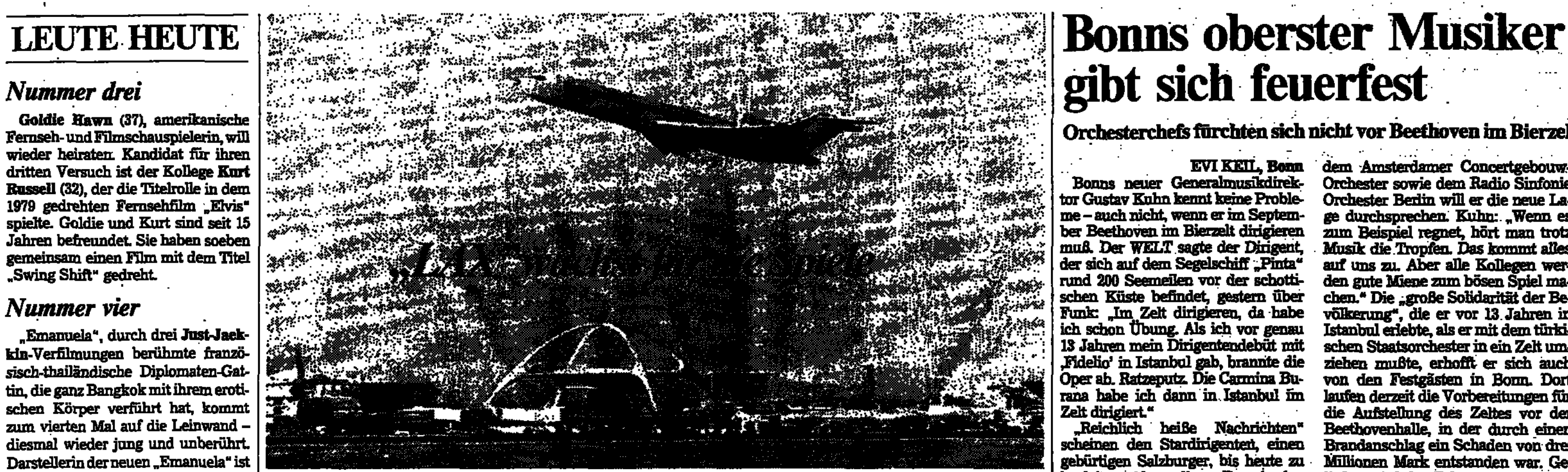
Goldie Hawn (37), amerikanische Fernseh- und Filmschauspielerin, will wieder heiraten. Kandidat für ihren dritten Versuch ist der Kollege **Kurt Russell** (32), der die Titelrolle in dem 1979 gedrehten Fernsehfilm „Elvis“ spielte. Goldie und Kurt sind seit 15 Jahren befreundet. Sie haben soeben gemeinsam einen Film mit dem Titel „Swing Shift“ gedreht.

Nummer vier

„Emanuela“, durch drei **Just-Jackin**-Verfilmungen berühmte französisch-thailändische Diplomaten-Gattin, die ganz Bangkok mit ihrem erotischen Körper verführt hat, kommt zum vierten Mal auf die Leinwand – diesmal wieder jung und unberührt. Darstellerin der neuen „Emanuela“ ist die 20jährige Schwedin **Mia Nygren**. Wie die bisherige „Emanuela“-Darstellerin **Sylvia Kristel**, ist auch Mia Nygren groß, blond und schlank. „Emanuela 4“ wird von **Francis Giacobetti** verfilmt.

Nummer acht

Ende des Jahres, so hat die Schauspielerin **Liz Taylor** Freunden, unter ihnen auch Ex-Ehemann **Richard Burton**, auf einer Party in Philadelphia anvertraut, werde sie zum achten Mal vor den Traualtar treten. Der Auserwählte sei der Rechtsanwalt **Victor Gonzales Luna**. Noch steht Liz Taylor aber mit Burton in Noel Cowards Stück „Private Lives“ in Philadelphia auf der Bühne.



Jahrelang stand „LAX“ in dem fragwürdigen Ruf, der Großflughafen der Welt mit den längsten Wartezeiten zu sein. Millionen von Passagieren haben „Los Angeles International“ schon verflucht, wenn sie drei oder vier Stunden lang auf die Abfertigung und ihr Gepäck warten mußten. Das soll jetzt alles besser werden. Der drittgrößte Flughafen der Welt wird für rund 1,8 Milliarden Mark – am Ende werden es wahrscheinlich mehr als vier Milliarden Mark sein – umgebaut und modernisiert. Dabei soll der Flugverkehr ungestört bleiben. Das ist das eigentlich Verblüffende für „LAX“.
Bis zu den XXIII. Olympischen Spielen *vom 28. Juli bis 12. August 1984* soll alles vergessen sein. Genaugenommen sollte „LAX“ allerdings schon 1971 gründlich modernisiert werden. Damals registrierte „Los Angeles International“ noch *rund* 20 Millionen Passagiere. Aber Umweltschutzprobleme, Geldmangel und organisatorische Schwierigkeiten zögerten das Projekt um Jahre hinaus – und verteuerten es gründlich. Inzwischen ist das Passagieraufkommen über 23 Millionen im Jahre 1973 und 28 Millionen *in 1977 bis auf 32,383 Millionen* Passagiere im vergangenen Jahr gestiegen; nur in Chicago O'Hare (37,744 Millionen) und in Atlanta im US-Bundesstaat Georgia (34,703 Millionen) wurden 1982 mehr Passagiere gezählt. Welche Dimensionen das sind, beweist ein schlichter Vergleich: „Los Angeles International“ *hatte 1982 ungefähr so* viele Passagiere wie Frankfurt (16,520 Millionen) als größter Airport auf dem europäischen Festland, Zürich (7,958) und Düsseldorf *(7,155) zusammen.*
Seit 1978 in Los Angeles endlich der vor zwölf Jahren beschlossene Umbau des Flughafens begann, wird gründlich gearbeitet. Im neuen internationalen Terminal, den bereits die Olympia-Besucher benutzen sollen, werden bis zu 7000 Passagiere pro Stunde abgefertigt werden können. Ohne die traditionellen Wartezeiten von Los Angeles, versprechen die Planer und Organisatoren. Die internationalen Fluggesellschaften können ihre Flugzeuge direkt an diesem West-Terminal andocken – mit direkter Verbindung zu den Parkdecks und dem zweistöckigen Straßen-System. *„Für uns“, so versichert Clifton Moore, Chef der* Flughafen-Gesellschaft, „kann Olympia schon im Mai beginnen.“

Bonns oberster Musiker gibt sich feuerfest

Orchesterchefs fürchten sich nicht vor Beethoven im Bierzelt

EVI KEIL, Bonn

Bonns neuer Generalmusikdirektor Gustav Kuhn kennt keine Probleme – auch nicht, wenn er im September Beethoven im Bierzelt dirigieren muß. *Der WELT* sagte der Dirigent, der sich auf dem Segelschiff „Pinta“ rund 200 Seemeilen vor der schottischen Küste befindet, gestern über Funk: „Im Zelt dirigieren, da habe ich schon Übung. Als ich vor genau 13 Jahren mein Dirigentendebüt mit ‚Fidelio‘ in Istanbul gab, brannte die Oper ab. Ratzeputz. Die Carmina Burana habe ich dann in Istanbul im Zelt dirigiert.“

„Reichlich heiße Nachrichten“ scheinen den Stardirigenten, einen gebürtigen Salzburger, bis heute zu begleiten: Als er dieser Tage im berühmten englischen Glyndebourne dirigierte, mußte er, Noten und Taktstöcke zusammenraffend, sein Hotel wegen Feueralarm verlassen. Diesmal allerdings war es nur blinder Alarm. Kurze Zeit später kam dann aber der Telefonanruf aus Bonn, die Beethovenhalle sei abgebrannt. Der Generalmusikdirektor und Chef des Orchesters der Beethovenhalle glaubte zunächst an einen verspäteten Aprilscherz. Ausgesprochen beruhigend empfand er die Nachricht: „Chef, die halbe Halle steht ja noch.“

Der Dirigent: „Wenn jetzt im August das Zelt, in dem wir spielen, aufgebaut wird, bin ich wieder in Bonn.“ Auch mit seinen Kollegen, den Dirigenten der Wiener Philharmoniker, des l'Orchestre de Paris und dem Amsterdamer Concertgebouw-Orchester sowie dem Radio Sinfonie Orchester Berlin will er die neue Lage durchsprechen. Kuhn: „Wenn es zum Beispiel regnet, hört man trotz *Musik die Tropfen. Das kommt alles* auf uns zu. Aber alle Kollegen werden gute Miene zum bösen Spiel machen.“ Die „große Solidarität der Bevölkerung“, die er vor 13 Jahren in Istanbul erlebte, als er mit dem türkischen Staatsorchester in ein Zelt umziehen mußte, erhofft er sich auch von den Festgästen in Bonn. Dort laufen derzeit die Vorbereitungen für die Aufstellung des Zeltes vor der Beethovenhalle, in der durch einen Brandanschlag ein Schaden von drei Millionen Mark entstanden war. Geliefert wird das Zelt von den Gebrüdern Norbert und Friedrich Losberg aus Heilbronn. Es hat 1600 Sitzplätze, 16 Plätze mehr als die Beethovenhalle selbst, ist 75 Meter lang, 29,5 Meter breit und acht Meter hoch. Die Bühne ist so groß wie die der Halle. Die Konstruktion aus eloxiertem Aluminium und reißfestem Trevira-Zeltstoff soll innen durch „Stoffdrapierungen“ verschönt werden. Akustiker des Westdeutschen Rundfunks und der Generalmusikdirektor selbst wollen dafür sorgen, daß den Zuhörern die Freude an Beethoven nicht vergeht. Ein überdachter Gang führt zum Beethovenhallenfoyer, das intakt blieb. In den Pausen soll den Konzertfreunden als Clou ein Blick in den verbrannten Beethovensaal gestattet werden.

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt eine Spielkombination Zahlenlotto 6 aus 49 – Ergebniswette der Westdeutschen Lotterie GmbH & Co. bei.

WETTER: Warm und schwül

Wetterlage: Bei geringen Luftdruckgegensätzen bestimmt schwülwarme Luft das Wetter in Deutschland.

Vorhersage für Donnerstag:
Norden und Berlin: Nach Auflösung von Frühdunst oder Frühnebel sonnig, zeitweise auch leicht bewölkt und durchweg trocken. Höchsttemperaturen 25 bis 29 Grad, nachts Abkühlung auf 16 bis 11 Grad. Schwacher, zeitweise mäßiger Nordostwind.

Süden und Westen: Nach Auflösung von Frühdunst zunächst sonnig. Nachmittags Bildung von lockerer Quellbewölkung und nachfolgend vereinzelt Wärmegewitter. Höchsttemperaturen um 30 Grad, nachts Abkühlung auf 18 bis 13 Grad.

Deutscher Wetterdienst 10. August 1983, nachm.

Weitere Aussichten:
Im Norden und Westen wolkig und etwas kühler, sonst wenig Änderung.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	23°	Kairo	31°
Bonn	27°	Kopenh.	24°
Dresden	24°	Las Palmas	23°
Essen	25°	London	20°
Frankfurt	26°	Madrid	25°
Hamburg	25°	Mailand	28°
List/Sylt	18°	Mallorca	29°
München	23°	Moskau	24°
Stuttgart	24°	Nizza	26°
Algier	30°	Oslo	20°
Amsterdam	21°	Paris	19°
Athen	28°	Prag	24°
Barcelona	27°	Rom	29°
Brüssel	23°	Stockholm	25°
Budapest	26°	Tel Aviv	30°
Bukarest	23°	Tunis	31°
Helsinki	24°	Wien	25°
Istanbul	24°	Zürich	24°

Sonnenaufgang* am Freitag: 6.02 Uhr, Untergang: 20.52 Uhr, **Mondaufgang:** 10.37 Uhr, Untergang: 22.55 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Sorgen Gene für die Liebe auf den ersten Blick?

Psychologen glauben herausgefunden zu haben, daß sich in der Ehe Partner mit gleicher genetischer Struktur treffen

SIEGFRIED HELM, London

Das Geheimnis der Anziehung zwischen Mann und Frau hat die Dichter seit Jahrtausenden beschäftigt. Im Volksmund heißt es: Gleich und gleich gesellt sich gern. Man sagt aber auch: Gegensätze ziehen sich an. Solche Unsicherheit des Kenntnisstandes in einer der Kernfragen zwischenmenschlicher Beziehungen wollen zwei britische Psychologen jetzt ganz wissenschaftlich beenden. Robin Russell und Pamela Wells vom Goldsmith College der Londoner Universität wollen den Dichtern mit einer rationalen Erklärung das Wasser abgraben.

Determinierte Partnerwahl

Die beiden nahmen bei einem großangelegten Forschungsprojekt Ehepartner unter die Lupe und verglichen sie buchstäblich mit dem Meßband. Sie fanden Erstaunliches heraus. Eheleute hatten – immer im statistischen Durchschnitt – ähnliches *Gewicht, Lungenvolumen,* ähnlich geformte Ohrläppchen. Mehr noch: Die Breite des Fußknöchels war bei ihnen ähnlich, ebenso die Länge des Mittelfingers und die Breite der Hand.

Solche Beobachtungen und ähnliche mehr machten den Wissenschaftlern Mut, eine im Tierreich bereits untersuchte These auch auf den Menschen anzuwenden. Diese These lautet: Wir wählen einen Partner, der uns in seiner genetischen Struktur, in der Ausprägung seiner Erbanlagen, ähnlich ist.

Demnach ist der Mensch „genetisch motiviert“, wenn er auf die Partnerpirsch geht. Natürlich geschieht dies im Unterbewußtsein, und das Auswahlprinzip bei der Partnersuche wird von der weisen Natur auch keineswegs auf die Spitze gestrieben, gar bis an den Rand der Inzucht. In diesen Zusammenhang paßt die Beobachtung, daß Witwer dazu neigen, als nächsten Partner jemanden zu wählen, der dem ersten zum Verwechseln ähnelt.

Die Gene als Träger der Erbanlagen, und nicht etwa der Zufall, *determinieren unsere Partnerwahl.* Danach wären wir also vorprogrammierte „genetische Maschinen“. Es ist also nicht die liebliche Stimme der Angebeteten, ihr entzückender Augenaufschlag oder ihre reizende Koketterie, die's funken läßt – nein, unsere Gene lenken und leiten uns, ohne daß wir wissen, wie uns geschieht.

Die Gene stellen auf diese Weise ihr Überleben sicher. Denn wer ihren geheimen Impulsen bei der Partnerwahl folgt (und nicht etwa eine Vernunftehe eingeht), der hat den Doktoren Russell und Wells zufolge bessere Chancen, Nachwuchs in die Welt zu setzen, also das Weiterleben seiner Gene zu gewährleisten. Russell und Wells griffen die „Theorie vom Egoismus der Gene“ auf, wonach wir einzig und allein die Funktion haben, unsere Gene künftigen Generationen weiterzugeben.

Anleihe bei der Chemie

Die Wissenschaftler wollen herausgefunden haben, daß die untersuchten Ehepaare bei weitgehender Ähnlichkeit ihres genetischen *Erscheinungsbildes nicht nur mehr Kinder* hatten als andere. Solche Ehen waren auch haltbarer, sagen sie.

Stellt sich die Frage: Wo bleibt da die Liebe? Und gar die auf den ersten Blick, der wohl kaum die Fußknöchel ins Auge faßt? Diese Frage ist nach Ansicht des Psychologengespanns überhaupt falsch gestellt. Die beiden Wissenschaftler wollen nichts von Sternstunden des Individualismus wissen, sondern meinen ganz prosaisch: Wer einer Schönen so tief in die Augen geblickt hat, daß er sich darin verliert, der reagiert wie ein Automat auf seine Gen-Impulse. Ob das Hochgefühl bei der Liebe nichts anderes als Indiz dafür ist, daß sich die Gene ob der richtigen Partnerwahl „in ihrer Haut“ so richtig wohl fühlen, das zu entscheiden, wollen die Psychologen denn doch lieber der Fachrichtung Biochemie überlassen.

Wem dieser Generalangriff der Wissenschaft auf die Liebe nicht ins Konzept paßt, der möge zumindest bedenken, daß Deutschlands Goethe in den „Wahlverwandtschaften“ vielleicht auf der richtigen Spur war, als er zur Erklärung der Anziehungskraft zwischen den Geschlechtern eine Anleihe bei der Chemie machte. (SAD)

ZU GUTER LETZT

„Kellerei mit Apfelanlage langfristig zu mieten gesucht.“ Anzeige in der WELT.